



Mehr. Wert.

Sabin Bieri
Lilian Fankhauser
Annemarie Sancar
Nicole Stolz


Beiträge zur geschlechtergerechten
wirtschaftlichen Entwicklung

Eine gemeinsame Publikation von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, vom Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern IZFG und von Caritas Schweiz, im Rahmen des Jubiläums 50 Jahre DEZA.

BEZUGSQUELLEN:

gender@deza.admin.ch
izfg-info@izfg.unibe.ch



 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung und
Zusammenarbeit DEZA

CARITAS Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

u^b

UNIVERSITÄT
BERN

Interdisziplinäres Zentrum
für Geschlechterforschung

IMPRESSUM

HERAUSGEBERINNEN

ANNEMARIE SANCAR DEZA

SABIN BIERI und **LILIAN FANKHAUSER**

Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung der
Universität Bern IZFG

NICOLE STOLZ Caritas Schweiz

FACHLICHE ÜBERARBEITUNG

CLAUDIA VON BRAUNMÜHL Freie Universität Berlin

FRANZISKA MÜLLER cfd – die feministische Friedens-
organisation (Schlusskapitel)

LEKTORAT

MONIKA HOFMANN IZFG in Zusammenarbeit mit **MARC**

ARPAGAUS, **MIRIAM GANZFRIED** und **KRISTINA LANZ** IZFG

ÜBERSETZUNGEN

Französisch **ANDRÉANE LECLERCQ** Bureau de traduction, Genf

Englisch **ANANDI SHARAN** Karnataka/Indien

FOTOS

VERÓNICA DE LA TORRE Habana/Kuba

GESTALTUNG

GRAFIKWERKSTATT UPART, BLAU Bern

DRUCK **RICKLY + WYSS** Bern

AUFLAGE

2000 de, en & fr zum Download auf:

www.sdc-gender-development.net

VORWORT

1

EINLEITUNG

Gender Mainstreaming in der EZA:

eine kritische Einschätzung

2

«Forget China»: Mit Geschlechtergerechtigkeit zu mehr

Markt, wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung

4

1 KLEINE KREDITE – GROSSE WIRKUNG?

Einleitung

12

«Modernere Mikrofinanzinstitute beziehen Männer

mit ein»: Gespräch mit Peter Tschumi

14

Projektbeispiele I–III

18–23

Fazit: MFI sind kein Allerheilmittel: Die Kombination

macht den Unterschied

24

**2 MARKETS FOR THE POOR – EIN ANTRIEB FÜR MEHR
GLEICHSTELLUNG?**

Einleitung

26

Der Zusammenhang von Zugang zu

Einkommen und Wohlbefinden ist kompliziert

27

Gleichgestellt dank Wertschöpfungsketten?

Erfahrungen und Herausforderungen am Beispiel

von Milchverarbeitung in Georgien

28

Projektbeispiele I–II

32–36

Fazit: Organisierte Produzentinnen steigern ihren

Verhandlungs- und Verkaufserfolg

37

**3 GENDER IN ANGEBOT UND NACHFRAGE –
EINE UNDENKBARE KATEGORIE?**

Einleitung

40

«Gender-Fragen sind integriert, wenn ich mich nicht

täusche»: Gespräch mit Hans Peter Egler

42

«Frauen erbringen häufig einen grossen Teil der Arbeit,

aber die Männer verwalten die Vorzüge des Fairen

Handels»: Gespräch mit Martin Rohner

44

Projektbeispiele I–II

50–55

Fazit: Die wirtschaftspolitischen Rahmen-

bedingungen müssen stimmen

56

**4 ERST DIE NEUBEWERTUNG VON
ARBEIT ERMÖGLICHT EINE GESCHLECHTERGERECHTE
BERUFSBILDUNG**

Einleitung

60

«Gerade in den Programmen mit handwerklicher

Ausrichtung ging die Geschlechterfrage meist ganz

vergessen»: Gespräch mit Simon Junker

63

Projektbeispiele I–II

68–71

Fazit: Die Professionalisierung weiblicher

Berufsfelder fördern

73

5 SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Wie viel Gerechtigkeit?

76

6 ANHANG

Glossar

86

Angaben zu den Autorinnen/Dank

90

Literaturliste

91

CARE STORIES I–VI

«Als Frau und Angehörige einer niederen Kaste

wurden mir viele Steine in den Weg gelegt.»

11

«Meine Hartnäckigkeit zahlte sich aus.»

38

«Ich bin für meinen Mann und meine Schwieger-

eltern ein Vermögen wert.»

48

«Meine Arbeitstage beginnen und enden

mit viel Arbeit.»

53

«Mein Wille zu arbeiten und mein Patriotismus

waren viel stärker.»

59

«Als Hausangestellte verdiente ich mehr,

als wenn ich Lehrerin geblieben wäre.»

74



Informationen zu den Bildern auf Seite 25.

«In a society where the rights and potential of women
are constrained, no man can be truly free.
He may have power, but he will not have freedom.»
(Mary Robinson¹)

Im 21. Jahrhundert ist die Diskriminierung der Frauen immer noch die weltweit verbreitetste Form der Ausgrenzung. Trotz Fortschritten in den Bereichen Bildung und Beschäftigung sind Frauen immer noch in Vielem benachteiligt: Sie sind stärker von Armut betroffen als Männer, sind gesundheitlich meist besonders unterversorgt, haben meist weniger Rechte und schlechteren Zugang zu Dienstleistungen und Ressourcen.

Frauen haben einen überproportional hohen Anteil bei schlecht bezahlten Jobs, sie leisten mehr nicht-bezahlte Arbeit und haben damit eine grössere Arbeitslast als Männer. Die Einkommenskluft zwischen Männern und Frauen ist meist nicht erklärbar und muss auf geschlechtsspezifische Diskriminierung zurückgeführt werden.

Die Finanz- und Nahrungsmittelkrisen der letzten Jahre haben den Fortschritt auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit zusätzlich verlangsamt. Vom Verlust von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor und vom Rückgang der Ausgaben für soziale Sicherheit und Wohlfahrt sind vor allem Frauen betroffen.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine internationale rechtliche Verpflichtung und als solche in den Menschenrechten verankert. Das UNO-Übereinkommen gegen die Diskriminierung der Frauen CEDAW verpflichtet die 177 Vertragsstaaten, darunter die Schweiz und ihre Partnerstaaten: die Frauen zu fördern und ihnen Zugang zu Menschenrechten zu ermöglichen; stereotype Rollenverteilungen aufzubrechen sowie die Gleichstellung der Frauen im politischen Leben, in Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Gesundheit und Familie zu sichern und voranzutreiben.

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen sind wichtige Ziele in der Entwicklungszusammenarbeit. Die DEZA hat sich, basierend auf ihrer Gender-Politik, zum Ziel gesetzt, den unterschiedlichen Bedürfnissen und Potentialen von Frauen und Männern in allen Interventionen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung zu tragen. Ein wesentlicher Grundsatz der DEZA besagt, dass der Kampf gegen strukturelle Ungleichheiten und unausgewogene Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Gruppen der Gesellschaft sowohl das Ziel als auch die Voraussetzung von Entwicklung ist und somit einen wichtigen Beitrag zur Verringerung von Armut darstellt.

Damit die bestehenden Ungleichheiten angegangen werden können, müssen Frauen und Männer gleichermassen in Regierungsstrukturen, in Wirtschaftsgremien oder an Friedensprozessen beteiligt sein. Nur so können nachhaltige und tragfähige Lösungen für die Armutsreduktion gefunden werden.

Entwicklung kann es nur geben, wenn die Reduktion von Armut auch das Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit beinhaltet. Hiervon sind wir noch weit entfernt. Nicht nur im Süden oder Osten, auch hier in der Schweiz.

¹ In: Mahoney, Rosemary. 1993. Whoredom in Kimmage – Irish women coming of age. New York.

Gender Mainstreaming in der EZA: eine kritische Einschätzung

Angestossen durch die UN-Weltfrauenkonferenz in Beijing von 1995 ist Gender Mainstreaming (GM) seit mehr als 15 Jahren integrierter Bestandteil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Nur wenn die unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigt werden, wenn diese in der Projektlogik reflektiert sind und sich die geschlechterspezifischen Unterschiede auch in den Wirkungsberichten manifestieren, kann der Auftrag der Armutsbekämpfung wirkungsvoll umgesetzt werden. Die DEZA unterstreicht die Bedeutung des Ansatzes für die Umsetzung der gesetzlich festgeschriebenen entwicklungspolitischen Ziele nicht nur mit ihrer Politik für Gender Equality von 2003, sondern mittels verschiedener Instrumente wie sektorspezifischen Anleitungen und Beispielen guter Erfahrungen, Trainings zu GM in den verschiedenen Sektoren der EZA sowie institutionelle Zusammenarbeit mit Kompetenzzentren für Geschlechterfragen in der EZA.¹ Wichtiges Vehikel zur Umsetzung der Gender-Politik ist zudem der DEZA-interne Jahresfortschrittsbericht, der Kreditanträge, Jahresberichte und Länderstrategien regelmässig analysiert und mit den Projekt- und Programmausgaben in Bezug gesetzt wird (Gender Responsive Budgeting GRB).²

Mit der Verantwortung, die Gleichstellung der Geschlechter mittels EZA zu fördern, erfüllt die DEZA nicht nur die Auflagen der einschlägigen, von der Schweiz unterzeichneten internationalen Menschenrechtsstandards,³ sondern stimmt ihre Massnahmen auch auf zahlreiche Agenturen und supranationale Institute wie die Weltbank oder regionale Entwicklungsbanken ab, welche das Thema «Geschlecht» in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich förderten. Die Wirksamkeit von GM ist jedoch seit längerer Zeit auch in Zweifel geraten. Diese Publikation greift diese Diskussion auf, denn die Benachteiligung von Frauen und die vergleichsweise grössere Verletzlichkeit und Betroffenheit durch Armut scheinen sich hartnäckig zu halten.

Um zu verstehen, warum in gewissen Regionen die Gleichstellung von Frauen und Männern Fortschritte verzeichnet, anderorts indes stagniert, ja unter bestimmten Umständen Diskriminierungen sogar zunehmen, sollen in dieser Publikation die Geschlechterverhältnisse einschliesslich ihrer Verschiebungen und Beharrungstendenzen im sozialen Wandel beleuchtet werden. Mit dem Augenmerk auf Initiativen zur Wirtschaftsförderung untersuchen die

Autorinnen und Autoren, wie sich die Lebenssituationen von Frauen im Vergleich zu denjenigen der Männer verändern. Dabei dokumentiert die AutorInnenschaft positive Erfahrungen und stellt gleichzeitig zur Diskussion, warum die angestrebten Verbesserungen für bestimmte Regionen und gesellschaftliche Gruppen entgegen aller Bemühungen nicht eingetreten sind. Einleitend steht ein Rückblick auf die Entwicklung von GM in der EZA, namentlich in der DEZA, und eine vorläufige Bilanz.

Rückblick auf 15 Jahre GM

Vor gut 20 Jahren hat sich der im feministischen Umfeld entstandene Ansatz «Gender and Development» in der EZA durchgesetzt. Ausgehend von der Kritik Ester Boserups im Jahr 1970 über den sowohl in der Theorie wie in der Praxis vernachlässigten Einbezug der Rolle der Frauen in der wirtschaftlichen Entwicklung (Boserup 1990) entstand eine rege Debatte über den «richtigen» Entwicklungsansatz innerhalb von patriarchal geprägten Machtverhältnissen. Diese Kontroversen gipfelten über manche Umwege (ausführlich dazu siehe Razavi and Miller 1995, von Braunmühl 2001, Young 2002, McIlwaine and Datta 2003, Bieri 2006) schliesslich im Ansatz «Gender and Development» (GAD), der den Fokus weg von den «Frauen» und hin auf die Geschlechterbeziehungen lenkt. Dieser Ansatz war zu Beginn der 1990er Jahre die Basis für die Konzeption von GM: Die Beziehungen zwischen Frauen und Männern und deren kontextuelle Ausprägungen und Dynamiken beeinflussen die Wirkungsweise eines Programms. Daher gehört Geschlecht zum Inventar der Planungsinstrumente und Umsetzungsmethoden. Dazu gehören planungsrelevante Informationen über die unterschiedlichen praktischen und strategischen Bedürfnisse⁴ und Möglichkeiten von Frauen und Männern als Basis aller Interventionen, die, falls dies aus Projektsicht nötig erscheint, mit spezifischen Zielen für Geschlechtergleichstellung ergänzt werden (Frey 2000).

GM umfasst demnach die systematische Herangehensweise, Kontexte aus der Geschlechterperspektive zu erfassen und die Programme danach auszurichten, immer mit dem Ziel, mittels der Interventionen Geschlechtergleichstellung zu fördern, beziehungsweise bestehende Asymmetrien nicht zu verschärfen. GM hat den Anspruch, die Komplexität der verschied-

Nur wenn die unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigt werden, wenn diese in der Projektlogik reflektiert sind und sich die geschlechterspezifischen Unterschiede auch in den Wirkungsberichten manifestieren, kann der Auftrag der Armutsbekämpfung wirkungsvoll umgesetzt werden.

denen Lebenswelten gesamtheitlich zu analysieren. Das bedeutet, dass GM die Auswirkungen eines Programms auf der Haushalteebene einschliesslich ihrer Verknüpfungen mit übergeordneten Entscheidungsstrukturen greifbar macht. GM verdeutlicht die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen, und geht diese gezielt an. Die Geberorganisationen sind bemüht, den Mehrwert ihrer jeweiligen GM-Strategien in ihren Berichten hervor zu heben; die Erfolgsgeschichten konzentrieren sich auffällig häufig auf die Förderung von Frauen. Neue, den weiblichen Bedürfnissen und Möglichkeiten angepasste Technologien (dezentrale Trinkwasserversorgung), geschlechterbewusste Bildungsinitiativen (Lehrmittel, Organisation, Curriculum), Chancenförderung der Frauen in Gouvernanz-Programmen (politische Bildung, GRB-Initiativen, Stärkung lokaler Frauenorganisationen) sind Umsetzungsbeispiele. Die Bilder von erfolgreichen Protagonistinnen sind ermutigend, sie dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass viele Frauen auf der Verliererinnenseite stehen, und dass sich ihre Situation trotz anfänglicher Erfolge langfristig sogar verschlechtert hat (Sancar 2009).

Was hat GM gebracht

Die Erfolgsgeschichten von Frauen gehören zu den Aushängeschildern der Entwicklungszusammenarbeit: Frauen sparen disziplinierter, erstatten verlässlich ihre Kreditraten zurück, investieren Gewinne sinnvoll, wie zum Beispiel in die Ausbildung ihrer Kinder, bemühen sich auf der Schulbank mehr und erfolgreicher. Damit sind sie gut positioniert, um als Klientinnen, Konsumentinnen oder Produzentinnen eine besondere Rolle in den Wertschöpfungsketten zu übernehmen. Allerdings konzentriert sich die erfolgreiche weibliche Zielgruppe im Rahmen von Entwicklungsinitiativen fast ausschliesslich auf den Mikrobereich. Geht es um Handelsbeziehungen, Trinkwassersysteme in Grossstädten, satellitengesteuerte Klimaforschung oder den nationalen Dezentralisierungsdialo, tauchen Frauen kaum als Akteurinnen und Ansprechpartnerinnen auf. Bei der Auswertung werden zwar die Ergebnisse (*outputs*) nach Geschlecht aufgeschlüsselt, hingegen werden die Wirkungen (*outcomes*) häufig nicht berücksichtigt (de Waal 2006). GM wird somit kaum eingesetzt

um geschlechterrelevante Ungerechtigkeiten zu analysieren und zu bekämpfen.

GM ist ein wichtiges Instrument, welches zwingt, genauer hinzuschauen, zu entdecken, was sich im Haushalt abspielt, warum so und nicht anders gewirtschaftet, organisiert und verhandelt wird. GM schärft den Blick auf die Realitäten von Frauen und Männern, ohne dabei die Unterschiede innerhalb der entsprechenden Gruppen zu verdecken. Diese Herangehensweise wirft häufig unerwartete, für die EZA relevante Fragen auf. Eine Integration von GM kann die Ziele einer Intervention modifizieren und setzt Wirkung und Rentabilität in ein adäquates Verhältnis zu bedürfnisgerechter Umverteilung. Dazu braucht es eine Debatte zur Signifikanz der Kategorie Geschlecht im dominanten, auf Wachstum ausgerichteten Entwicklungsmodell, ohne die Bedeutung nachhaltigen Wirtschaftswachstums für die Entwicklung zu schmälern; sie darf nicht dazu führen, dass Wachstum einseitig auf Kosten sozialer Gerechtigkeit und anderer Aspekte von Lebensqualität geht. Wir hoffen, mit dieser Broschüre den Mehrwert eines Blickwechsels aufzuzeigen, der uns von Quoten und ethnographischen Beschreibungen zu grundsätzlichen Fragen von Wachstum und sozialem Wandel führt. Dazu gehören ein umfassendes Verständnis von Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit und die Bereitschaft, diese Anliegen ins Zentrum der Zielsetzungen zu stellen.

¹ Zu den Begriffen Gender, Gender-Ansatz und Gender Mainstreaming siehe Glossar am Schluss der Publikation.

² Die «Annual Progress Reports» sind erhältlich bei gender@deza.admin.ch.

³ Nebst den nationalen Normen verpflichten internationale Vereinbarungen zur aktiven Bekämpfung von Geschlechterungleichheiten. Für die Frage der Geschlechtergerechtigkeit sind folgende für die Schweiz gültigen Verträge besonders wichtig: CEDAW (The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, 1979), UNO Pakt I über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und UNO Pakt II über bürgerliche und politische Rechte (1966), sowie ECHR (European Court of Human Rights, 1959). Ebenso als Völkergewohnheitsrecht bedeutsam ist die UDHR (Universal Declaration of Human Rights, 1948).

⁴ Vgl. Glossar.

«Forget China»

Mit Geschlechtergerechtigkeit zu mehr Markt, wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung

Die Zahlen sind allgegenwärtig: Frauen verrichten 66% der Arbeit, sie produzieren 50% der Nahrung, verdienen aber lediglich 10% des Einkommens und besitzen nur 1% aller Güter (UNICEF 2007). Auch wenn die empirische Grundlage für die genannten Zahlen schwach ist und allein schon ihre inflationäre Verwendung Anlass zu Kritik sein sollte,¹ so scheinen sie doch eines zu illustrieren: Frauen arbeiten viel, ihre Leistung wird aber wenig anerkannt. Sie sind nicht «produktiv» im wirtschaftlichen Sinn, ein Umstand, in dem die Weltbank ein ungenutztes Potential ausmacht (World Bank 2001). Es ist also nicht nur ein intrinsisches Ziel zahlreicher Entwicklungsinitiativen, die Verhältnisse zu verändern, indem Frauen als bevorzugte Zielgruppen angesprochen werden. Vielmehr wird die Stärkung der Position von Frauen in vielen Politikpapieren als eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung, Pro-Poor-Wachstum sowie das Erreichen der Millenniumsziele gewertet. Die vorliegende Publikation rückt Initiativen zur Wirtschaftsförderung und damit einen Bereich in den Blick, in welchem der Einbezug von Frauen als wirtschaftliche Akteurinnen und (Klein-)Unternehmerinnen in jüngerer Zeit besonders gefördert wurde. Gelingt es nämlich, das brach liegende Potential anzuzapfen, ist nicht nur eine Reduktion der Geschlechterungleichheit zu erwarten, sondern die Entwicklungsprogramme selbst werden erfolgreicher: Laut einer Analyse der OECD (DCD-DAC 2010) führen Verbesserungen der Gleichstellung zu den höchsten Erträgen aller Entwicklungsmaßnahmen. Die populäre Wirtschaftspresse greift diese Argumente auf: «Forget China, India and the internet: economic growth is driven by women» titelte der «Economist» (2006), und illustriert, dass die Erhöhung des weiblichen Erwerbsanteils mehr zur Steigerung des globalen Wirtschaftsproduktes beigetragen hat, als neue Technologien oder die so genannten neuen Wirtschaftsgrossmächte Indien und China. Diese Rechnung würde gemäss dem zitierten Artikel noch eindeutiger zu Gunsten der weiblichen Leistung ausfallen, wäre der Wert der Hausarbeit und Kindererziehung mit eingeschlossen. Deshalb, so die Schlussfolgerung, sollten in Entwicklungsländern insbesondere Mädchen ausgebildet werden: «...investing in education would deliver huge economic and social returns» (Economist 2006).

Dass Investitionen in Mädchen und Frauen sich wirtschaftlich lohnten, gehöre mittlerweile zum stan-

dardisierten UN-Jargon und sei zum Cliché in Entwicklungskreisen geworden, schreibt Wendy Harcourt in einem Internetforum der Society for International Development SID (Harcourt 2011). Die einschlägigen Agenturen sind des Lobes voll: Die Integration von Frauen in die Wirtschaft und die weibliche Kontrolle von Produktionsmitteln sei ein Schlüssel zur Überwindung von Armut, baue Ungleichheiten ab und wirke sich positiv auf die Ernährungssituation von Kindern, deren Gesundheitszustand und ihren Schulbesuch aus (DCD-DAC 2010). Genau diese Beobachtungen beschreibt Fatma Allo, Gründerin der Tanzania Media Women's Association (TAMWA), anhand eines Beispiels aus Zanzibar, womit sie den positiven Einfluss eines eigenen Einkommens auf die Stellung der Frauen bestätigt. Ungeachtet dessen, dass die Arbeit sehr hart sei und die Löhne weit unter dem Niveau liegen, das dem Arbeitseinsatz entsprechen würde, verteidigt Allo die Initiative aus dem Privatsektor zur Kultivierung von Algen in ihrem Fallbeispiel als wirksame Empowerment-Strategie. Als Lohnempfängerinnen hätten die Frauen den Wert ihrer Arbeit – auch der unbezahlt geleisteten Haus- und Sorgearbeit – erkannt und ihr Selbstwertgefühl sei gestiegen, was sich darin ausdrücke, dass sie für ihre Rechte einstünden und sich etwa im Bezug auf häusliche Gewalt zur Wehr setzten. Die etwas zwiespältige Reaktion der Männer im Dorf zitiert sie wie folgt: «Our women are now bad. They do not share their money with us. They keep it or spend it on their children. We cannot even discipline them anymore because when we do they leave us. So now our men go to next village (sic) to get wives where they are more obedient to us» (Allo 2011).

Die angesprochenen Diskussionen zeigen: Die 40jährige Botschaft, Frauen als *change agents* in Entwicklungsprogramme zu integrieren, ist angekommen. Kaum eine Agentur, die nicht ein Gender-Programm betreibt, eine Gender-Stelle besetzt hat, ein Handbuch herausgegeben oder eine *gender policy* auf ihre Website gestellt hat. Im World Development Report der Weltbank zu Gleichstellung und Entwicklung ist das Konzept der *smart economics* prominent platziert.² Auch die Millenniumsentwicklungsziele, die den globalen Diskurs um internationale Zusammenarbeit dominieren,³ enthalten spezifische Gender-Ziele, die sich in der Umsetzung als Frauenfördermassnahmen etwa bei der vermehrten Schulbildung für Mädchen, im verbesserten Zugang von



Frauen zur Geburtsmedizin, in der Erhöhung des weiblichen Anteils der Erwerbstätigen und in der Forderung nach angemessener Vertretung von Frauen in politischen und wirtschaftlichen Gremien niederschlagen.⁴

Diese Entwicklung markiert eine deutliche Distanz zu traditionellen Entwicklungsprogrammen, in denen Geschlecht keine relevante Kategorie war. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass Frauen im Rahmen dieser Veränderungen nicht mehr in der Opferposition dargestellt werden, sondern als aktiv Mitwirkende und erfolgreiche Handlungsträgerinnen im Entwicklungsprozess eingebunden sind. Diese Wahrnehmung scheint sich insbesondere für den Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Programme zur Marktintegration der ärmsten Bevölkerung – das Thema der vorliegenden Publikation – erfolgreich durchzusetzen.

Ziel der Publikation

Im Licht der übergeordneten Zielsetzungen, wie Armutsreduktion und die Verbesserung des Lebensstandards,⁵ erfordern die vielseitigen Erfahrungen mit Marktförderungsprogrammen und die unterschiedlichen Initiativen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft mittels Marktmodellen für die Armen eine differenzierte Beurteilung unter einer Geschlechterperspektive. Angesichts überschwänglicher Erfolgsmeldungen ist es zuweilen schwierig, kritische Positionen zu vertreten – man riskiert, in die Rolle der Spielverderberin gedrängt zu werden. Wenig sinnvoll

¹ Diese Kritik wird auch geübt: Vgl. Chant, Sylvia. 2007a. «The «feminisation of poverty» in the Global South: assertions, agendas and evidence.» Cheltenham.

² «Gender equality is a core development objective in its own right. It is also smart economics. Greater gender equality can enhance productivity, improve development outcomes for the next generation, and make institutions more representative.» Gender equality as smart economics: A World Bank group gender action plan (Fiscal years 2007–10), URL: <http://siteresources.worldbank.org/INTGENDER/Resources/GAPNov2.pdf> (letzter Zugriff: 20. Oktober 2011).

³ Diese Dominanz wird durchaus nicht kritiklos hingenommen. Auch wenn etwa der dezidierte Kampf gegen extreme Armut unbestritten ist, so ist doch die Herkunft der Millenniumsentwicklungsziele stark vom globalen Norden und namentlich durch die Weltbank, den IWF und die OECD geprägt. Im Bezug auf Gender wird insbesondere kritisiert, dass Geschlechtergerechtigkeit auf den Zugang zu Ausbildung, den Anteil an Frauen im Arbeitsmarkt und ihre Repräsentation in der Politik beschränkt ist. Jegliche Referenz auf rechtliche Normen oder die Einforderung von rechtlichem Schutz der Familie fehlt – nicht zufällig, wie die KritikerInnen finden. Siehe Artikel von Samir Amin im Monthly Review 57/10, 2006. URL: <http://monthlyreview.org/2006/03/01/the-millennium-development-goals-a-critique-from-the-south> (letzter Zugriff: 13. Juli 2011).

⁴ Siehe Millenniumsentwicklungsziel (MDG) 3, gender equality und MDG 5, maternal health. URL: www.un.org/millenniumgoals letzter Zugriff: 13. Juli 2011).

⁵ Mit Lebensstandard ist hier eine ganzheitliche Grösse gemeint, die neben monetären Faktoren auch andere Aspekte des Wohlergehens mit einschliesst. Als Referenz dient üblicherweise der HDI (Human Development Index).

Die numerisch fassbare Partizipation von Frauen und Männern steht im Zentrum der Projektumsetzung, während die strukturellen Bedingungen, unter welchen Geschlechterasymmetrien geformt werden, aus dem Blickfeld rücken.

scheint es umgekehrt, unhinterfragt in den wachsenden Chor der KritikerInnen von Mikrofinanzprogrammen oder M4P-Ansätzen und deren teilweise pauschalisierenden Argumente einzustimmen. Die Herausgeberinnen der vorliegenden Broschüre beabsichtigen vielmehr, anhand von Fachbeiträgen und exemplarischen Projekterfahrungen die Erfolgsfaktoren herauszuarbeiten, die Spannungsfelder aufzuzeigen und Risiken und Fehleinschätzungen zu benennen. Unter dem konsequenten Einbezug einer Geschlechterperspektive und auf der Grundlage eines rechtsbasierten Ansatzes wird deutlich, dass einige kritische Punkte zu wenig berücksichtigt worden sind. Die Folgen wirtschaftlicher Entwicklungsinitiativen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen müssen differenziert beurteilt werden. Dies gilt nicht nur für Frauen, sondern insbesondere auch für Frauen und Männer aus unterschiedlichen sozialen Gruppen – etwa bezüglich Ethnizität, Alter oder sozialer Schicht.⁶ Der jeweilige Kontext – politische, wirtschaftliche oder kulturelle Rahmenbedingungen – beeinflusst die Projektanlage und die Projektentwicklung massgeblich. So sind die Neuverteilung von politischen Zuständigkeiten in der Folge von Dezentralisierungsprozessen, wirtschaftspolitische Eingriffe in die soziale Sicherheit, politische Umbrüche oder Terraingewinne von fundamentalistischen Bewegungen in Kombination mit patriarchalen Strukturen entscheidende Bedingungen für die Umsetzung und die Wirkung von Entwicklungsprogrammen. Nicht zuletzt bilden die Menschenrechte den normativen Referenzrahmen, um Geschlechtergerechtigkeit als Grundlage und Zielsetzung in den unterschiedlichen Programmen und Ansätzen der lokalen Wirtschaftsentwicklung einzufordern.

In dieser Publikation werden Projektbeispiele unter Berücksichtigung solcher Dynamiken vorgestellt. Wir greifen im Folgenden drei Punkte heraus, die im Verlauf der Erarbeitung dieser Publikation als eigentliche Knacknüsse in verschiedenen Zusammenhängen systematisch aufgetaucht sind.

1. Nach Paris: Wirksamkeit und Messbarkeit von Entwicklung

Der erste Knackpunkt ergibt sich aus der im Anschluss an die Erklärung von Paris (2005) und der Accra Agenda for Action (2008) intensivierten Diskussion um die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit und die Konzentration auf messbare Ergebnisse. Nationale Entwicklungsagenturen bemühten sich in der Folge dieser Vereinbarungen um eine Anpassung ihrer Programme an eine von Managementprinzipien geprägte Logik und deren Verständnis von Qualität, Zeit, Effizienz und Rendite. Diese Ausrichtung geht häufig auf Kosten der Berücksichtigung von gesellschaftlicher Komplexität und kleinräumigen Dynamiken. Trotz der breiten Akzeptanz und weit reichenden Umsetzung von GM-Prinzipien bedeutet dies, dass Geschlechterverhältnisse vor allem dann einbezogen werden, wenn sie quantifizierbar sind. Die numerisch fassbare Partizipation von Frauen und Männern steht im Zentrum der Projektumsetzung, während die strukturellen Bedingungen, unter welchen Geschlechterasymmetrien geformt werden, aus dem Blickfeld rücken. Zwar illustrieren Zahlen über Kreditnehmerinnen, Schulabsolventinnen, Vereinsvorsitzende und ausgebildete Politikerinnen den Erfolg eines Projekts. Die Messbarkeit beschränkt sich jedoch auf einen Ausschnitt aus der Realität und die erfassten Resultate sagen wenig über die Lebenslage der Frauen im erweiterten Sinne und über allfällige (unbeabsichtigte) Nebeneffekte aus. Nicht nur fehlen alltagsrelevante Vorstellungen von gesellschaftlichem Wandel und Geschlechtergleichstellung, es fehlen auch (interdisziplinäre) Methoden, um die Folgen der Interventionen ganzheitlich zu erfassen. Qualitative Studien fallen bei der Kosten-Nutzen-Rechnung wegen zu grossen Aufwands durch,⁷ während die quantitativen Erhebungen zu wenig Niederschlag finden in der Operationalisierung der Projekte. Die kurzfristige Zeitdimension, für welche Wirkungsberichte eingefordert werden, ist zudem ungeeignet, um derartige Prozesse überhaupt beschreiben zu können. Wirkungsmessungen für mittel- und langfristige Folgen sind in den meisten Fällen gar nicht vorgesehen. Dies gilt insbesondere für GM-Massnahmen, wo wenig auf der Outcome-Ebene dokumentiert wird (de Waal 2006) und erzeugt einen Teufelskreis: Nur Massnahmen, die

kurzfristig Wirksamkeit erzeugen, sind im derzeit vorherrschenden Entwicklungsdiskurs anschlussfähig. Ganzheitliche Analysen, die Identifikation von erwünschten und unerwünschten Nebeneffekten und längerfristige Programme zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse sind vor diesem Hintergrund kaum mehrheitsfähig. Ganz zu schweigen von einer Debatte über «Wandel» an und für sich, über die Konzepte von *change*, die in der EZA implizit und explizit vertreten werden und darüber, welche Prozesse überhaupt als Veränderung wahrgenommen und als solche dokumentiert werden.

Damit droht die Gefahr, dass Projekte nicht nach ihrer Dringlichkeit bzw. nach Massgabe der Bedürfnisse der Zielbevölkerungen lanciert werden, sondern weil sie versprechen, Ergebnisse in der gewünschten Form zu liefern. Der Druck, Erfolgszahlen zu vermelden, lässt der Berücksichtigung von vielfältigen frauen- und mänderspezifischen Lebensverhältnissen wenig Raum. Schnittstellen zwischen verschiedenen Lebensbereichen werden als Folge des sektoriellen und ahistorischen Blicks ausgeblendet und die Komplexität bis zur Verzerrung reduziert. Damit bleiben potentielle Konfliktbereiche, die als Indikatoren von sozialem Wandel herangezogen werden könnten, unsichtbar.

In Form eines *tick-the-box*-Ansatzes (Güneş 2009) passt GM gut in die *logframes* von Programmen, die Entwicklung primär nach ökonomischen Prinzipien vorantreiben.⁸ Diese Passförmigkeit ist nicht nur eine Frage der Anwendung, sie verweist darüber hinaus auf die Ambivalenz und die systematischen Grenzen des GM-Ansatzes, die seit seiner Verbreitung in der Entwicklungsindustrie intensiv debattiert werden (siehe u.a. von Braunmühl 2001, Frey und Zdunnek 2002, Hafner-Burton und Pollack 2002, Williams 2004, Mukhopadhyay 2004, Charlesworth 2005).

Für das Verständnis von Armut und insbesondere für die Identifikation von strukturellen Bedingungen, die die Überwindung von Armut verhindern, ist die Geschlechterperspektive enorm ergiebig. Eine substantielle Analyse der Geschlechterverhältnisse fragt konsequent nach den Machtverhältnissen und lenkt den Blick auf die Verbindung von der Mikroebene zu den makroökonomischen und politischen Strukturen. Dies lässt sich etwa am Beispiel des Interventionsfeldes «Armenmärkte» dokumentieren (vgl. Kapitel 2, S. 26). Die positive Bilanz, so erfreu-

lich sie ist, lässt nur eingeschränkt Rückschlüsse auf die Veränderung der Lebensbedingungen der Zielgruppen zu. So bleibt im Dunkeln, ob die Arbeitsteilung zwischen den Haushaltsmitgliedern neu ausgehandelt werden muss, und welche Verhandlungspositionen die einzelnen Haushaltsmitglieder hierbei einnehmen. Diese Schwachstelle führt direkt zum zweiten Knackpunkt, welcher sich auf die weibliche Produktivkraft in nicht marktförmigen Feldern bezieht.

2. Weibliche Gratisarbeit und nicht-marktförmige Tätigkeiten im Care-Sektor⁹

Interventionen im Bereich Arbeit und Einkommen basieren auf der Annahme, dass die aktive Teilnahme der Armen am Marktgeschehen und deren Einbindung in bestehende Wertschöpfungsketten zur Armutsreduktion beiträgt. GM hat wesentlich dazu beigetragen, dass Frauen als potentielle Teilnehmerinnen in wirtschaftliche Programme einbezogen werden, um sie zu Kleinunternehmerinnen auszubilden und ihnen gezielt den Zugang zu Produktionsmitteln und zum Markt zu ermöglichen. Die Integration von Frauen in Wertschöpfungsketten verspricht nicht nur eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, sondern erhöht das Haushaltseinkommen und damit die Sicherheit der *livelihoods*.

Frauen sind als geschickte Haushälterinnen und umsichtige Sparerinnen, die ihre Kleinkredite zuverlässig rückerstatten, nachdem sie diese Gewinnbringend investiert haben, willkommene Zielgruppen der Mikrokreditprogramme. In der Landwirt-

⁶ In der Literatur spricht man von einer intersektionalen Perspektive (McCall 2005).

⁷ Siehe dazu im Detail den einleitenden Text zum Kapitel über Wertschöpfungsketten von Sabin Bieri und Annemarie Sancar, S. 28.

⁸ Der *tick-the-box*-Managementansatz wird dahin gehend kritisiert, dass er die Geschlechterfrage nicht holistisch, sondern als «Anhängsel» den Programmen beifügt (Güneş 2009).

⁹ Vgl. Glossar.



schaft gelten Frauen nicht nur als treibende Kraft zur Sicherstellung der Ernährung – ein Diskurs, der insbesondere als Werbeträger für das Spendenmarketing bedeutsam ist. Sie sind auch zunehmend eingebunden in die weltweit expandierenden *agrifood chains*. Kritische Stimmen merken an, dass Wertschöpfungsketten häufig flexibilisierte Arbeitsplätze schaffen und die Feminisierung der Arbeitsmärkte im Sinne von tiefen Löhnen und ungenügender sozialer Sicherung vorantreiben (Raworth 2004; Tallontire et al. 2005; Bain 2010). Dazu kommt, dass wer diese Entwicklungen als erfolgreiche Einbindung der weiblichen Produktivkraft feiert, zahlreiche Nebeneffekte der Kommodifizierung¹⁰ von Landwirtschaftsprodukten für KleinproduzentInnen, namentlich die meist durch Frauen geleistete Care-Arbeit, vollständig ausblendet (vgl. Madörin 2006, 2010a). Gerade wenn sich die Intervention wirtschaftlich rechnet, bedeutet dies meist, dass Frauen in den ihnen zugewiesenen Arbeiten im und um das Haus und zur Sicherung

der Subsistenz nicht entlastet werden. Noch immer fließt in Projektplanungen implizit die irreführende Annahme der «endlos dehnbaren» (Elson 1995) weiblichen Arbeitszeit sowie ihrer steten Verfügbarkeit mit ein.

Zudem setzen Projektpläne implizit voraus, ein Zeitgewinn, der etwa durch dezentralisierte Wasseranschlüsse erreicht wird, fließe selbstredend in produktive Tätigkeiten im ökonomischen Sinn ein. Den Mehrwert, den die georgischen Bäuerinnen, befragt nach der Verwendung der durch die Rationalisierung der lokalen Käseproduktion eingesparten Zeit, sehen, liegt aber woanders: Sie seien froh, sich nun besser um ihre Kinder kümmern zu können (vgl. Artikel Bieri/Sancar, S. 28). Die von den InitiantInnen erhoffte Produktivitätssteigerung findet also nur bedingt statt. Die Frauen, die von Käseproduzentinnen zu Milchlieferantinnen geworden sind, verspüren keinen Zielkonflikt, wenn sie sich lieber der rollenkonformen Erziehungsarbeit widmen, statt ihr Erwerbseinkommen zu steigern oder die Selbstversorgung auszubauen. Spannungen entstehen eher bei der Frage, ob die zeitliche Entlastung ihre autonome Bewegungsfreiheit und damit die Pflege ihrer sozialen Netzwerke tangiert, wie dies für andere Fallbeispiele belegt ist. Olivier Graefe dokumentierte in einem Referat am Beispiel des Maghreb, dass eine verhängnisvolle Koppelung von Entwicklungsfortschritt in Form von dezentraler Trinkwasser-

¹⁰ Vgl. Glossar.

¹¹ Sancar, Annemarie. 2009. «Wirtschaftliches Empowerment für Frauen: Wege aus der Armut.» In: Jahrbuch Denknetz, Nr. 8, S.118-126.

¹² Vgl. Glossar.

versorgung und dem zeitgleichen Erstarken fundamentalistisch-islamischer Strömungen letztlich die Frauen zwar von der schweren Bürde des stundenlangen Wassertragens befreite, sie aber gleichzeitig in ihrer Bewegungsfreiheit massiv einschränkte. Weil der notwendige Gang zum Brunnen überflüssig geworden war, machten die Ehemänner vermehrt vom ihnen zugeschriebenen Recht, ihre Frauen zu kontrollieren, Gebrauch (Graefe 2007, siehe auch Sultana 2009). Diese Beispiele verweisen auf das eindimensionale Bild, das Entwicklungsagenturen und nicht selten auch WissenschaftlerInnen von «den Armen» und ihren Handlungsmöglichkeiten entwerfen, und dessen zwiespältige Folgen.

Während die Einbindung der Frauen in den Markt nicht automatisch zu Empowerment führt, können neue Abhängigkeiten entstehen, soziale Netze reissen oder die Zeitarmut zunehmen. Hierzu fehlen aber solide Informationen. Berechnungen zur Zeitökonomie, der Verfügbarkeit von Geld oder der Verwendung von Gewinn sind komplex,¹¹ und allfällige Nebenwirkungen sind häufig nur anekdotisch dokumentiert. Dass auch eine konsequente Umsetzung von GM in den Programmen die Verschärfung von Ungleichheiten nicht verhindern kann, wirft ein Licht auf die verhängnisvollen Ambivalenzen des Konzepts. Langfristig kann dies bedeuten, dass die Familien ihren Lebensstandard nur unter zunehmend prekären Bedingungen halten können. Dies gilt insbesondere, wenn ein Abbau an staatlichen Zuwendungen hinzu kommt. Weil vielerorts kostenintensive und unrentable öffentliche Dienstleistungen abgebaut, Alltagsbereiche monetarisiert und die Bedürfnisse nach Konsumgütern geweckt werden, wird die Einbindung von Frauen in marktfähige Felder für die Haushalte und die Individuen zum Nullsummenspiel.

Analysen von Arbeit, Produktivität und Mehrwertschöpfung zeigen, wie Tätigkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts bewertet werden und warum die weibliche Arbeitskraft und weiblich konnotierte Tätigkeiten oft weniger stark zu Buche schlagen als die klassischen, zur Norm gewordenen männlichen Tätigkeitsfelder (Wilkinson-Weber 2004). Gerade die Unterscheidung in marktförmige und «andere Ökonomie» (Donath 2000, Madörin 2006), wobei letztere in bezahlte und unbezahlte Arbeit gegliedert ist, zeigt, wie Geschlecht sich auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung auswirkt. Besonders deutlich wird dies im

Zusammenhang mit der Sorgearbeit, die einen ganz wesentlichen Beitrag an den Lebensstandard und an die langfristigen Chancen zur Armutsüberwindung leistet. Die Belastung wird umso grösser, wenn der wichtigste Dienstleister für Erhaltung und Sicherung des Überlebens und der Chancengleichheit, der Staat, seine Aufgabe nicht oder nicht in ausreichendem Mass wahrnimmt.

3. Umbau der globalen Wirtschaft und die Rolle des Staates

Der fundamentale Widerspruch zwischen der neoliberal¹² gesteuerten Politik und den feministischen Erwartungen an eine geschlechtergerechte EZA, welchen unter anderen die amerikanische Politik- und Sozialwissenschaftlerin Nancy Fraser thematisiert, erschwert nachhaltige Veränderungen der Geschlechterverhältnisse (Fraser 2005). Die Massnahmen von Empowerment-Programmen, die es Frauen ermöglichen sollen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Chancen wahrzunehmen, bezogen sich ursprünglich auf feministische Leitbilder wie Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Diese wiederum sind diskursiv in eine verhängnisvolle Nähe zu neoliberalen Konzepten von Individualismus und Eigenverantwortung gerückt worden. Damit wird Empowerment kompatibel mit marktgesteuerten Lösungsansätzen und dient als Vehikel für entsprechende Programme der Armutsbekämpfung: Die Armen sollen sich selbst aus ihrer Situation befreien, indem sie zu Unternehmern und – immer wichtiger – zu Unternehmerinnen werden. Wie alle Modelle funktioniert auch dieses nur unter grossen Einschränkungen. Insbesondere die unterschiedliche gesellschaftliche Konnotation und damit auch Bewertung von weiblicher und männlicher Arbeit einerseits, sowie die Veränderung der Rolle des Staates andererseits fliessen zu wenig in solche Überlegungen ein. Die strukturellen, über den Markt vermittelten Diskriminierungen werden dabei nur als vorübergehende Nebeneffekte von Fortschritt und Wachstum erfasst; dasselbe gilt für geschlechterspezifische Ungleichheiten. Ausgeblendet oder höchstens anekdotisch verwertet wird in diesem Modell also die Tatsache, dass Frauen und Männer sich mit unterschiedlichen Rollen in den verschiedenen ökonomischen Systemen bewegen. Der Rückzug des Staates und der Abbau von staatlichen Dienst-

leistungen in so genannt unrentablen und zeitintensiven Bereichen wie etwa der Gesundheitsversorgung, wirkt sich direkt auf die wirtschaftliche Situation der Haushalte aus. Nicht nur müssen die Haushalte plötzlich mehr Geld für Überlebenssicherung aufwenden, sie investieren auch mehr Arbeit. Diese Mehrinvestition wird normalerweise auf die Familienmitglieder verteilt oder im Rahmen von erweiterten sozialen Netzwerken abgedeckt – ebenfalls eine Dimension, die in der marktwirtschaftlichen Logik nicht mitgedacht wird. Bei der Umverteilung von Arbeiten und neuen Pflichten lohnt sich wiederum ein Blick auf die Geschlechterverhältnisse: Wer geht weiterhin in die Schule, und wer übernimmt anfallende Hausarbeiten? Wer ersetzt die fehlende Arbeitskraft in den unbezahlten Dienstleistungen und für die Subsistenzwirtschaft, wer wird zum Lohnempfänger?

Neue Fragestellungen

Die Darstellung von drei thematischen Punkten wirft die Frage auf, inwiefern die diskutierten Probleme Ausdruck einer grundsätzlichen, systematischen Logik von Ungleichheitsverhältnissen sind. Im Lichte solcher Überlegungen zeigt sich die Unzulänglichkeit von GM. Mehr noch als eine Abnutzung der ursprünglichen konzeptuellen Ausrichtung des Ansatzes durch seine erfolgreiche Verbreitung handelt es sich um eine Abkehr von der intendierten Stossrichtung, nämlich der grundsätzlichen Hinterfragung von entwicklungspolitischen Paradigmata (von Braummühl 2001). Diesen Schluss zieht auch Fraser, wenn sie schreibt, dass das gemeinsame Anliegen von Wirtschaftsförderung und Feminismus zu einer Verdrängung des feministischen Inhalts und damit zu einer Entfernung von den Wurzeln der Empowerment-Programme führe (Fraser 2005). Die Wurzeln sind die konsequente Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Aus neoliberaler Perspektive werden die strukturellen, über den Markt vermittelten Diskriminierungen nur als vorübergehende Nebeneffekte von Fortschritt und Wachstum erfasst; dasselbe gilt für geschlechterspezifische Ungleichheiten. Um die Ziele der internationalen Frauenkonferenzen zu erreichen, braucht es jedoch eine feministische Positionierung in deutlicher Abgrenzung zum Neoliberalismus. Diese Position stellt Diskriminierung ins Zentrum von Armutsanalysen, indem die Logik der Interventionsprogramme nicht dem Gewinn, sondern der Geschlechtergerechtigkeit und der Gleichberechtigung verpflichtet ist. Diese Überlegungen lassen den Schluss zu, dass GM nicht ausreicht, um strukturelle Bedingungen nachhaltig zu verändern und damit Armutsprobleme, die in ungleichen Machtverhältnissen wurzeln, zu bekämpfen. Diese Vorbehalte sind nicht neu, sie müssen aber ebenso wie die Ausrichtung an Menschenrechtsstandards konsequenter in die Debatte um GM und die Implementierung von Wirtschaftsförderungsprogrammen mit einbezogen werden. Die vorliegende Broschüre soll dazu anregen, diese Herausforderung unter Einbezug der komplexen regionalen Verhältnisse zu durchdringen, neue Fragen zu stellen und unterschiedliche Herangehensweisen mit Blick auf eine nachhaltige Bekämpfung von Armut und Ungleichheit zu diskutieren.

«Als Frau und Angehörige einer niederen Kaste wurden mir viele Steine in den Weg gelegt.»

Ich komme aus einer armen Familie und, wie so viele Mädchen aus den Dörfern, wurde ich sehr jung verheiratet. Ich war darum immer abhängig – zuerst von meiner Familie, dann von meinem Ehemann. Ich kannte nichts anderes als die Arbeit auf dem Feld und die Hausarbeit. Als mein Mann mich verliess, um im Ausland Geld zu verdienen, war ich schwanger. Und glücklich, weil ich wusste, dass wir bald Geld haben würden, und so würden sich die Dinge bald zum Besseren wenden und wir würden ein gutes Leben haben. Ohne etwas Schlechtes zu denken, wartete ich täglich darauf, dass mein Mann zurückkehren würde. Bis heute habe ich nie wieder etwas von ihm gehört, geschweige denn irgendeine Unterstützung von ihm erhalten. Ich habe meinen Sohn im Kuhstall geboren, ohne Hilfe oder fremde Unterstützung. Wir lebten im Kuhstall, der Winter war sehr streng, ich fror erbärmlich und hatte keine Möglichkeit, unsere Lebensumstände zu verbessern.

Sobald Töchter verheiratet sind, müssen sie der Familie des Ehemanns dienen und dort den Haushalt führen. Dies war der Grund, weshalb ich nicht in mein Elternhaus zurückkehren wollte, obwohl mein Mann nichts weiter besass als einen Kuhstall. Als meine Eltern von meinem Unglück hörten, nahmen sie meinen Sohn zu sich. Sie wussten, dass ich nicht einmal genug zu essen für mich selber hatte, noch viel weniger war ich in der Lage, mich um meinen Sohn zu kümmern.

Aber dann brachte das Strassenbauprogramm (District Road Support Programme DRSP) einen Hoffnungsschimmer in unsere Region. Ich nahm mir vor, hart im Strassenbau zu arbeiten und genug zu sparen, um die Ausbildung meines Sohns zu finanzieren und meine Krankheitskosten zu decken.

Ich bewundere das Projekt dafür, dass Frauen ermutigt wurden, sich am Strassenbau zu beteiligen und dadurch ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Als Frau und Angehörige einer tiefen Kaste wurden mir viele Steine in den Weg gelegt und ich begegnete häufig Vorurteilen. Trotz der harten Umstände und des täglichen Überlebens-

kampfes als allein stehende Frau bin ich glücklich, dass die Gesellschaft sich ändert und in jüngster Zeit eine gewisse Gleichberechtigung sichtbar wird. Dies hat dazu geführt, dass ich von der Gemeinde unterstützt wurde, ein kleines Haus für mich zu bauen.

Das Programm ermöglicht es uns, unabhängig zu sein, ein besseres Leben zu führen und die Aufnahme von Krediten mit zu hohen Zinsen zu umgehen. Ausserdem muss ich jetzt nicht mehr den ganzen Tag für den Grossgrundbesitzer arbeiten, nur um eine Tagesration (*one pathi*) Getreide oder Mais zu erhalten. Bevor ich im Strassenbauprogramm mitmachte, arbeitete ich meist auf dem Grossgrundbesitz, wo ich schwere Lasten auf meinem Rücken transportieren musste. In der wenigen Zeit, die übrig blieb, verrichtete ich die Hausarbeiten, obwohl ich vom langen Tag auf dem Feld schon sehr müde war. Demgegenüber fällt es mir heute leicht, nach einem Tag im Strassenbau den Haushalt zu machen.

Was mir am meisten Sorgen macht, ist mein Gesundheitszustand, der sich täglich verschlechtert, sowie das Familieneinkommen mit den knappen Mitteln, die wir zur Verfügung haben. Die Erinnerung daran, wie ich meinen sieben Tage alten Sohn zu meinen Eltern geben musste, weil ich nicht in der Lage war, für ihn zu sorgen, schmerzt mich noch heute und treibt mir die Tränen in die Augen. Als allein stehende Frau habe ich keine Familienmitglieder, die mich bei der Arbeit unterstützen. Ich habe meine eigene Gesundheit lange Jahre vernachlässigt. Als ich so starke Schmerzen hatte, dass ich nicht einmal aus dem Bett steigen konnte, hatte ich niemanden, der mir ein Glas Wasser reichte. Ich kam mit dieser Situation während vielen Jahren zurecht, vor einem Jahr ist nun mein Sohn zurückgekehrt. Es ist eine grosse Erleichterung, dass jemand bei mir ist, wenn sich mein Zustand verschlechtert. Die Arbeit im Strassenbau hat es möglich gemacht, dass ich mir die Medikamente leisten kann und dafür bin ich sehr dankbar. Ich hoffe, dass es mit solchen Projekten gelingen wird, noch zahlreiche Frauen wie mich zu unterstützen und zu stärken.

MIKROFINANZDIENSTLEISTUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND

Kleine Kredite – grosse Wirkung?



«Ich brauche keine Wohltätigkeit, ich brauche eine verlässliche Bank.» Mit diesem Slogan wirbt die Microfinance-Initiative Liechtenstein in Schaan für ihre Angebote in Entwicklungsländern. Unbestritten ist: Mikrofinanzdienstleistungen (MFS), zu denen nebst den klassischen Mikrokrediten auch Versicherungen und Spareinlagen gehören, sind wirksame Instrumente zur Erreichung der Ziele der EZA, insbesondere auch der Gender-Ziele. Die Überzeugung der Entwicklungsagenturen und Partnerorganisationen, dass nur ein gestärkter Markt Entwicklung ermöglicht und damit Armut wirkungsvoll bekämpft wird, beruht auf der generellen Annahme, dass auch arme Leute ein Recht auf Zugang zum Markt haben. Mehr noch, gerade weil sie arm sind, sind sie auf Finanzdienstleistungen angewiesen, um ihre Lebensumstände verbessern und sich gegen Krisen absichern zu können. Gemäss den EZA-Zielen gilt dies insbesondere auch für Frauen, die einen eigenständigen Zugang zu Spar- und Investitionsmöglichkeiten haben sollen.

Hauptakteure der MFS sind kleine Finanzinstitute (MFI), die durch ihre Dienstleistung im Bereich Kredite, Sparen und Versicherungen wirtschaftliches Empowerment¹ der Ärmsten fördern. Eine Vielfalt von MF-Produkten spricht dabei gezielt Frauen an. Immer wieder hören wir Erfolgsgeschichten von Frauen, die als Kleinunternehmerinnen reüssiert haben und der Armut entkommen sind. Diese Geschichten zeigen, dass Frauen wirtschaftlich handeln, dass sie dank ihres Verantwortungsbewusstseins den Lebensstandard eines Haushaltes effektiv verbessern und dank ihrer Rückzahlungsdisziplin zudem die Risiken der MFI minimieren. Nicht zuletzt verbessern sie damit häufig auch ihre persönliche Stellung in der Familie oder im Dorf. Damit werden Frauen als die perfekte Zielgruppe skizziert, wenn es darum geht, die soziale Mission von Gleichheit mit der Idee von Wachstum und Wirtschaftlichkeit zu verknüpfen. Zwei Ziele allerdings, die sich unter bestimmten Bedingungen auch konkurrieren können.

¹ Vgl. Glossar.

Das Ziel vor Augen

In diesem Kapitel wird die Bedeutung von Geschlecht in der MFI-Interventionslogik kritisch reflektiert und die Prämissen der Interventionen werden bezüglich ihres Mehrwerts für die weibliche Kundschaft durchleuchtet. Im Gespräch mit dem Mikrofinanzexperten Peter Tschumi standen folgende Fragen im Vordergrund: Welche Mikrofinanzinstrumente werden heute zur Bekämpfung der Armut eingesetzt – und mit welchem Erfolg? Erreichen diese Programme auch die ärmsten Frauen? Wie stellt die EZA sicher, dass die MFI den armen Frauen tatsächlich helfen, ihre Situation längerfristig und nachhaltig zu verbessern? Wie gelingt es schliesslich, die eigentlichen Ziele der EZA im Auge zu behalten?

Auch die Frage nach der Neuverteilung der Care-Arbeit kam zur Sprache: Wer kocht, sorgt für Wasser und Brennholz und wäscht die Kleider, wenn sich die Ehefrau und Mutter als Unternehmerin selbständig macht?

Doch die Befähigung zur Unternehmerin beginnt nicht mit der Vergabe eines Mikrokredites, dies verdeutlicht das Projektbeispiel aus Bangladesh: In zahlreichen Schulzentren im ganzen Land können Mädchen und Jungen ihren Schulabschluss nachholen und sich in einem bestimmten Beruf ausbilden lassen. Innovative Berufszweige, wie etwa die Pilz- oder Kompostproduktion, stehen dabei im Zentrum, um die Etablierung eines eigenen Unternehmens zu fördern. Zu diesem Zweck stellt dieselbe NGO nach Abschluss der Ausbildung entsprechende Mikrokredite zur Verfügung. 70% der Kredite gehen an junge Frauen. Ob den Frauen diese Gratwanderung auf dem Weg zum wirtschaftlichen Empowerment gelingt, hängt, wie das Beispiel aus Bangladesh verdeutlicht, nicht nur von ihnen selbst ab.

Frauen bewegen sich in verschiedenen Lebenswelten, die wiederum in einem engen Zusammenhang stehen. Als Mütter, Selbstversorgerinnen und Bürgerinnen sind sie häufig erschwerenden Bedingungen ausgesetzt, wenn sich der Staat als Wohlfahrtsdienstleister zurückzieht. Dies zeigt sich auch im geschilderten Beispiel aus Jordanien, wo Kleinunternehmerinnen eine Spitalversicherung angeboten wird, damit sie im Notfall die Kosten für ihren Spitalaufenthalt oder auch für die zusätzliche Kinderbetreuung bezahlen können. Mikroversicherungen werden in einigen Regionen erfolgreich für die kurz-

zeitige Überbrückung einer prekären Situation eingesetzt (van Leeuwen 2005, 1).

Die Auswirkungen, die Mikrofinanzprogramme auf den Lebensstandard von Frauen haben, sind vielfältig. Grund genug, das Mikrofinanzgeschäft unter die Lupe zu nehmen und die Chancen und Risiken, denen Frauen in Bezug auf Lebensstandard, Ausbeutung und Geschlechterhierarchien ausgesetzt sind, in den Blick zu nehmen (Bee 2011, 23). Im Zentrum steht dabei die Frage, unter welchen Bedingungen Mikrofinanzen tatsächlich Geschlechtergerechtigkeit fördern und welche Rolle dabei der staatlichen EZA zukommen könnte. Illustrationen dazu liefert das Fallbeispiel zum kollektiven Sparen aus Bénin.

Im Zentrum steht die Frage, unter welchen Bedingungen Mikrofinanzinitiativen tatsächlich Geschlechtergerechtigkeit fördern und welche Rolle dabei der staatlichen EZA zukommen könnte.

«Modernere Mikrofinanzinstitute beziehen Männer mit ein»

Gespräch mit Peter Tschumi, Focal Point Employment and Income, DEZA

Viele Frauen haben Zugang zu Mikrofinanzprogrammen, damit wurde ein erklärtes Ziel der Finanzgeberinnen und -geber erreicht. Nun kommt aber Kritik auf: Nur ein Drittel aller MFS-Kundinnen könnten ihren Lebensstandard tatsächlich verbessern. Stimmt das?

Peter Tschumi: Das ist eine gewagte Behauptung. Die Fallstudien, die ich kenne, zeigen, dass jene Frauen verlieren, die sozial nicht gut integriert und ohnehin schwächer gestellt waren; allein stehende Frauen, die das Einkommen generieren müssen; Frauen, deren Männer vorübergehend weggehen, um Arbeit zu suchen und verschwunden bleiben. Die «moderneren» Mikrofinanzinstitute (MFI) versuchen, die Männer einzubeziehen, damit sie sich mit den Kreditzielen identifizieren können. Mit Recht, denn das ermöglicht auch eine Umverteilung der Arbeit, die stark auf den Frauen lastet. Ich bin einverstanden damit, dass sich gerade in patriarchalischen Gesellschaften wie Bangladesh unvorhergesehene Dynamiken entwickelt haben, die nicht zu Gunsten der Frauen ausfallen. Aber dies ist stark kontextspezifisch. Es ist klar, dass die Arbeiten auf Haushaltsebene neu verteilt werden müssen, wenn Familien sich ökonomisch neu orientieren; vor allem wenn Frauen sich auch ausserhalb des Hauses wirtschaftlich betätigen. Und es stellt sich die Frage, ob sich Männer einbinden lassen, ob auch Kinder für Hausarbeit eingespannt werden oder ob genügend Mittel da sind, um Leute aus dem Dorf für solche Hausarbeiten einzustellen.

Kann Armut von Frauen mit Mikrofinanzdienstleistungen reduziert werden? Ist Geschlechtergerechtigkeit überhaupt ein Ziel dieser Instrumente?

Diese Frage würde ich grundsätzlich positiv beantworten, allerdings mit einem «Aber»: Gerade systemische Ansätze wie «Making Markets Work for the Poor» (M4P) sind komplex und fordern die DEZA heraus, über die Logik der schnellen Resultate hinaus auch grundlegende Veränderungen zu beobachten und zu dokumentieren: Wie wirkungsvoll können MFS Armut reduzieren, wie verbessern sie die Lebensbedingungen der Ärmsten und insbesondere der Frauen? Diese grundsätzlichen Fragen lassen sich kaum abschliessend beantworten. Zum Beispiel sind die MFI staatlichen Regulierungen

unterworfen und mit unterschiedlichen Subventions- und Quersubventionsmechanismen konfrontiert. Wenn diese Regulierungen nicht greifen, stimmt auch die Qualität der Finanzdienstleistung nicht. Dann werden den Kundinnen unangepasste Produkte wie grosszügige Kredite mit hohen Zinsen offeriert, die zu Überschuldung führen können. Solche Risiken gilt es zu erkennen. Offen bleibt die Frage, wie man mit diesen Finanzdienstleistungen an die Ärmsten herankommt. Das gelingt natürlich eher, wenn die MFI finanzielle Zuschüsse und technische Beratung erhalten. Zentral sind dafür auch Partnerbeziehungen mit der Wirtschaft (Banken, Versicherungen). Hier wird Wissen transferiert (Wissenspartnerschaften) und Überzeugungsarbeit geleistet, damit die Finanzbranche erkennt, dass sich das «Geschäft mit den Armen» langfristig lohnt. So können gute und flexible Finanzdienstleistungen auch für Ärmere entwickelt werden, die je nach Kontext angeboten werden können (Kredite, neue Transaktionstechnologien, Sparprodukte, Versicherungen, zum Beispiel in Gesundheit und Landwirtschaft).

Damit können auch die Besonderheiten der ländlichen Armut nachhaltig angegangen werden. Ein von der DEZA unterstütztes Vorhaben sind Hagelschadenversicherungen für die Kleinbauern in abgelegenen Regionen Boliviens. Solche Initiativen können gerade in Ländern mit schwacher sozialstaatlicher Ausstattung Signalwirkung haben: Sowohl der Staat wie der Privatsektor sehen, dass Mikroversicherungen funktionieren und eben auch in andern Feldern, etwa im Gesundheitsbereich angewendet werden können. Die Idee der «Volkerversicherung» wird damit neu lanciert, was gerade auch im Interesse der Frauen sein kann, zumal diese tendenziell weniger Zugang zu Basisgesundheitsleistungen haben.

MF-Interventionen haben, so die generelle These, eine positive Wirkung in Richtung Armutsreduktion. Ist das so?

Unsere Interventionen sollen in verschiedenen Schritten dazu führen, dass unsere Klientinnen und Klienten zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten und Einkommen haben. Die Interventionen haben sicher grundsätzlich positive Einflüsse auf soziale Indikatoren, allenfalls auf Bildung, Gesundheit, politische Indikatoren und Empowerment der Leute. Um tatsächlich rele-

vante Aussagen zu machen, auch über die Geschlechterverhältnisse, braucht es umfassendere Studien. Leider gibt es davon wenig aussagekräftige Arbeiten, weil diese aufwändig und teuer sind.

Es stellt sich die Frage nach den Folgen des zusätzlichen Einkommens für die Familie: Verändern sich in den armen Haushalten die Geschlechterverhältnisse, wenn wir Arbeitsplätze schaffen, und wenn ja, wie?

Ein wichtiger Punkt sind die Organisationsprozesse rund um die MFS: Welche Frauen werden in die Gruppe aufgenommen, welche nicht und warum. In Bangladesch, wo der Bevölkerungsdruck hoch ist und die damit einhergehende Migration zu demographischen Umwälzungen führte, hat es in fast jedem Dorf zugewanderte, sehr arme Leute, viele von ihnen sind Frauen, die aus unterschiedlichen Gründen gesellschaftlich ausgestossen sind. Diese Frauen, oft mit Kindern, findet man in den Kreditgruppen nicht. Das bedeutet, dass die Ärmsten von den gängigen Programmen der MFI höchstens indirekt als schlecht entlohnte TagelöhnerInnen für unqualifizierte Haus- oder Feldarbeiten profitieren.

Was weiss man jeweils im Voraus über die sozialen Dynamiken und Netzwerke einer Region, wenn MF-Interventionen geplant werden?

Oft operiert die DEZA auf der Ebene der Branchenverbände oder Forschungsinstitute und hat keinen direkten Zugang zu dieser Ebene des Alltags der Zielgruppen. Um qualitative Angaben über die Situation der Ärmsten zu erhalten, wenn MF-Programme umgesetzt werden – ob sie Zugang zu den Produkten haben und ob sich damit etwas verbessert – braucht es natürlich zumindest Fallstudien oder Kontrollgruppen. Solche Erhebungen bringen zwar nötige Erkenntnisse um das Produkt oder das Monitoring anzupassen, sind aber schnell mal aufwändig und teuer. Lohnt sich der Aufwand? Das Risiko besteht, dass im Finanzsektor nur wirtschaftlich gerechnet wird. Die Logik der Finanzinstitute beruht nicht in erster Linie auf sozialer Gerechtigkeit oder Geschlechtergleichstellung. Das Hauptziel ist die wirtschaftliche Nachhaltigkeit, damit MFI überleben und sich vergrössern können, und so ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten – und damit auch zum wirtschaftlichen Empowerment armer Frauen. Gender ist

Die Logik der Finanzinstitute beruht nicht in erster Linie auf sozialer Gerechtigkeit oder Geschlechtergleichstellung.

für viele MFI wichtig, manchmal aus philanthropischen Beweggründen, manchmal wegen des Prestiges. Damit der Gesamtblick also nicht verloren geht, braucht es auch von Seiten der DEZA besondere Anstrengungen, um immer wieder kritisch darauf zu schauen, dass der Profit anständig und sozial verträglich bleibt.

Wie wird sichergestellt, dass MFI-Programme nicht in eine «falsche Richtung», also in Richtung Bereicherung der MFI gehen?

Die DEZA unterstützt eine internationale Social Performance Task Force, die nebst wirtschaftlichen Indikatoren auch soziale Indikatoren zur Messung der Leistung von MFI entwickelt. In absehbarer Zeit sollen demnach MFI von internationalen Rating-Agenturen auch in sozialen Belangen beurteilt werden können.

Es ist wichtig zu wissen, ob das betreffende Institut ökonomisch gesund ist. Daneben müssen aber auch die sozioökonomischen Auswirkungen der MFI-Interventionen erfasst werden. Das wird leider – wie schon erwähnt – meist vernachlässigt. Im Zentrum stehen die benachteiligten Gruppen eines bestimmten Kontexts: Meist sind es arme Leute aus ländlichen Gebieten, oft sind dies Frauen oder zugewanderte Personen. Zudem ist die Geschäftsphilosophie, die Vision, wie die MFI in ihren internen Prozessen eine Pro-Poor-Strategie umsetzt, wichtig. Die Berichterstattung soll sowohl betriebswirtschaftliche wie auch soziale Aspekte und Daten erfassen. Von Interesse ist etwa, wie viel Geld in Produkte investiert wird, die sich gezielt an die Armen richten, und wie gross der Anteil des Umsatzes ist, der im ländlichen bzw. urbanen Gebiet gemacht wird. Natürlich müsste

¹ PROFIN ist eine Stiftung in Bolivien, die in Kooperation mit Gemeinden MFI-Projekte umsetzt und den Staat bei der Entwicklung geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen unterstützt.

man hier viel genauer auch auf die einzelnen Zielgruppen schauen, z.B. ob Frauen gleichermaßen teilnehmen. Als Beispiel dient nochmals Bolivien: Die von der DEZA unterstützte Stiftung PROFIN¹ hat sich auf Produkte für benachteiligte Gruppen im ruralen Kontext spezialisiert, d.h. sie bietet einen Mix von Kleinkredit, Sparprodukt und Versicherung an und macht sich für ein landesweites Berichterstattungswesen stark, das auch relevante soziale Indikatoren einschliesst.

Wie wird in MF-Projekten insgesamt das Wohlbefinden der Kundinnen erfasst?

Mit Stichproben sollten die involvierten Organisationen Daten zu Arbeit und Einkommen bei den Zielgruppen erheben und im Monitoring abbilden. Das gelingt besser, wenn die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen AkteurInnen institutionell geregelt ist und eine Zusammenarbeit mit den Basisorganisationen besteht, die solche Daten erheben und diese an die zuständigen Organisationen weiterleiten können. Es wird erwartet, dass KundInnenzahl und Rückzahlungsquote geschlechterspezifisch erhoben werden.

Die internationalen Zusammenhänge sind komplex und es ist nicht einfach, Standards für *good practice* im Monitoring zu entwickeln. Welche Monitoringstrategie ist geeignet? Welche Daten sollen erhoben werden und wie? Für den finanziellen Teil gibt es schon die ökonomischen Indikatoren und Standards, die von den Rating-Agenturen überprüft werden. An den sozialen Aspekten wird, wie schon erläutert, noch gearbeitet. Aber wer zahlt das? Nur ein rentables System wird unterstützt, und wie zeigen wir, dass soziale Indikatoren der Rentabilität zuträglich sind? Es ist uns ein Anliegen, die Professionalisierung der MFI voranzutreiben, damit die Qualität eines ausgeglichenen sozioökonomischen Monitorings ohne viel Zusatzaufwand möglich wird.

Letztlich ist ja nicht das Wachstum der Finanzinstitute Ziel der DEZA, sondern die Verbesserung der Lebensqualität der Ärmsten?

Einverstanden. Eigentlich ist es ja auch kein Zielkonflikt, es ist im Ansatz etwas Anderes. Jede Person handelt als soziales, politisches *und* wirtschaftliches Individuum. Die Ärmsten können aus dem MF-System nur Nutzen ziehen, wenn sie teilnehmen. Das gelingt nur, wenn die MFI professionell arbeiten. Der Einbezug der Ärmsten in die Finanzinstitutionen ist klares Ziel der DEZA. Leider wird bisher zu wenig beachtet, wer aus dem MFI-System fällt, also der Verdrängungseffekt, warum und was mit diesen Menschen geschieht. In einem Dorf von 20 000 EinwohnerInnen in Bangladesh organisieren sich jeweils zehn bis zwanzig Frauen als Kreditgruppe. Da Frauen oft über keine oder zu wenig individuelle Bürgschaften verfügen um Kredite zu erhalten, entstehen in kürzester Zeit unzählige solcher Gruppen («Mushrooming»), die entweder bei der Grameen-Bank oder einer anderen lokalen Finanzinstitution Mikrokredite erhalten. Solche kollektiven Kredite sind sozial akzeptiert und es ist klar, dass die Gruppenstruktur dem Verdrängungseffekt vorbeugen kann. Die Ärmsten, die mit einem hungernden Kind in schmutzigen Kleidern am Flussufer leben, haben aber auch dann keine Chance, von einer Gruppe aufgenommen zu werden. Problematisch ist zudem, dass fast alle Frauen das gleiche machen: Ihre Geschäftsideen beschränken sich auf Kunsthandwerk, Bambusprodukte, Hühner, Ziegen, wenn man etwas besser gestellt ist eine Kuh oder eine Nähmaschine. Zu Beginn geht alles auf den lokalen Markt. Der ist aber schnell gesättigt und nur die Besten können ihre Produkte verkaufen.

Wer nicht genug verkaufen kann, kommt trotz Gruppenhaftung früher oder später unter Druck. Die Frauen kennen die Zahlungsfähigkeit aller Mitglieder bestens. Wenn eine nicht zahlen kann, hilft ihr eine andere, um die Kreditwürdigkeit nicht zu verspielen. Wer also die Produkte verkaufen kann, greift den anderen unter die Arme, um zu vermeiden, dass die Gruppe und somit auch der Kredit in Gefahr kommen. Es ist fraglich, wie nachhaltig dieses System ist, doch die Frauen behaupten es. Das entspricht wohl ihrem ökonomischen Weltbild. Aus anderen Kontexten hört man von aufbrechenden Konflikten zwischen den Frauen, wenn der Druck steigt.

Diese Mehrwertschöpfung durch unbezahlte Arbeit wird als impliziter Faktor, als gegeben angenommen. Sonst würde die Wirtschaft ja nicht funktionieren. Diese Arbeit kommt im BIP nicht vor.

Gender ist für viele MFI wichtig, manchmal aus philanthropischen Beweggründen, manchmal wegen des Prestiges.

Die Gruppenhaftung funktioniert ohnehin nur, solange das MFI das akzeptiert. Trotzdem kommt es vor, dass zahlungsunfähige Frauen aus dem System fallen. Die DEZA kann hier eine ergänzende Rolle spielen, als Moderatorin oder Vermittlerin intervenieren oder mit zusätzlichen Programmen Lebensunterhalt und Wohlstand absichern. Es ist ganz wichtig, solche Verdrängungsprozesse und Konfliktherde zu identifizieren und darauf zu reagieren. Massnahmen, die solchen Ausgrenzungsprozessen entgegenwirken, müssten idealerweise je nach Kontext eigentlich Teil der Strategie sein. Gleichzeitig unterstützt die DEZA auch viele Anschlussprogramme, um für Produkte aus erfolgreichen Mikrofinanzinitiativen lokale, regionale und nationale Märkte zu erschliessen.

Care-Arbeit kommt in all diesen Programmen gar nicht erst vor. Diese absolut notwendige Arbeit wird unbezahlt, aufwändig und meistens von Frauen verrichtet. Was meinen Sie dazu?

Diese Mehrwertschöpfung durch unbezahlte Arbeit wird als impliziter Faktor, als gegeben angenommen. Sonst würde die Wirtschaft ja nicht funktionieren. Diese Arbeit kommt im BIP nicht vor, klar. Aber das ist ja auch nur ein Faktor um die wirtschaftliche Leistung einer Gesellschaft auszuweisen. Für die wirtschaftlichen AkteurInnen ist nur wirtschaftlich, was honoriert und finanziert werden kann. Was nicht finanzierbar ist, wird gar nicht erst berücksichtigt. Um die Ungleichheiten betreffend der unbezahlten Hausarbeit usw. angehen zu können, braucht es sozialpolitische Massnahmen. Solche Programme könnte man konzeptuell auch mit den Marktförderungsansätzen verknüpfen. Doch Programme, die Leistung von Care-Arbeit explizit konzeptuell und umfassend in Entwicklungsmassnahmen einschliessen, gibt es meist nur ansatzweise; zu gross sind die strukturellen Herausforderungen in unseren Partnerländern.

Heisst das, dass die DEZA künftig Gender-Responsive-Budgeting-Initiativen im Bereich der staatlichen Steuersysteme unterstützt? Damit z.B. die Bedingungen für unbezahlte Sorgearbeit verbessert werden können?

Das ist in diesem Sinne angedacht; wir unterstützen grundsätzlich Mechanismen, die eine gerechtere Umverteilung der Gewinne systemisch möglich

machen. Dies sind Aspekte der politischen Ökonomie, die die DEZA je nach Positionierung in einem Land einbringen kann.

In Bezug auf MFS haben wir darauf nur indirekt Einfluss. Wir zeigen das Potential der Finanzsektorentwicklung für die wachsenden Volkswirtschaften auf, versuchen den Sektor zu stärken. Somit erfolgt unter anderem auch die Refinanzierung der MFI allmählich vermehrt über den Privatssektor, viele der RefinanziererInnen sind übrigens in der Schweiz niedergelassen und fungieren deshalb für uns als strategische PartnerInnengruppe. Folglich bleiben der öffentlichen Hand, inklusive der EZA, mehr Mittel und Handlungsspielraum, sich oben genannten Fragen der politischen Wirtschaft anzunehmen. Mikrofinanzierung wird generell bezüglich seiner Armutsrelevanz für Frauen positiv gewertet. Ich meine zu Recht. Was aber nicht heissen soll, dass diesbezüglich nicht nach wie vor ein beträchtliches Verbesserungspotential besteht.

Mikrofinanzierung wird generell bezüglich seiner Armutsrelevanz für Frauen positiv gewertet. Ich meine zu Recht. Was aber nicht heissen soll, dass diesbezüglich nicht nach wie vor ein beträchtliches Verbesserungspotential besteht.

Auf Augenhöhe mit den Jungs

Mikrokredite für Schulabgängerinnen in Bangladesh

ECKDATEN

PROJEKTTITEL	Adolescent Girls' Program
VERANTWORTLICH	CMES Centre for Mass Education in Science; http://cmesbd.org/general-information.php
PARTNERINNEN	30 000 Mädchen und Jungen (insgesamt in allen Programmen)
PROJEKTDAUER	seit 1991 fortlaufend
FINANZIERUNG	verschiedene internationale GeberInnen (nicht permanent), u.a. DEZA, SIDA und Caritas Schweiz

Der Kontext

Bangladesh ist ein Least Developed Country (LDC). Dennoch hat sich Verschiedenes zum Besseren gewendet. Die BIP-Wachstumsraten lagen in den letzten 10 Jahren um jährlich knapp 6%, in den Städten wächst eine Mittelschicht heran. Inflationsraten liegen bei ebenfalls zirka 6%, Exporte und Importe sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Zwar ist Armut immer noch weit verbreitet (zirka 40% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze), aber es ist nicht mehr der Hunger, der in Bangladesh vorherrscht.

Seit 1991 wird Bangladesh, als eines von 20 Ländern, von Frauen regiert. Momentan kämpfen die derzeitige Premierministerin Sheikh Hasina Wajed und die Tochter des ehemaligen Präsidenten, Khaleda Zia, welche von 1991 bis 1996 an der Macht war, um das Präsidentschaftsamt. Migration und Rücküberweisungen von MigrantInnen machen in Bangladesh einen wichtigen Teil des Einkommens für arme Haushalte aus. Ein Grossteil der Armut konzentriert sich auf den ländlichen Raum, wo etwa drei Viertel der Bevölkerung vorwiegend von kleinbäuerlicher Landwirtschaft lebt. Zwar hat die Zahl der Armen in den letzten Jahren relativ gesehen abgenommen, angesichts des Bevölkerungswachstums steigt jedoch die absolute Zahl weiterhin.

Mädchen sind seit jeher die am meisten benachteiligte soziale Gruppe in Bangladesh. Es wird weder in ihre Gesundheit noch in ihre Ausbildung investiert. Vielen Familien bereitet es grosse Sorge, wie sie ein Mädchen möglichst behütet aufziehen und rasch verheiraten können. Unter dem Vorwand, sie beschützen zu müssen, werden sie eingesperrt, ausgegrenzt und früh verheiratet. In Bangladesh

müssen die (jungfräulichen) Mädchen eine Mitgift in die Ehe bringen; diese ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, so dass Eltern ihre Töchter zudem vermehrt als «ökonomische Last» wahrnehmen.

Je früher ein Mädchen verheiratet wird, umso grösser ist die Gefahr, dass es als «Hausklavin» endet, ohne Entscheidungsbefugnisse und sehr rasch Mutter von vielen Kindern wird, dies bei oft schlechter Gesundheit. Am schwersten ist es für alleinstehende Frauen mit Kindern, welche nicht auf den Familienverband zur sozialen Sicherung zugreifen können.

Das Projekt (1991 – fortlaufend)

Das «Adolsecent Girls' Program» ist Bestandteil aller landesweit 21 Schulzentren von Center for Mass Education in Science CMES. Um den Mädchen und Jungen, welche aus der Regelschule gefallen sind, eine Perspektive zu geben, wurde ein Curriculum entwickelt, das auf eine Erwerbstätigkeit oder eine ökonomische Selbständigkeit abzielt. Die Vision des Gender-Ansatzes¹ von CMES ist eine neue emanzipierte Schwesternschaft in Bangladesh, Mädchen auf Augenhöhe mit den Jungen.

Das Projekt umfasst drei Hauptkomponenten:

1. Bedarfsorientierte Ausbildung mit einem einjährigen Abschlusspraktikum in der schuleigenen Produktionsstätte
2. Mikrokredite an Schulabgängerinnen und Schulabgänger
3. Stärkung des Selbstbewusstseins von Mädchen (und Jungen) und Förderung ihrer Selbständigkeit

Schule und Ausbildung werden nachfrageorientiert und so flexibel und individuell wie möglich gestaltet. Das Projekt ermöglicht rund 30 000 Kindern ohne Schulabschluss in städtischen und ländlichen Gebieten im ganzen Land eine Ausbildung auf ihren Erwerbwunsch hin. Kinder können ab 11 Jahren aufgenommen werden und werden ermuntert, in der Schule/Werkstatt zu bleiben, bis sie 19 Jahre alt sind. Die Ausbildung beinhaltet Schulunterricht, Praxis und Erlernen von Berufswissen auf dem Schulcampus. Hier wird, schon während der Ausbildung, richtig

* aufgrund eines Interviews mit Dr. Muhammad Ibrahim, Director of CMES

¹ Zur Definition des «Gender-Ansatzes» vgl. Glossar.

Die Vision des Gender-Ansatzes von CMES ist eine neue emanzipierte Schwesternschaft.

gearbeitet und verdient. In diesem Rahmen lernen die Kinder und Jugendlichen, wie eine anständige und geschützte Arbeitsstelle aussehen müsste, sie lernen, warum Pausen und Arbeitsplatzsicherheit die Effizienz erhöhen.

CMES konzentriert sich einerseits auf eher konventionelle Ausbildungen (Schreinerei, Schneiderei, Mechanik), die bei den Jugendlichen nachgefragt sind. Andererseits versucht CMES auch, die Jugendlichen dafür zu sensibilisieren, flexibel zu sein, um so mit neuen Angeboten Nachfragen zu kreieren (Pilz- oder Kompostproduktion). Soziales und umweltbewusstes Handeln wird dabei in den Vordergrund gestellt. Darum testen die Mädchen und Jungen verschiedene Geschäftsideen, statt sich in der Ausbildungszeit auf ein Produkt zu konzentrieren. Während der Ausbildung sollen alle mit mindestens drei verschiedenen Produkten/Services auf dem Markt zu bestehen lernen.

Rund ein Drittel der SchülerInnen beantragt nach der Ausbildung einen CMES Mikrokredit, zwei Drittel arbeiten danach in der Familie, gehen an höhere Schulen, heiraten, werden angestellt oder bleiben arbeitslos. Zurzeit sind rund 70% der Kredite an Mädchen und Frauen vergeben. Mikrokredite sind nicht ausschliesslich für die Schülerinnen gedacht, sondern allen zugänglich. Um einen Mikrokredit zu erhalten, müssen Interessierte einen *business plan* vorlegen. Erstkredite sind normalerweise 30 bis 50 USD, Nachfolgekredite können bis auf 500 USD steigen. Meistens werden Kredite für ökonomische Aktivitäten wie das Züchten von Pilzen, der Produktion von Kompost, das Anlegen einer Baumschule oder eines Nähateliers beantragt. Oftmals kommen ehemalige Kreditnehmerinnen wieder und bauen sich so langsam ein wirtschaftliches Unternehmen auf.

Mit der Kreditvergabe und in der Schule werden auch ganz spezifische Werte transportiert. Zudem versucht die Schule im Rahmen des Kreditsystems explizit nicht mit stereotypisierten Rollenvorstellungen zu arbeiten. Die Rechte von Frauen und Mädchen werden ihnen bewusst gemacht, auch das Recht auf Freizeit und Erholung wird beispielsweise speziell hervorgehoben. Auch soll den Mädchen vermittelt werden, dass sie sich selbständig Ziele setzen und diese aus eigener Kraft erreichen können: Schule, Job, Ehemann, Kinder, Einfluss, Macht, Freizeit.

Die Ergebnisse

In der Umgebung der Schulen steigt das Heiratsalter an und die Höhe der Mitgift für Mädchen sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Eine grosse Anzahl von Schulabgängerinnen fand über die Kreditsysteme ein Einkommen. Zurzeit haben zirka 16 000 Personen einen Kredit (davon 70% Frauen) und bis 2009 wurden 81 000 Kredite vergeben. Die allermeisten der Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer konnten das Geld gewinnbringend investieren. Dennoch ist es nicht einfach, ein eigenes Unternehmen zu gründen: Es herrscht eine grosse Konkurrenz untereinander und mit ausländischen Produkten. Deshalb kommt es natürlich auch vor, dass Kredite nicht zurückbezahlt werden können; dieses Risiko (ca. 5% aller Kredite) trägt CMES. Bei den jungen Frauen ändert eine Heirat nach wie vor meistens ihre Erwerbssituation: Oftmals ziehen sich die frisch vermählten Frauen aus ihrer Erwerbstätigkeit zurück. So meint denn auch Muhammad Ibrahim, der Direktor von CMES: «Gleichstellung bleibt ein Ziel in weiter Ferne.»

Fazit

Das Center for Mass Education in Science mit seinen vielfältigen und ineinander verschränkten Projekten und Programmen, die allesamt darauf abzielen, Benachteiligte zuerst über Bildung und dann über Arbeit zu stärken, hat eine Erfolgsgeschichte.

Mit ihren Adolescent-Girls- und Gender-Programmen will CMES nicht nur die Mädchen auf Augenhöhe mit den Jungen bringen, sondern den Ansatz ausweiten. Diese Befähigung und Stärkung, welche den Abstand zwischen Mächtigen und Entmachteten verkleinern soll, ob zwischen Frauen und Männern, Lehrerinnen und Schülerinnen, Projektmitarbeitern und Begünstigten, Kreditgeberinnen und -nehmerinnen, ist ein deutlich erkennbares Merkmal in allen Ansätzen.

Risikotransfer als neues Instrument der EZA

Mikroversicherungen für Unternehmerinnen in Jordanien

ECKDATEN

PROJEKTITEL	Ri'aya Spitalversicherung für Frauen in Jordanien
VERANTWORTLICH	Microfund for Women MFW (Member of World Women Banking) www.microfund.org.jo
PARTNER	Zurich Financial Services
PROJEKTDAUER	seit 2010: 9000 Versicherungspolicen, 230 Schadensmeldungen
FINANZIERUNG	Women's World Banking

Der Kontext

In Jordanien richten sich die MFI mehrheitlich an ein männliches Klientel. Mitte der neunziger Jahre hat Save the Children in Amman das Pilotprojekt «Group Guaranteed Lending Program» lanciert, mit dem Ziel, Kleinstunternehmerinnen zu mehr Einkommen und Entscheidungsmacht in Familie und Gemeinde zu verhelfen. Dieses innovative Projekt wurde bald einer jordanischen NGO (Jordanian Women's Development Society) übergeben, die die Umsetzungsmöglichkeiten für Gruppendarlehen untersuchte und gleichzeitig den armen Frauen Zugang zu Kreditmechanismen ermöglichte. Seit 1999 ist das Programm unabhängig und als MFW registriert. Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz auf dem MF-Markt, hat MFW als Anreiz für ihre Kundinnen neue Produkte entwickelt, die auf den weltweiten Erfahrungen mit MF für Frauen (Women World Banking) und auf einer Bedürfnisabklärung der Klientinnen in Jordanien beruhen. Es zeigte sich, dass Zeitverlust und Einkommensausfall bei Krankheit und Notfällen ein besonderes Risiko für Unternehmerinnen darstellen; dies trotz eines relativ guten öffentlichen Gesundheitswesens. So entstand die Idee einer Spitalversicherung.

Es ist wichtig, das primäre Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich die Versicherung auf unkomplizierte Weise an die Kundinnen zu bringen.

Die Organisation

MFW investiert in Frauen, weil sie zentrale Akteurinnen für gesellschaftlichen Wandel und gute Kundinnen sind, sie will mit zusätzlichen Angeboten alles tun, um den Weg für Frauen als Unternehmerinnen zu ebnet. Mit Bürgschaften und freien, also nicht zweckgebundenen Darlehen für den Aufbau oder Ausbau eines Unternehmens, unterstützt MFW Frauen in ihren Bemühungen, die Familiensituation zu verbessern. Viele Angestellte von MFW leben in den gleichen Gemeinden wie die Kundinnen. Das erleichtert die Bedürfnisabklärungen, eine langfristig gedachte Beziehungspflege und die Entwicklung sinnvoller und anwendbarer neuer Produkte, die sich besonders an der Rolle der Frauen in armen jordanischen Haushalten orientieren. So wie das «Spital Cash Produkt», eine Krankenversicherung, die Frauen in Notfallsituationen finanziell entlasten soll. Die versicherten Frauen sind bereits Kundinnen von MFW; mit der Spitalpolice erhalten sie ein zusätzliches Angebot. Für die versicherten Frauen ist dies bei fehlender staatlicher Daseinsvorsorge eine Hilfe, für die Institution eine Möglichkeit, gegenüber der wachsenden Konkurrenz auf dem Markt zu bestehen. MFW hat mehr als 62 000 aktive KundInnen, 97% davon sind Frauen. Der Marktanteil von MFW in Jordanien beträgt rund 35%. MFW arbeitet mit einem Budget von 20 Millionen USD, hat über 365 000 Darlehen zwischen 140 Dollar bis 14 000 Dollar gegeben (im Schnitt 322 Dollar pro Darlehen). Die Rückzahlungsquote liegt bei 99%. MFW hat 234 MitarbeiterInnen (73% Frauen) und arbeitet mit 24 Sektionen.

Ri'aya – die Spitalversicherung für Frauen in Jordanien

Die Spitalkostenversicherung Ri'aya beruht auf der Annahme, dass die Geschäftsrisiken für Frauen grösser sind als für Männer, wenn unvorgesehene Krankheiten oder Notfälle das Haushaltsbudget belasten und krankheitsbedingte Spitalaufenthalte Einkommenseinbussen zur Folge haben. Die Leistung von Ri'aya an die versicherten Frauen ist eine Nachtpauschale von 14 USD für den Spitalaufenthalt, dies auch dann, wenn die Frauen bereits vorher krank waren. Ob die Frauen mit dem Geld die Spitalrechnung bezahlen oder die Kinderbetreuung in ihrer Abwesenheit, ob

Ob die Frauen mit dem Geld die Spitalrechnung bezahlen oder die Kinderbetreuung in ihrer Abwesenheit, ob sie Essen kaufen oder Anschaffungen, die sie für ihr Unternehmen brauchen, bleibt ihnen überlassen.

sie Essen kaufen oder Anschaffungen, die sie für ihr Unternehmen brauchen, bleibt ihnen überlassen. Ri'aya deckt auch Spitalkosten bei einer Geburt, was für diesen Produkttypus der MFI sonst eher selten ist.

BEDÜRFNISABKLÄRUNG Der Einrichtung der Versicherung ging eine Erhebung bei über 1000 Klientinnen voraus, die mehrheitlich nicht versichert waren und Gesundheitsdienstleistungen mit gespartem oder ausgeliehenem Geld bezahlen mussten. Die meisten der Befragten waren Hausfrauen, einige von ihnen mit formellen oder informellen Einkommensquellen oder kleinen Geschäften. Sie kamen aus unteren Einkommensschichten und gaben an, dass ein Spitalaufenthalt sie in eine finanzielle Notsituation bringen würde. Im April 2009 reichte WWB und MFW bei ILO ein Finanzierungsgesuch ein um ein Versicherungsprodukt zu lancieren, welches den Klientinnen eine finanzielle Entlastung für solche Notfälle bringen soll.

ZIELSETZUNG Microfund for Women MfW entwickeln mit der Unterstützung von ILO ein erschwingliches und leicht verständliches Versicherungsprodukt für ihre Klientinnen im Gesundheitsbereich. Spitalkosten werden direkt übernommen, die Leistung beträgt 14 USD pro Nacht bei einer Prämie von 1,4 USD.

Erste Resultate

Bis im Februar 2011 waren 9000 versicherte Personen eingeschrieben, 230 Schadenmeldungen wurden registriert. Die Mehrheit der Klientinnen geht in öffentliche Spitäler (73%), 16% der Frauen nützen private Spitäler und 12% gehen in Militärspitäler. Im Schnitt bleiben die Frauen 3 Nächte im Spital; in den privaten Spitäler eher weniger, was mit den Kosten zusammenhängt.

Nach der Spitalentlassung bis zur Schadenmeldung dauert es im Schnitt 8 Tage und zur Rückvergütung nochmals 7 Tage. «Diese Versicherung ist grossartig, eine wirkliche Erleichterung», sagt Naela H., die erste Versicherte, die eine der Leistungen von Ri'aya in Anspruch nehmen konnte. Sie musste mit einer Blinddarmentzündung ins Spital und war deswegen gezwungen, ihr Kleinunternehmen für drei Tage zu schliessen. Die Versicherung zahlte 14 Dollar pro Nacht im Spital.

Fazit

VORBEREITUNG Die Bedürfnisabklärung ist zentral. Zwar kennen die MFI die Frauen als Klientinnen, über ihr Gesundheitsverhalten und ihre -bedürfnisse ist jedoch wenig bekannt. Das Produkt muss um diese Bedürfnisse herum entwickelt werden; es gibt kein ideales Produkt, das allen Ansprüchen genügt. Die Mitarbeiterinnen in den Sektionen müssen von Anfang an und auf allen Ebenen der Entwicklung und Umsetzung des Produkts einbezogen werden. Die Pilotphase soll erst starten, wenn sie gut geplant ist.

PILOTPHASE Ein Pilot-Protokoll hilft, den Zweck genau zu definieren und die Ziele und Indikatoren festzulegen. Wichtig ist das Monitoring der Umsetzung betreffend Schadenmeldungen, Finanzen und organisatorischer Abläufe. Feedbacks von Mitarbeitenden in den Sektionen, von Versicherten allgemein und solchen, die bereits eine Schadenvergütung beantragt haben, werden gesammelt und ausgewertet. Produktkonzept: Bargeld für Spitalrechnungen ist ein guter Einstieg für eine Krankenversicherung und kann als Basis für deren Weiterentwicklung gebraucht werden.

FOLGEPHASE Um das Programm auf den Markt zu bringen, braucht es Zeit und Engagement, wobei man bereits auf Erfahrungen anderer Projekte abstützen kann. Das Engagement der Mitarbeiterinnen ist entscheidend. Sie brauchen die nötigen Kenntnisse um das Produkt umzusetzen und um die nötigen Beziehungen in den Sektionen zu entwickeln. Es ist wichtig, das primäre Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich die Versicherung auf unkomplizierte Weise an die Kundinnen zu bringen.

* Anna Gincher mann,
Women's World Banking,
New York

Am Anfang stehen Solidarität und Zugehörigkeit

Genossenschaftliche Spar- und Kreditgruppen für Frauen in Bénin

ECKDATEN

PROJEKTTITEL	Programme d'Appui aux Artisan·es
VERANTWORTLICH	Yvette Onibon Doubogan, chargée de programme au Buco Cotonou
PARTNER	Groupements Mutualiste d'Épargne et de Crédit au Bénin (GMEC)
PROJEKTDAUER	1994 – Dezember 2011 (Phase 4)
FINANZIERUNG	DEZA

Der Kontext

Kleine und mittlere Firmen haben nur erschwert Zugang zu Produktionsmitteln (Infrastruktur, Finanzierung, Rohstoffe, Energie, etc.), was ein grosses Hindernis für eine gute Entwicklung des Handwerkssektors bedeutet. Die traditionellen Bürgschaftsgruppen und Mikrofinanzinstitute regeln die Finanzierungs- und Wiederfinanzierungsprobleme der Aktivitäten der Handwerkerinnen und Handwerker nur unzureichend. Die traditionellen Bürgschaftsgruppen bieten zwar insbesondere den Frauen kollektive Sparmöglichkeiten, die gesammelten Beträge sind jedoch zu klein, um den Bedarf an Bargeld der erwerbstätigen Frauen zu decken. Die Mikrofinanzinstitute ihrerseits bieten zwar Verträge mit flexiblen Garantien an, die ungünstigen Zins- und Rückzahlungsbedingungen sind jedoch für die Mikro- und kleinen Unternehmen von Frauen äusserst problematisch und riskant.

Das Projekt

1988 haben sich deshalb verschiedene Gruppen von Handwerkerinnen und Handwerkern der Städte Cotonou, Porto-Novo und Abomey unter dem Anstoss von ILO/UNDP mobilisiert um Strategien zur Autofinanzierung ihrer Aktivitäten zu suchen. Dann wurden die ersten genossenschaftlichen Spar- und Kreditvereine gegründet (Mutuelles d'Épargne et de Crédit MEC), mit dem Ziel

- einfach und auf der Basis gegenseitiger Versicherung zu Krediten mit stabilem niedrigem Zins (1%) zu kommen und
- Gruppenmikroprojekte zu initiieren.

So ist 2004 das Programm «Appui aux Artisan·es» zur Förderung der Gründung von genossenschaftlichen Spar- und Kreditgruppen (Groupements mutualistes d'épargne et de crédit GMEC) entstanden.

Zentral bei der Sensibilisierung potentieller Mitglieder (Frauen und Männer) von genossenschaftlichen Spar- und Kreditgruppen sind die Ausbildung in den Techniken, die es braucht, damit diese funktionieren, sowie die Erarbeitung verständlicher Anleitungen zur Geschäftsführung.

Die genossenschaftlichen Spar- und Kreditgruppen setzen sich aus Frauen und Männern aus derselben Berufsgruppe zusammen. Sie arbeiten zusammen, indem sie einen Teil ihrer jeweiligen monatlichen Einkommen zusammenlegen, um so zu Einrichtungskrediten zu gelangen.

Heute gibt es in Bénin mehr als fünfhundert genossenschaftliche Spar- und Kreditgruppen. Vierzig dieser Gruppen befinden sich in den Departements l'Alibori und Borgou, welche durch das Programm «Appui aux Artisan·es» abgedeckt sind. Mit den Krediten beteiligen sich diese Gruppen in unterschiedlicher Weise und Seite an Seite mit anderen Finanzinstituten am dezentralisierten Finanzsystem der Region. Sie erleichtern so den KleinstunternehmerInnen, die vor allem im Handwerkersektor tätig sind, den Zugang zur passenden Finanzierung.

Jedes Mitglied einer GMEC bezahlt:

- einen Mitgliederbeitrag zum Funktionieren der GMEC (je nach GMEC zwischen 100 und 200 FCFA pro Monat);¹
- seinen Anteil an der Versicherung (zwischen 1000 und 2000 FCFA/Monat je nach GMEC);
- ein privates Ersparnis, dessen Höhe nicht festgeschrieben ist, sondern von der jeweiligen Sparkapazität abhängt.

SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG Die Mitgliederzahl der GMEC variiert zwar, die Regel will es aber, dass sich alle GenossenschaftlerInnen ein Mal pro Monat zur Generalversammlung treffen. Am Anfang einer GMEC stehen der Solidaritätswille und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit. Die Mitglieder können die genossenschaftlichen Betriebsprinzipien einer GMEC leicht umsetzen, da sie den bereits weit verbreiteten gemeinschaftlichen Rentenversicherungen (Tontines) ähnlich sind. Es handelt sich um eine interessante Alternative zu den Mikrofinanzinstitutionen, welche nicht immer den Besonderheiten des Handwerks entsprechen.

* Yvette Onibon Doubogan, chargée de programme au Buco Cotonou

Die Frauenspargruppen bieten eine wichtige Basis für die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frauen; ihre Position wird gestärkt – zu Hause und in der Gesellschaft.

MOTIVATION Ein GMEC schafft nach relativ einfachen und gut funktionierenden Betriebsverfahren ein solidarisches Finanzierungsmittel zur Förderung des individuellen Sparens und zur Mobilisierung dieser Ersparnisse für Mikro- und Kleinunternehmen.

Eine Studie über die Idee der GMEC zeigt, dass der Wille der einzelnen GenossenschaftlerInnen zur Finanzierung und Re-Finanzierung des eigenen Unternehmens das wichtigste Motiv zur Gründung einer GMEC ist.

ERGEBNISSE Die Zugehörigkeit zu einer GMEC erleichtert den Frauen, die vor allem als Näherinnen, Weberinnen und Töpferinnen tätig sind, den Zugang zu Finanzierungs- und Wiederfinanzierungsaktivitäten. Einige GMEC funktionieren relativ gut: Wenn die Mitgliederbeiträge und die Ersparnisse regelmässig bezahlt werden, können den Mitgliedern substanzielle Kredite (bis zu 1 000 000 FCFA)² gewährt werden. Andere funktionieren weniger gut, da die Mitglieder ihre Beiträge nicht bezahlen können, weil es ihnen nicht gelingt, ihre Produkte auf dem Markt abzusetzen. Ein zentrales Element des ganzen Programms ist es ja, den Marktzugang zu fördern (Organisation von Messen, Ausstellungen der Produkte, Marktforschung in Gemeinden und auf Staatsebene etc.). Diese Prozesse dauern allerdings oft ziemlich lange.

2005 haben die GMEC beschlossen sich in einem Netzwerk zusammenzuschliessen. Sie gründeten ein Netzwerk zur Förderung und Entwicklung der GMEC, die damit einen gemeinsamen Rahmen und die Qualitätsbegleitung bekamen. Zudem erlaubt das Netzwerk den Handwerkerinnen Erfahrungen mit anderen Unternehmerinnen auszutauschen.

GMEC und die Eigenfinanzierung der Aktivitäten der Frauen

Über das Sparen und den Zugang zu Krediten hinaus helfen die GMEC als Solidaritätsgruppen zwischen GenossenschaftlerInnen bei Hochzeit, Geburt oder Todesfall. Sie unterstützen GenossenschaftlerInnen, deren Ernte und Einnahmen zurückgegangen sind, damit sie mit neuem Kapital die Produktion steigern können. Die Zahl der Frauen in den GMEC vergrößert sich seit 2006 kontinuierlich. Heute machen sie 63% der Mitglieder der gemischten GMEC aus. Dank

diesem Erfolg wurden vor allem in ländlichen Gebieten Frauengenossenschaften gegründet. Sie mussten allerdings ihre Fähigkeiten zur Selbstverwaltung beweisen und haben sich deswegen zuerst in sozio-professionellen Gruppen zusammengeschlossen. So hat auch die Zahl der Frauengruppen zugenommen: Von den 40 GMEC, die es im Departement Borgou/Alibori gibt, sind 17 GMEC Frauengenossenschaften. Sie bieten auch Spar- und Kreditdienstleistungen an, sind selbstverwaltet und konnten so ihre Abhängigkeit von den Männern stark reduzieren. Sie erhalten Unterstützung für die Verwaltung des GMEC und für die Verwaltung ihrer einkommensgenerierenden Aktivitäten. Die Evaluation des Programms im Jahr 2010 zeigt die positive Entwicklung der Handwerksaktivitäten in solchen Gruppen. Das Aktivitätsvolumen ist deutlich gestiegen und auch das Wohlbefinden dieser Frauen und deren Kinder hat sich nachweislich verbessert. Sie kommen für ihren eigenen Lebensunterhalt auf und können ihre Kinder besser ernähren und pflegen als in der Vergangenheit:

- 3 Mahlzeiten pro Tag, Fleisch und/oder Fisch mindestens zwei Mal am Tag
- Grundschulbildung von Buben und Mädchen verbessert, da Schulgeld und Material bezahlt werden können
- Zugang zu Gesundheitszentren und Medikamenten optimiert

Die Frauen engagieren sich selbstbestimmter wenn die (Geschlechter-)Beziehungen verhandelt werden, dies sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Zusammenleben mit ihren Ehemännern. Der soziale Status der Frauen als Mitglied des GMEC ist deutlich gestiegen und nimmt mit der Führungsfunktion der Frau innerhalb ihrer sozio-professionellen Gruppierung und des GMEC noch zu. Die Frauenspargruppen bieten eine wichtige Basis für die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frauen, die sich so besser organisieren und ihr Einkommen erhöhen können; ihre Position wird gestärkt – zu Hause und in der Gesellschaft.

¹ Währungskurs:
1 CHF = 450 FCFA

² Bis zu 2200 CHF.

Mikrokredite sind kein Allerheilmittel: Die Kombination macht den Unterschied

Fazit

Nebst den klassischen Mikrokreditinitiativen (Beispiel Bangladesh) werden seit einigen Jahren in der EZA auch Mikroversicherungen (Beispiel Jordanien) und Mikrosparinitiativen (Beispiel Bénin) implementiert. Alle drei Beispiele zeigen aber, dass einzelne Finanzdienstleistungen nicht ausreichen, um die Situation der berücksichtigten Frauen und Männer (KundInnen) längerfristig zu verbessern. Wenn der Vergabe von Mikrokrediten eine Bildungsinitiative vorausgeht, steigt die Chance, dass auch die Ärmeren profitieren können, beträchtlich: Im Projekt «Adolescent Girls' Program» in Bangladesh erhalten die Mädchen zuerst die Möglichkeit, die Schule abzuschliessen und dann auf demselben Schulcampus eine Berufsausbildung zu machen. In dieser Phase lernen sie mit Menschen ausserhalb ihrer Familien umzugehen, ihr Selbstvertrauen steigt. Schliesslich können sie im Anschluss an diese Ausbildung einen Mikrokredit aufnehmen, um ins Berufsleben einzusteigen.

Mikrokredite alleine genügen auch nicht, wenn ein Notfall die Familie trifft, z.B. ein krankheitsbedingter Spitalaufenthalt. Die Spitalversicherung in Jordanien ist auf Kleinunternehmerinnen zugeschnitten (die durch MF-Kredite unterstützt werden) und fängt solche temporäre Einkommenseinbussen auf. Denn die mehrheitlich für die Versorgung der Familie zuständigen Frauen sind höheren Risiken ausgesetzt, wenn unvorhergesehene Kosten das Haushaltbudget belasten. Ohne bürokratischen Aufwand erhalten die versicherten Frauen das Geld – sie können damit die Spitalrechnung oder das Essen für die Familie während ihrer Abwesenheit bezahlen oder Material für ihr Unternehmen kaufen. Damit wird das Projekt den praktischen Care-Ansprüchen gerecht, die bei klassischen MF-Instrumenten meist unberücksichtigt bleiben. Dennoch bleibt die Frage offen, inwieweit sich diese Frauen auch längerfristig besser auf dem Arbeitsmarkt positionieren können.

«The intervention should be aimed at strengthening mechanisms that increase the ownership and control of women over assets and/or at the combat of mechanisms that prevent the increased risks of women, to which she is exposed» (van Leeuwen 2005, 27). Ziel der EZA bleibt es selbstverständlich, die strukturellen Defizite zu beseitigen. In diesem Falle kann es der Ausbau des öffentlichen Gesundheits- und Betreuungswesens sein, um die Voraussetzungen für eine nachhaltige soziale Sicherung zu schaffen, unter welchen Frauen und Männer gleicher-

massen wirtschaftliches Empowerment erfahren können. Im Beispiel Bénin wurden Spar- und Kreditgruppen für Frauen zur gegenseitigen Kreditgabe zu stabilen niedrigen Zinsen gegründet. Das Ziel dabei ist die Gründung und der Ausbau eines eigenen Unternehmens im Handwerkssektor. Dieses Projekt verbesserte offensichtlich die finanzielle Situation der einzelnen Frauen und ihre Position innerhalb der Gemeinschaft. Auf der einen Seite wird die Solidarität unter den Frauen als sehr wichtig für das Gelingen der Spar- und Kreditgruppen erachtet. Auf der anderen Seite zeigen aber Erfahrungen, dass solche Solidaritätsgruppen disziplinierend wirken. Hier öffnet sich eine Spannung zwischen den MFI, die die Mikrokredite ganz im Sinne der Marktlogik einsetzen wollen, und dem Ziel, die Situation aller beteiligten Frauen zu verbessern. So können sich Spargruppen auch negativ auf einzelne Frauen auswirken – zum Beispiel auf jene, die nicht (mehr) bezahlen können: «In der allgemeinen Euphorie wird vor allem übersehen, dass Mikrofinanzierung in den letzten zwanzig Jahren von einem wohlgemeinten Instrument der Frauenförderung zu einem neoliberalen Vehikel der Integration von Frauen in die modernen Finanzdienstleistungs- und Marktssysteme geworden ist.»¹ Inwieweit es ökonomischen Ansätzen der MFI in der EZA gelingt, auch auf die Ursachen der wirtschaftlichen Ungleichheiten einzuwirken und «über die Logik der schnellen Resultate hinaus auch grundlegende Veränderungen zu beobachten und zu dokumentieren» (vgl. Interview mit Peter Tschumi, S. 14), ist abhängig von «flankierenden» Massnahmen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich. Das sprengt den Rahmen von MFI. Dennoch sind übergreifende, über reine Mikrokredit-Dienstleistungen hinaus reichende Interventionen Grundvoraussetzung dafür, dass sich die Machtverhältnisse zwischen den am Markt Beteiligten nicht zusätzlich verschärfen. Dass der Bereich der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit dabei eine wichtige Rolle spielt, liegt auf der Hand. Die Care-Arbeit muss neu zwischen den Mitgliedern der einzelnen Haushalte und zwischen Haushalten, staatlichen und privaten Anbietern verteilt werden, damit der Gewinn, den die Frauen aus den Krediten erwirtschaften, in die längerfristige Verbesserung der Überlebenssicherung und des Wohlergehens investiert werden kann. Und das gelingt nur, wenn die entsprechenden staatlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

¹ Wichterich, Christa. 2007. «Kleine Kredite, großer Mythos.» taz, 10. Juli 2007; URL: www.taz.de/!1698 (letzter Zugriff 12. September 2011).



Blicke in Schwarz und Weiss: die freie Marktwirtschaft in Cuba

In der Annahme, Handelsnormen hätten mit Geschlechterungleichheit nichts zu tun, fällen unsere Regierungen Entscheide, die den Ausschluss der Frauen beschleunigen. Indessen tragen wir Frauen schwer an der gewaltigen Last der Armut, die auf unsere Schultern drückt. Denn auf ihnen liegt auch die Aufgabe, die tägliche Nahrung für unsere Familien sicherzustellen.

Warum verpflichtet man uns, nach den Gesetzen des freien Marktes zu leben? Warum verdienen wir weniger als die Männer? Weshalb sind die Arbeiten, die wir ausführen, weniger wert?

Mit ihren Fotos wirft Verónica de la Torre einen Blick auf diese Fragen und präsentiert ihn uns in Schwarz und Weiss. Damit will sie eine längst fällige Debatte anstossen; eine Debatte für den Kampf gegen die Unterdrückung. Ihre Bilder sind zugleich Einladung wie Aufruf und sie schaffen ein Bewusstsein für die Notwendigkeit nach wirtschaftlichen Alternativen zu suchen. Alternativen, die das Leben von Frauen *und* Männern verändern!

Weitere Informationen zu Verónica de la Torre auf Seite 90.

Markets for the Poor – ein Antrieb für mehr Gleichstellung?



Die Entwicklungszusammenarbeit bedient sich verschiedener, unterschiedlich erfolgreicher Methoden, um das deklarierte Ziel, den Armen den Zugang zu den Märkten zu erschliessen, zu erreichen. Einer dieser viel verwendeten Ansätze nennt sich «Market for the Poor», kurz auch M4P. Die folgenden Überlegungen, die auf konkreten Erfahrungen mit M4P beruhen, werfen die Frage auf, weshalb Frauen trotz solcher M4P-Fördermassnahmen und neuer Einkommensmöglichkeiten ihren Lebensstandard nicht wirklich verbessern können. Bewirkt dieser Ansatz vor allem kurzfristige, praktische Verbesserungen, während Strategien zur Überwindung struktureller Geschlechterungleichheiten nicht angetastet, die Unterschiede im schlimmsten Fall sogar verstärkt werden?

Dieses Spannungsfeld, das auch in den Beispielen deutlich wird, spiegelt sich in vielen Gender Mainstreaming-Anstrengungen im Bereich der Marktförderung: Erfolgsgeschichten einzelner Frauen vermögen oft kurzfristig die Mechanismen von Geschlecht als strukturellem Merkmal von Ungleichheit zu überblenden. Das Dilemma zeigt auch wie schwierig es ist, den geschlechterpolitischen Zielen aus feministischer Perspektive mittels sektorspezifischer Ansätze, in diesem Falle der Marktförderung, überhaupt näher zu kommen. Solange die Umverteilungsmechanismen die nicht marktförmig organisierte Care-Arbeit als wirtschaftliche Leistung nicht anerkennen, ist die Grundvoraussetzung für das Empowerment der Frauen nicht erreicht.¹

Auch wenn M4P allein nicht mehr Geschlechtergleichheit bringe, so Alexandra Sagarra in der folgenden Herleitung, habe der Ansatz doch das Potential für einen umfassenderen Zugang zu Armutsbekämpfung, wenn er nur modellgerecht verwendet würde.² Dennoch gibt es eine Reihe von Herausforderungen. Der nachfolgende Artikel über georgische Milchproduzentinnen diskutiert diese und stellt Überlegungen an, in wie weit M4P Machtverhältnisse zugunsten einer geschlechtergerechten Entwicklung verschieben kann oder aber ob sich damit strukturelle Ungleichheiten noch zuspitzen werden.

¹ Das Empowermentkonzept wurde im Zusammenhang geschlechterpolitischer Forderungen erstmals an der Abschlusskonferenz der UN-Frauendekade 1985 in Nairobi vom Südfrauenetzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) entwickelt. Empowerment beschreibt eine frauenpolitische Strategie, durch welche Frauen kollektiv von unten her Macht aufbauen sollten, um Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung aufzubrechen. Vgl. Glossar.

² Siehe dazu www.m4phub.org, vgl. auch Glossar.

Der Zusammenhang von Zugang zu Einkommen und Wohlbefinden ist kompliziert

Der Zugang zu Märkten von Gütern und Dienstleistungen oder zum Arbeitsmarkt verbessert die wirtschaftlichen Chancen der Ärmsten – dieser Grundsatz ist in der EZA weitgehend unbestritten. Das Armutsrisiko verringert sich insbesondere, wenn Frauen ein Einkommen erwirtschaften und die Möglichkeit haben, über eigenes Geld zu verfügen. Darauf basiert schliesslich auch die Annahme, dass Einkommen generierende Aktivitäten den Frauen «automatisch» mehr Macht verleihen.

Das Verhältnis von Zugang zu Einkommen und Wohlbefinden ist jedoch komplizierter. Weder der Zugang zu Ressourcen allein noch wirtschaftliches Empowerment ohne soziale und politische Veränderungen können Geschlechtergerechtigkeit, Ermächtigung und Wohlbefinden herbeiführen. Das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung verdeckt zuweilen die Notwendigkeit von institutionellen und volkswirtschaftlichen Reformen, die eine Besserstellung der Frauen überhaupt erst möglich machen. Dazu kommen kulturelle Normen, soziale Ordnungen und Geschlechterstereotype, die eigentlich grundlegend in Frage gestellt und abgebaut werden müssten, jedoch meist unangetastet bleiben.

Diese Einwände lassen vermuten, dass die blosser Integration einer Geschlechterkomponente in Projekte von Market for the Poor (M4P) oder Privat Sector Development (PSD) wenig zum Abbau von Machtgefällen und damit auch wenig zur Gleichstellung beiträgt. M4P unterscheidet sich positiv von klassischen Ansätzen, weil das Konzept den Markt nicht nur als eine Angelegenheit von Angebot und Nachfrage versteht, sondern auch als System, das von formellen und informellen Institutionen geformt wird. M4P untersucht also auch die Auswirkungen, die die institutionellen Bedingungen auf verschiedene Gruppen von Menschen haben. Dazu gehört die Analyse von Gründen, warum Frauen nicht die gleiche Art von Möglichkeiten und Einschränkungen erleben wie Männer, und warum ihre Strategien anders sind. Wie das folgende Beispiel aus Georgien illustriert, inte-

griert die DEZA Gender Mainstreaming auch in M4P-Projekten. Dennoch ist dies keine Garantie, dass die Ziele der Gleichberechtigung im Sinne der DEZA-Gender-Politik erreicht werden. Wie M4P und GM kombiniert werden und wo die Herausforderungen und Chancen liegen, zeigt das Value-Chains-Programm in Georgien.

Es drängt sich auf, dass die Entwicklungszusammenarbeit ihren Instrumentenkasten, auch im Bezug auf Initiativen zur lokalen Wirtschaftsförderung wie M4P, erweitern muss, wenn Geschlechtergerechtigkeit als Ziel gesetzt ist. Es braucht gleichzeitig eine umfassende Sicht auf die strukturellen Gründe von Ungleichheit und die Fähigkeit und Bereitschaft der involvierten PartnerInnen, sich für Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen. Es ist kein neuer Gedanke, dass Geschlecht den Zugang zu und die Kontrolle über die entscheidenden Ressourcen und damit auch Marktdynamiken mitstrukturiert und dass Geschlechterrollen die Möglichkeiten der Personen, zum Beispiel im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, bestimmen. Ein differenziertes und kontextbezogenes Verständnis davon, wie Geschlecht die wirtschaftliche Dynamik beeinflusst, müsste jeder M4P-Initiative vorausgehen. Nicht zuletzt beeinflussen auch die makroökonomischen Trends das Geschlechterverhältnis, beispielsweise im Bezug auf Lohnungleichheiten und Exportwirtschaft.

Schliesslich sollte für M4P auch die Arbeitsteilung in den Haushalten eine Rolle spielen. Hier stehen Aspekte wie Zeit, unbezahlte/bezahlte Arbeit und Machtverteilung im Vordergrund. M4P muss sich auf den sozioökonomischen Wert unbezahlter Sorgearbeit einlassen, denn diese ist ein Grund, warum die Armutsbetroffenheit von Frauen nicht gleich angegangen werden kann wie die der Männer. Die systematische Analyse von Care-Arbeit ist besonders im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sehr wichtig. Es ist bekannt, dass die unbezahlte Care-Arbeit schnell aus dem Blickfeld der AkteurInnen verschwindet, wenn Profitmaximierung und Wachstumsquoten im Vordergrund stehen. Um so wichtiger ist es, in diesem Bereich genau hinzuschauen und mit sorgfältigem Monitoring sicherzustellen, dass bestehende Ungleichheiten nicht verstärkt oder erweitert werden. Das kann auch im Rahmen von M4P-Aktivitäten geschehen, wenn Geschlechtergleichheit nicht nur als abstraktes Ziel für die Projektaktivitäten relevant bleibt.

* Alexandra Sagarra, DEZA, Fachexpertin und Beraterin im Bereich Arbeit und Einkommen

Gleichgestellt dank Wertschöpfungsketten?

Erfahrungen und Herausforderungen am Beispiel von Milchverarbeitung in Georgien

Zwischen ökonomisch ausgerichteten Zielsetzungen, wie sie im Bereich der Förderung von Wertschöpfungsketten prioritär sind, und der DEZA-Gender-Politik, die auf Gleichstellung setzt, besteht ein gewisses Spannungsfeld, das Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen ist. Der Bezug zur Debatte über die unbezahlte Arbeit und der so genannten Care-Ökonomie¹ ist dabei zentral. Anhand eines Projektbeispiels aus Georgien zeigen wir, wie Pro-Poor-Ansätze für wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen eines M4P-Ansatzes mit Gender-Expertise verknüpft werden und welche Herausforderungen sich dabei stellen.

Am Beispiel einer Wertschöpfungskette in der Milchverarbeitung in Georgien lassen sich Überlegungen zu den Voraussetzungen für geschlechtergerechte Initiativen der lokalen Wirtschaftsförderung – M4P – illustrieren.²

Verarbeitung von Milcherzeugnissen in Georgien

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 9,3 Milliarden Dollar beziehungsweise einem Pro-Kopf-Einkommen von 2120 Dollar gehört Georgien zu den Ländern mit tiefem bis mittlerem Einkommen. Mit einer inflationsbereinigten Wachstumsrate von 6,4% (2010) respektive geschätzten 5,5% (2011) weist der ex-sowjetische Staat eine überdurchschnittliche Performance aus.³ Das Land hat bezogen auf den Global Gender Gap Index seit 2006 kontinuierlich

Plätze eingebüsst (von 54 auf 88; 2010). Während die Alphabetisierungsrate bei 100 Prozent steht, schneidet das Land bei Arbeitsmarktbeteiligung, Lohngleichheit sowie politischer Partizipation schlecht ab (WEF 2010). Besonders beunruhigend wirkt jedoch das Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen bei der Geburt, welches mit 0,89 weit unter dem normalen Wert liegt (1,00 markiert das Gleichgewicht). 1990 lag die Zahl laut der Weltbank noch bei 0,93 (World Bank 2009).

Mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte, sowohl Männer als auch Frauen, sind im Agrarsektor beschäftigt (World Bank 2010). Durch die betriebliche Arbeitsteilung sind vom DEZA-Projekt vorrangig Frauen angesprochen: Sie melken das Vieh und geben die frische Milch in der nahe gelegenen Milchsammlungsstelle ab, die ebenfalls von einer Frau geleitet wird. Den Transport zur Käserei und schliesslich auf den nahe gelegenen Markt organisieren lokale Unternehmen. Ziele sind einerseits die Deckung der Nachfrage auf dem Milch- und Käsemarkt, die garantierte Abnahme der Milch und die Preisstabilität. Andererseits soll das Programm die Frauen entlasten, indem Produktion und Verkauf zentral organisiert sind. Ein höheres Einkommen, Ernährungssicherheit sowie zusätzliche Mittel im Haushalt, insbesondere für die Frauen, sind die längerfristigen Zielsetzungen. Die vom Projekt geförderten Dienstleistungen umfassen ausschliesslich die produktiven und verarbeitenden Glieder der Wertschöpfungskette und beschränken sich auf Milch- und Käseverarbeitung, Transport, Information und Beratung für Hygiene sowie weitere Methoden zur Qualitätssteigerung.

Das mögliche Spannungsfeld zwischen marktorientierten Zielen und Gleichstellung wurde im Vorfeld des Projekts DEZA-intern nicht diskutiert. Erst in der Umsetzungsphase wurden die Partnerbetriebe aufgefordert, ihre Aktivitäten nach GM-Prinzipien zu überprüfen. Mit partizipativen Gender-Analysen konnten die zentralen Aspekte und Ursachen von Geschlechterungleichheiten identifiziert und die Aktivitäten entsprechend neu ausgerichtet werden. Als Folge davon werden Frauen nun als Produzentinnen, Konsumentinnen und Kleinstunternehmerinnen direkt angesprochen und in die Projektaktivitäten eingebunden. Dennoch stellt sich die Frage, ob diese Anpassungen ausreichen oder ob es grundlegende Veränderungen braucht, um die Intervention möglichst geschlechtergerecht zu gestalten.

¹ Auch «Sorge-Ökonomie», vgl. UNRISD-Studie zu Zeit und Care in unterschiedlichen nationalen Kontexten: www.wide.org sowie www.unrisd.org. Vgl. Razavi, Shakra. 2010. «Why care matters for social development.» UNRISD Research and Policy Brief 9. Vgl. Glossar.

² Das Projekt, auf welchem diese Reflexionen u.a. beruhen, wird in der Region Samtske-Javakheti, von der Organisation Mercy Corps umgesetzt. Es läuft seit 2008, die aktuelle Phase wird Ende 2011 abgeschlossen, der gesamte Betrag zur Umsetzung des M4P-Projektes beläuft sich auf ca. 5 Mio. CHF. Die Fragen zu Geschlecht wurden an einem Workshop zu M4P in Tiflis (Mai 2010), von Gender-Kontaktpersonen der involvierten Organisationen sowie Annemarie Sancar, DEZA Gender Focal Point, diskutiert.

³ Zahlen: IWF – Economic outlook report, October 2010. www.gfmag.com/gdp-data-country-reports/269-georgia-gdp-country-report.html#axzz1UA3LQJZZ (letzter Zugriff: 21. August 2011).

Value Chains (VC) als Triebfeder der Marktentwicklung

VCs fördern den Trend, die Verarbeitung der Produkte und den damit generierten Mehrwert von den ProduzentInnen zu entfernen (Riisgaard 2010). Je weiter der Verarbeitungsschritt vom ursprünglichen Rohstoff entfernt und je höher der Verarbeitungsgrad ist, desto grösser sind die Margen. Also stellt sich die Frage, ob die Arbeit der ProduzentInnen angemessen bezahlt wird und sie in adäquater Mass – d.h. auch im Verhältnis zu der von ihnen investierten Zeit und Energie – am Mehrwert beteiligt sind. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der ProduzentInnen, an den relevanten Entscheidungsprozessen, etwa an der Preisbestimmung oder an Beratungen zur Gewinninvestition teilzunehmen.

Im Fall von Georgien sind Frauen als Milchproduzentinnen das erste Glied der Wertschöpfungskette; sie sind aber auch als Betreiberinnen von Milchsammelstellen und Kleinstunternehmerinnen involviert. Während die Bäuerinnen früher die Milch, die sie vom Eigenbedarf abzweigten, zu Käse verarbeiteten und auf dem lokalen Markt oder über informelle Kanäle in die Stadt verkauften, liefern sie diese nun gegen einen fixen Preis und Abnahmegarantie an die Sammelstelle. Dadurch gewinnen sie Zeit und ein regelmässiges Einkommen. Noch etwas höher fällt der Gewinn für die Betreiberinnen der Sammelstelle aus. Diese verfügen jedoch nicht zwingend über mehr Kapital als die Milchlieferantinnen. Sie investieren den Überschuss in die Qualitätskontrolle und die Kühlung und verwenden ihn für die Gewinnsteuer. Ihre täglichen Lebenskosten fallen womöglich also etwas höher aus, weil sie weniger für den Eigenbedarf produzieren. Über die konkreten Auswirkungen auf den jeweiligen Lebensstandard und das Wohlbefinden ist damit ebenso wenig gesagt wie über die Zeit, die in die Care-Arbeit gesteckt wird, damit der Haushalt überhaupt funktioniert.

Die Käserei, das nächste Glied in der Kette, wirft genug Profit ab, um damit eine Futterfabrik zu errichten. Diese Investition gilt als *pro poor*, da die Betriebe dank des Futters die Milchproduktion steigern und die Fleischqualität verbessern können. Die Folgen der industriellen Futterproduktion für die kleinen LandwirtInnen sind hingegen nicht geklärt. Durch die industrialisierte Futterherstellung werden neue Qualitätsstandards für die Viehhaltung gesetzt, welche sich

je nach Betriebsgrösse unterschiedlich auf das Budget der Haushalte auswirkt. Es entstehen auch neue Abhängigkeiten der ProduzentInnen von den Futtermittelkäufern. Über die Möglichkeiten, stattdessen in herkömmliche Düngemethoden zu investieren, werden keine Angaben gemacht.

Die Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse sind interessant. Die Männer, die für die Fütterung der Kühe zuständig sind, nehmen Kredite für den Futtermittelkauf auf und bezahlen diese z.B. in Form von Milch zurück, was das Milchvolumen, welches den Frauen für den Verkauf zur Verfügung steht, reduziert. Wie reagieren diese darauf? Werden sie veranlasst den eigenen Milchkonsum auf Kosten der Ernährungssicherheit der Familie zu verringern?

Ob und wie die Käsefabrik tatsächlich das Leben der Milchproduzentinnen verbessert, hängt also von zahlreichen durch die VC-Intervention initiierten Faktoren ab. Im Bezug auf die Futterfabrik wäre eine Diskussion um Alternativen in einem Rahmen, der die Mitsprache der Produzentinnen oder ihre Beteiligung am Gewinn der Käsereien oder Futterfabriken sicher stellt, notwendig. Insgesamt fehlt es jedoch häufig am Kontextwissen und am Verständnis für den weiblichen Lebenszusammenhang, aus welchem heraus die Auswirkungen der Käserei und der Kraftfutterfabrik auf das verfügbare Geld und somit auf die Kaufkraft bzw. den Lebensstandard der Haushalte der beteiligten Frauen erklärt werden müsste.

Ethnographische Einblicke als Voraussetzung für GM

Die Strategien für eine gleichberechtigte Integration der Frauen in marktfähige Aktivitäten müssen auf relevanten ethnographischen Daten aus dem Lebenszusammenhang der Frauen aufbauen. Daten über Arbeitsteilung und Rollen, Zeitökonomie und Wirtschaftsstrategien im kleinbäuerlichen Haushalt bilden die Grundlage für Interventionen mit GM-Zielen. Häufig entstammen diese Informationen aus den Geschichten, die längere oder auch wiederholte Aufenthalte im Feld zutage bringen. Dabei bleibt jeweils unklar, welche Fragen wozu gestellt worden sind, ob es wirklich die richtigen Fragen im gewählten Zusammenhang sind, damit die Veränderungen in den Haushalten erfasst und verstanden werden können.

Wie die Zahlen aus Georgien zeigen, generieren die Frauen zwar mehr Einkommen; doch bedeutet dies, dass sie damit tatsächlich ‹besser leben› können?

«Physical strength was found to be the main criteria stated by the focus groups underpinning the division of roles related to farming, with men undertaking larger time bound operations related to the land such as ploughing or fencing, activities requiring greater physical strength such as hauling carcasses and butchery and one time large scale transactions such as the sale of livestock or large portions of harvest. Women tended to be responsible for activities which although seasonally bound tended to consist of more sustained activities over time such as weeding, milking, harvesting, food processing and weekly marketing. It was generally agreed by both male and female groups that women tended to work harder as, in addition to their farm related activities and processing for which they hold almost sole responsibility; their work was extended to household activities when the men could stop.»⁴

Frauen wenden viel Zeit für ihre täglichen Verrichtungen, wie die Nahrungszubereitung, Putzen, Waschen, Brotbacken, auf. Diese Art von Arbeit gilt allerdings nicht als Mehrwert schöpfende Tätigkeit. Gar keine Erwähnung finden die Kinderbetreuung, die Sorge für Ehepartner, ältere oder kranke Familienmitglieder oder die sozialen Kontakte ausserhalb der Familie, obwohl diese Tätigkeiten einen erheblichen Beitrag zur Lebensqualität leisten und eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am ökonomischen Geschehen sind. Die Tatsache, dass diese Tätigkeiten unerwähnt bleiben, bietet indes eine gute Gelegenheit, die Auswirkungen des GM-Ansatzes zu diskutieren. Um aufzuzeigen, ob sich die Bedingungen für die unbezahlte Care-Arbeit und damit auch die Lebensqualität von Frauen und Männern verbessern, müssen die institutionellen Voraussetzungen analysiert werden, unter welchen diese Tätigkeiten wie Essensproduktion, darunter Gartenarbeit oder Melken, Einkäufe, Essenszubereitung, Betreuung bei Krankheit oder von älteren Personen im Haushalt, verrichtet werden. «How societies address care also has far-reaching implications for gender relations and inequalities» (Razavi 2010, 2). Dies gilt insbesondere, wenn sich grosse politische Umwälzungen abzeichnen. Um langfristige Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in den Blick zu rücken, braucht es also zusätzliche Fragen und eine Perspektive, welche den Aufwand für bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit einbezieht, denn letztlich schöpft auch diese einen Wert, der sich im Milchpreis niederschlagen müsste.

Gleichstellung, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen

Initiativen zur Ermächtigung der Frauen mittels Marktintegration und die Erweiterung ihrer Möglichkeiten, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften, sind vielfältig und oft auch erfolgreich. Wie die Zahlen aus Georgien zeigen, generieren die Frauen zwar mehr Einkommen; doch bedeutet dies, dass sie damit tatsächlich ‹besser leben› können? Die Zusammenhänge zwischen Einkommen und Lebensqualität sind nicht evident. Mehr Einkommen heisst für die Frauen weder automatisch eine Erhöhung des Lebensstandards⁵ noch mehr Verhandlungsmacht. Informationen darüber, wie Frauen ihr Bargeld brauchen, ob sie überhaupt Investitionsmöglichkeiten haben, fehlen vorläufig und es wird sich die Frage stellen, ob die Frauen, die in der VC eingebunden und damit den gesicherten Milchabsatz haben, längerfristig sowohl im Haushalt wie auch in der Gemeinde an Verhandlungsmacht gewinnen. Ebenso bleibt die Frage offen, was mit den Frauen geschieht, die nicht eingebunden sind, ob deren Zugang zum Milchmarkt geschwächt wird oder ob sie andere Strategien entwickeln, um nachhaltig den Lebensstandard zu verbessern, indem sie sich organisieren und gemeinsam Kühe oder eine Melkmaschine anschaffen oder mit mehr Zugang zur Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsgremien veranlassen können, dass die Gemeinde Ganztageschulen und Basisgesundheitsdienste finanziert. Hierzu wiederum benötigen sie Ausbildung, Anleitung und Instrumente der politischen Organisation, auch das Felder, wo die EZA investieren kann, als Ergänzung also zu den M4P-Aktivitäten: Programme um die Care-Arbeit zu erleichtern, Infrastrukturen zu verbessern oder wohlfahrtsstaatliche Programme auszurichten (Hasan 2010, 12f.). Auch für ökonomische Programme gilt der Grundsatz, nicht ohne bzw. gegen sondern mit dem Wohlfahrtsstaat zu operieren, damit Wirtschaftsförderung die Lebensqualität so erfüllt, dass Frauen immer noch Zeit haben sich politisch zu engagieren, ihre Stimme zu erheben und einzufordern, was sie aufgrund ihrer Rolle als Hauptversorgerinnen benötigen.

Schlussfolgerungen

Die interessante Entwicklung der M4P-Projekte in Georgien gab Anlass, die Verknüpfungen von Gleichstellung der Geschlechter, wirtschaftlicher Entwicklung, Care-Arbeit und Wohlfahrtsstaat weiter zu denken und für eine nachhaltige EZA nutzbar zu machen – nachhaltig im Sinne einer längerfristigen Verbesserung des Lebensstandards auch der Frauen (siehe folgende Kapitel). Die Höhe des Lebensstandards ergibt sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Haushaltstrategien, mittels derer die Frauen die vielschichtigen Bedürfnisse der Familie decken. Sie schlüpfen hierbei je nach Situation in die Rolle der Unternehmerin, Bäuerin, Mutter, Versorgerin und Bürgerin, und diese Rollen sind nicht in jedem Fall kompatibel. Das Projektbeispiel verdeutlicht, dass Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung nachhaltig und inklusiv sind, wenn sie die unterschiedlichen Rollen berücksichtigen, die Frauen und Männer nicht nur als ProduzentInnen und KonsumentInnen ausüben, sondern auch als BürgerInnen mit einem Rechtsanspruch. Die Berücksichtigung der Care-Arbeit als wirtschaftliche Tätigkeit ist also mehr als eine folkloristische Erhebung zu Hausarbeit und Familienleben. Ihre Beachtung fordert einen methodischen Richtungswechsel, weg vom profitorientierten Marktansatz zu einem Ansatz, der die für die Grundversorgung aller nötigen Care-Arbeit integriert.

Das Projektdesign berücksichtigt die Sorgearbeit nicht, es wird davon ausgegangen, dass sie unverrückbar in den Händen von Frauen liegt. Nur wenn längerfristig gezeigt werden kann, dass der Zugewinn an Einkommen auch ein Zugewinn an Gestaltungsmacht (Empowerment) bedeutet, besteht die Möglichkeit, dass sich die Geschlechterverhältnisse effektiv verschieben. Frauen haben Zeit gewonnen, ein konkretes Resultat, das den praktischen Bedürfnissen vieler Frauen entgegen kommt und ihnen allenfalls individuelles Empowerment verschafft. Dieses führt aber keineswegs automatisch an die strategischen Ziele von Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment der Frauen in ihren vielfältigen Rollen heran. Die strukturellen Bedingungen der ländlichen Haushaltsökonomien sind dahingehend zu ändern, dass der Aufwand an Arbeit, Zeit und Energie zur Erhaltung des Lebensstandards für Frauen nicht zunimmt, dass sie ihre «gewonnene Zeit» für politische, soziale oder wirtschaftliche Tätig-

keiten verwenden können, die über das Ausüben der zugeschriebenen Rolle als Mutter hinausgehen, so dass sie längerfristig ihre gesellschaftliche Position und Verhandlungsmacht effektiv verbessern. Damit diese Postulate nicht verpuffen ist es unabdingbar, längerfristig und sektorübergreifend zu handeln und regelmässig zu erheben, wie sich der Lebensstandard der Haushalte, die Lebensbedingungen der Frauen im Verhältnis zu denen der Männer verändern – auch im Vergleich zu Haushalten, die in anderen oder keinen Projekten involviert sind.

Die Berücksichtigung der Care-Arbeit als wirtschaftliche Tätigkeit ist mehr als eine folkloristische Erhebung zu Hausarbeit und Familienleben.

⁴ Aus einer Erhebung, die während der Anfangsphase des Programmes in der Region von Samtskhe-Javakheti gemacht wurde.

⁵ Lebensstandard beinhaltet nebst ökonomischen auch soziale Indikatoren (wie Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate und Bildung). Vgl. Human Development Index (HDI) der UNO.

Verknüpfung von Politikdialog mit Einkommensförderung

Frauen Netzwerk und Produzentinnengruppe in Tadschikistan

ECKDATEN

PROJEKTTITEL	Einkommensförderung von Frauen im Pamirgebirge (Zamzam)
VERANTWORTLICH	Caritas Schweiz
PARTNERINNEN	700 und mehr Frauen in Produzentinnengruppen organisiert und als Frauennetzwerk «Zamzam» registriert Lokale Regierung auf Distriktebene, Unternehmerinnen Organisationen auf nationaler Ebene
PROJEKTDAUER	von 2010 bis 2013, Vorprojekt 2000 bis 2010
FINANZIERUNG	Projekt Misereor, Caritas Schweiz, Oxfam Novib Vorprojekt Mandat DEZA

Das Projekt «Zamzam» baut auf einem gleichnamigen Frauennetzwerk auf und zielt auf die Verbesserung der Stellung von Frauen über die Organisation von Produzentinnengruppen. Weitere Aspekte sind die Stärkung des Selbstbewusstseins von Frauen mittels Geschlechteranalysen sowie der verbesserte Zugang zum lokalen und zum internationalen Markt.

Der Kontext

Tadschikistan weist seit dem Jahr 2000 ein wirtschaftliches Wachstum von durchschnittlich 8,6% auf, welches auf den dramatischen Einbruch von 60% (!) in den 1990er Jahren folgte. Die Wachstumsfolge, welche sich IWF und WB zuschreiben, wirken sich für die tadschikischen Haushalte allerdings kaum aus. Bis zu 20% Inflation bei den Konsumgüterpreisen sind normal und im Zuge der Finanzkrise wurde der Tadschikische Somoni um 26% abgewertet.

Das Fehlen eines öffentlichen Sektors, der Bildung und Gesundheit für alle zugänglich machen würde, betrifft die Frauen speziell, da sie Teile dieser Funktionen ausüben, respektive die Verantwortung dafür übernehmen, das Geld aufzubringen, um Kinder in die Schule oder Kranke zur Behandlung zu schicken. Zusätzlich erschwerend wirkt, dass Frauen selten über ein eigenes Einkommen verfügen und häufig nicht mitentscheiden, wie der Haushalt sich ökonomisch absichert.

Caritas implementierte von 2000 bis 2010 im Auftrag der DEZA das lokale Entwicklungsprojekt Muminabad (Local Development Muminabad, LDM). Muminabad liegt 20 km von der afghanischen Grenze entfernt in einem Hochtal, welches gute Vorausset-

zungen für Milchwirtschaft und die Kultivierung von Obstbäumen bietet. Seit 2001 arbeiteten die Projektverantwortlichen mit Produzentinnengruppen, welche sich monatlich trafen. An den Treffen wurden neben technischen auch gender-relevante Themen diskutiert. 2007 gründeten verschiedene Gruppen eine gemeinsame formale Struktur: Das Frauennetzwerk Zamzam war geboren und wurde sogleich mit einem Sekretariat ausgestattet. Aufgrund der eingeschränkten juristischen Möglichkeiten wurde 2007 die Genossenschaft Zamzam registriert, welche von einem dreiköpfigen Team geleitet wird.

Hauptziel des Netzwerks ist die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen sowie die Stärkung der Frauenrechte im ländlichen Tadschikistan. Bei Projektabschluss hatte sich die Situation der Frauen im Distrikt jedoch nicht verbessert, sondern im Gegenteil verschlechtert. Zwar hatten die Frauen über Zamzam ein Vehikel, um sich zu mobilisieren, und einige hatten auf Haushaltsebene und bis ins nationale Parlament Einfluss gewonnen, aber insgesamt verschlechterten sich die Rahmenbedingungen für die Mehrzahl der Frauen. Bis zu 80% aller erwerbstätigen Männer sind emigriert und die Re-Islamisierung der Gesellschaft geht mit einem Rückschritt bezüglich öffentlicher Funktionen von Frauen einher. Die Zuspitzung der Rolle der Frauen auf ihre reproduktiven Fähigkeiten zusammen mit einem schwachen Staat, dem «Überhang» an ledigen Frauen, sowie dem fehlenden Rechtsschutz haben die Stellung der Frau untergraben. Diese ungeschützte Position führt zu einer ausbeuterischen Form von Polygamie, eingeschlossen hohe Brautpreise für sehr junge Mädchen, beides Optionen, welche armen Familien attraktiv erscheinen.

Das Projekt (2010–2013)

Das Projekt baut auf dem im Rahmen des Vorprojekts gegründeten Netzwerk auf und soll dieses stärken, sowie seinen Einfluss auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene ausdehnen. Gleichzeitig soll es der lokalen Initiative verpflichtet bleiben und die Probleme angehen, die spontan von den meisten Frauen in Muminabad genannt werden, allen voran das fehlende Geld. Vor diesem Hintergrund entwickelt sich das Projekt entlang von fünf Interventionslinien:



- Über den Aufbau von lokalen bis internationalen Wertschöpfungsketten werden **ARBEITSPLÄTZE** für Frauen in der Milchwirtschaft und in der Herstellung von Nischenprodukten in der Landwirtschaft (unter 1 Hektare Land) geschaffen. Sechs verschiedene Milcherzeugnisse werden hauptsächlich auf dem lokalen Markt abgesetzt, sowie in der nächstgelegenen Stadt Kulyab. Verschiedene Heilkräuter sollen über einen Zwischenhändler auf den russischen Markt gelangen.
- **EINKOMMENSFÖRDERUNG** von Frauen in der Subsistenzwirtschaft über Hühnerzucht, Kartoffelanbau und Gemüseanbau, Produktionszweige also, die nicht hauptsächlich auf den Markt ausgerichtet sind, sondern auf den Tisch kommen. Bei erfolgreicher Ernte bzw. guten Zuchtergebnissen kommen diese Produkte dennoch auf den Bazar.
- Die Frauen organisieren sich als **PRODUZENTINNENGRUPPEN** unter dem Netzwerk Zamzam. Auf Produzentinnenebene finden regelmässige (monatliche oder quartalsweise) Treffen statt. An diesen Treffen werden technische Inhalte weitergegeben und bedarfsorientiert über spezifische Anliegen der Frauen sowie Geschlechterthemen gesprochen. PRA und geschlechterdifferenzierte Analyseinstrumente ermöglichen es den Frauen, ihre persönliche Situation in einem Kontext besser einordnen zu können, was sie **ERMÄCHTIGT**, zuhause, in der Gemeinde oder darüber hinaus selbstbewusster aufzutreten.
- Das Netzwerk ist überdies Ansprechpartner der Regierung und soll sich im **NAMEN DER FRAUEN IN EINEM LOKALEN POLITIKDIALOG BEI DER REGIERUNG GEHÖR** verschaffen. Um diesen Austausch über die Frauenstelle der Regierung hinaus zu erweitern, unterstützt das Projekt die Erarbeitung eines Plans zur geschlechtersensitiven Klein- und Mikro-Unternehmensentwicklung. In diesem Forum wird ein Austausch über Steuern, Steuerverwendung, Lizenzen, Kontrollen, Mobilität, etc. ermöglicht.
- Nicht zuletzt soll auch die Organisation des Netzwerks gestärkt werden. Dazu finden Ausbildungen *on the job* statt, um die administrativen und organisatorischen Fähigkeiten der Frauen sowie die Managementprozesse zu verbessern. Diese Stärkung soll gewährleisten, dass die erwirtschafteten **GEWINNE WIEDERUM INS NETZWERK** und so an die Genossenschaft fließen, damit sie weiteren Frauen zur Verfügung stehen.

Die Ergebnisse

Die Erfahrung aus dem Vorprojekt zeigt, dass die Einkommen der Haushalte um 30% bis 50% gesteigert werden können. Diese Steigerung erreicht einen Umfang, der nicht durch Inflation oder Währungszersfall aufgehoben wird. Interessant ist auch, dass 80% der Frauen selber über ihr Einkommen verfügen

Die ärmsten Haushalte fallen schnell wieder aus der Wertschöpfungskette heraus, etwa weil sie Hygienevorschriften nicht einzuhalten vermögen oder Qualitätsstandards nicht erreichen.

können, obwohl hier unklar bleibt weshalb. Ist es, weil der Mann nicht da ist, oder weil sie sich im Rahmen ihres Engagements im Projekt mehr Entscheidungsbefugnisse auf Haushaltsebene erarbeiten konnten?

Der Distrikt Muminabad gehört zu den nahrungsunsicheren Zonen in Tadschikistan. Das laufende Projekt erreichte insgesamt mehr als 3000 Haushalte mit den einkommensfördernden Massnahmen und hat damit 15% der Bevölkerung bei der Ernährungssicherung unterstützt. Das Projekt hat dazu beigetragen, dass vielen Frauen die Türen zu öffentlichen Ämtern und Funktionen geöffnet wurden. Eine Frau hat sogar den Sprung ins nationale Parlament geschafft. Die Erfolgsgeschichten weisen darauf hin, dass das Einkommen in entwicklungsrelevante Bereiche wie Erziehung oder Gesundheit investiert wurde.

Die politische Behörde des Distrikts lässt keine Gelegenheit aus, für die Initiativen von Zamzam zu werben. Das Projekt liegt auf der Linie der vom Präsidenten vertretenen Frauenpolitik mit dem Schwerpunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Zamzam hat zudem auch erfolgreich ein Darlehen der Weltbank zur Stärkung der Nahrungsmittelsicherheit akquirieren können sowie weitere Projekte von kleineren Organisationen.

Trotzdem existiert auch eine Kehrseite: Es gibt Hinweise darauf, dass Frauen zuhause unter Druck gesetzt werden, um mehr Einkommen zu erwirtschaften. Dabei kommt es auch zu Gewalt durch Ehemänner. Frauen, die den herrschenden Rollenvorstellungen nicht nachkommen, weil sie ledig bleiben oder keine Kinder haben, werden systematisch ausgegrenzt. Die zahlreichen psychosomatischen Beschwerden von ledigen Projektmitarbeiterinnen könnten eine Folge davon sein. In der stärker formalisierten Arbeitswelt fallen die ärmsten Haushalte schnell wieder aus der Wertschöpfungskette heraus, etwa weil sie Hygienevorschriften nicht einzuhalten vermögen oder Qualitätsstandards wie etwa den Milchfettgehalt nicht erreichen.

Fazit

Das Netzwerk hat sich als gesellschaftspolitische Kraft im Distrikt etabliert und ist zum Motor für die Durchsetzung von Frauenrechten geworden – das ist ein grosser Erfolg. Eine beträchtliche Anzahl von Frauen erfährt dank den Einkommen eine Erleichterung im täglichen Bemühen um die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Grundvoraussetzung dafür war und ist sicherlich die Kombination von ökonomischer Aktivität mit der Stärkung der Position von Frauen auf Haushalts-, Gemeinde- und Distriktebene. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist, dass das Projekt bewusst vertikale Verbindungen von den einzelnen Haushalten bis hin zur nationalen Ebene aufbaut. Schwierigkeiten aus der ersten Projektphase können auf diesem Weg direkt in die Planung neuer ökonomischer Aktivitäten einfließen. Insbesondere aber können die Prioritäten der Frauen aus den Produktionsgruppen, welche von reproduktiver Gesundheit bis hin zum Kampf für gerechtere Renten (auch für Hausfrauen) reichen, wirksam auf der politischen Bühne vertreten werden.

Zamzam setzt sich für Frauenrechte ein und ist unternehmerisch tätig. Es besteht dennoch ein Risiko, dass die Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment auf Kosten wirtschaftlicher Rentabilität zurückgedrängt werden. Mit steigendem Gewinn wächst zudem die Gefahr, dass profitable Zweige aus dem Netzwerk herausgelöst werden: Einzelne, besonders unternehmerische Frauen machen ihre Geschäfte auf eigene Faust und mit höherem Gewinn für sich selber, was ihnen durchaus individuelles Empowerment bringt, die langfristigen Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit indes gehen verloren. Zamzam ist bisher nicht in der Lage, diesen Frauen einen entsprechenden Rahmen zu bieten, in dem sie über die eigene Verwirklichung hinausgehend dem Netzwerk zu wirtschaftlicher Macht verhelfen. Die grössten Herausforderungen für die nächste Phase sind die Weiterentwicklung des Projekts und dessen adäquate juristische Form. Schliesslich geht es um die Verteilung des Gewinns, dessen Wirkungen nur geschlechtergerecht sein können, wenn die für die Projekterfolge mitverantwortlichen Leistungen in der (unbezahlten) Sorgearbeit entsprechend abgegolten werden.

Ausgezeichnete Qualität durch Investition in lokales Wissen

Förderung von Produzentinnen von Karité-Butter in der Nahouri-Provinz in Burkina Faso

ECKDATEN

PROJEKTITEL	Frauen und Karité-Butter
VERANTWÖRTLICH	HEKS Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz
PARTNERINNEN	Fédération Lougouzena, Pô, Nahouri
PROJEKTDAUER	2002 – 2010 (inkl. Pilotphase)
FINANZIERUNG	HEKS-Eigenmittel, Brot für alle, DEZA-Rahmenkredit

Das Projekt «Frauen und Karité-Butter»

Primäres Ziel dieses frauenspezifischen Grassroot-Projektes war die Einkommensförderung für Frauen in der Region Nahouri. Dieses Ziel wurde über die Förderung und die Verbesserung von Qualität und Quantität der Produktion von Karité-Butter angestrebt. Die Karité-Butter ist ein alltägliches Produkt, dessen Herstellung jedoch sehr aufwändig ist. Bereits zu Beginn der Wertschöpfungskette steht die Herausforderung, dass die Frauen die Nüsse des Karitébaumes teilweise in weitläufigen Gebieten sammeln müssen. Die Förderung von Soumbala, einem weiteren regionalen Produkt, wurde zwecks besserer Fokussierung auf Karité, aus dem Projekt gestrichen.

Insgesamt beteiligten sich 44 Frauengruppen aus 30 Dörfern, das heisst ca. 1300 Frauen. Der Schwerpunkt lag bei der Verbesserung der Produktivität und der Vermarktung sowie der Entwicklung von Lagermöglichkeiten. Drei spezifische Ziele wurden festgelegt: *capacity building* und Stärkung von Frauenvereinigungen in den Bereichen Organisation, Management und Vermarktung, Steigerung der Produktivität durch die Einführung von neuen Techniken und Technologien zur Senkung der Produktionskosten sowie die Steigerung des Umsatzes. Für die Ernährungssicherheit stand die Erschliessung neuer lokaler Märkte im Vordergrund. Der Mehrwert sollte in der Region bleiben und den Frauen sollte Zugang zu Kredit ermöglicht werden. Deshalb wurde mit der lokalen Sparkasse verhandelt und ein HEKS-Garantiefonds eingerichtet.

Vorgängig wurde eine Bedarfsstudie durchgeführt, um die Produktionsetappen der Wertschöpfungskette der Karité-Butter zu analysieren. Da keine weiteren EZA-AkteurInnen in der Region tätig waren und sich die Frauen sehr motiviert zeigten, wurde eine Pilotphase beschlossen. Die Alphabetisierung war ebenfalls ein wichtiger Bestandteil. HEKS gelang es auch, staatliche Gelder für Alphabetisierungsprogramme zu generieren.

Dabei arbeitete das HEKS direkt mit den Frauengruppen als Partnerinnen zusammen, die sich dann zur Dachorganisation Lougouzena zusammenschlossen. Das Monitoring und Reporting erfolgte über eine Begleitgruppe aus der Region, die mit einem nationalen HEKS-Konsulenten zusammenarbeitete.

Der Kontext

Das im Zentrum von Westafrika liegende Burkina Faso hat 15 Mio. EinwohnerInnen (52% Frauen, 48% Männer), 80% leben in ländlichen Gebieten. Das jährliche Bevölkerungswachstum beträgt 3%. Im ländlichen Raum sind 90% der Menschen von Armut betroffen, insgesamt lebten 2009 46,9% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Besonders benachteiligt sind Frauen und Jugendliche, die an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen unzureichend beteiligt sind und häufig Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. In Bezug auf die Alphabetisierung ist der Gender Gap gross. Nur rund 16% der Frauen (Männer 31%) über 15 Jahren, etwa 7% auf dem Land, können lesen und schreiben (2006).

CEDAW wurde 1987 ratifiziert, das Zusatzprotokoll 2005. Doch die in der Verfassung festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die Gesetzgebung zum Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern sind in der gesellschaftlichen Realität noch weit von der Durchsetzung entfernt. Weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat und häusliche Gewalt sind weit verbreitet. Die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung geht nur langsam zurück, obwohl sie seit 15 Jahren verboten ist. 2003 waren mehr als drei Viertel der Frauen über 15 Jahren beschnitten. Frühe Schwangerschaften sind häufig.

Die ökonomischen Möglichkeiten von Frauen, insbesondere der Zugang zu Land, sind vor allem in ländlichen Regionen begrenzt. Der Zugang zu Land ist an den Besitz der männlichen Mitglieder ihrer Herkunftsfamilie oder ihres Ehemannes gebunden.

* Andrea Kolb ist Beauftragte Gender bei HEKS und Brot für alle; Heidi Keita-Gautschi ist Programmbeauftragte Niger und Sénégal, HEKS

Auswirkungen

Organisationen und Produzentinnenvereinigungen wurden erfolgreich aufgebaut und gestärkt, sie erreichten den Status als juristisch anerkannte Vereinigungen und bestehen weiter. Die Frauen haben Zugang zu Kredit, der HEKS-Garantiefonds wird auch 2011 nach Abschluss des Projektes weitergeführt. Auch haben die Frauenvereinigungen einen hohen Bekanntheitsgrad in der Region und darüber hinaus. Sie sind gut vernetzt und präsent auf Märkten und an Messen bis in die Hauptstadt Ouagadougou. Sie wurden ausserdem mit einem nationalen Preis ausgezeichnet für die qualitativ beste Karité-Butter.

Als schwieriger erwies sich die Erschliessung von neuen Märkten in der Region, d.h. die dauerhafte Erhöhung der Produktion aufgrund neuer KlientInnen und erhöhter Nachfrage. Um einer Nachfrage auf dem Weltmarkt nachzukommen, erwiesen sich der nach wie vor aufwändige Produktionsprozess der Karité-Butter und die wenigen Technologien zur Vereinfachung des Arbeitsprozesses sowie die schwierige Haltbarkeit des Produktes, Verpackung und Transport als grosse Hindernisse. Für die Produktion wird Wasser benötigt und die Butter muss gekocht werden, doch der Zugang zu Wasser und Brennholz ist für Frauen oft beschwerlich und teuer. Verstärkt werden diese Schwierigkeiten durch die Schwankungen der verfügbaren Menge und der Preise sowie auch Spekulation mit den Kariténüssen. Um die Quantität konstant halten zu können, sind die Frauen teilweise genötigt, Nüsse auf dem Markt zuzukaufen und sind deshalb Preisspekulationen ausgesetzt.

Durch die Finanzkrise 2008 sah sich zudem ein interessierter Abnehmer aus Ghana gezwungen, sich wegen «gesunkener Nachfrage» zurückzuziehen.

«Wir wollen aus der Kariténuss so viel Wertschöpfung wie möglich bei den Frauen halten», erklärte Abdoulaye Tarnagada, damaliger Direktor des HEKS-Projekts. Dennoch ist Einkommen der Frauen nicht signifikant gestiegen, da auf den lokalen Märkten keine höheren Preise für Karité gezahlt werden. Was die Frauen aber positiv anmerken, ist die Tatsache, dass sie aufgrund der ausgezeichneten Qualität ihre Produkte in kürzerer Zeit verkaufen und Zeit gewinnen. Was sie in der gewonnenen Zeit tun, wurde nicht nachgefragt.

Durch die Vereinfachung der Arbeitsprozesse, den Zusammenschluss und die Möglichkeit, den Verkauf über die Organisation abzuwickeln, wurde die Arbeitsbelastung der Frauen insgesamt verringert. Die Auswirkungen auf die Arbeitsverteilung und Aushandlungsprozesse auf Haushaltsebene wurden jedoch nicht untersucht. Die Produktion von Karité scheint eher eine Arbeit von älteren Frauen zu sein, im Umfeld sind wenig Kinder zu sehen.

Die Reaktionen auf das Projekt waren sehr positiv. Auch von Seiten der Männer, die insbesondere die Alphabetisierung und die Weiterbildung der Frauen schätzten.

Das Projekt hat signifikant zur Erhöhung des Selbstbewusstseins und zum Empowerment der Frauen beigetragen. Sie sprachen von erfahrener Wertschätzung und äusserten sich mit Stolz zum Projekt: «Von den Einnahmen bezahle ich neben den Lebensmitteln auch das Schulgeld und die Bücher für die Kinder» (Mariam Idogo, Karité-Produzentin, Guiaro, Provinz Nahouri, Burkina Faso). Das Projekt hat die Stellung der Frauen insofern gestärkt, als es massgeblich zu Alphabetisierung und *capacity building* beitrug. Frauen sind sich ihrer wichtigen Rolle in der Gesellschaft bewusst und haben ihre Zuständigkeitsbereiche professionalisiert. Die Frauen haben Statuten für ihre Organisationen entwickelt und sind vernetzt. Sie haben Zugang zu Krediten und sie wurden ausgebildet, ihr Wissen und Know-how weiterzugeben.

Zu möglichen Auswirkungen in Bezug auf geschlechterspezifische Gewalt wurden keine Erhebungen oder Umfragen durchgeführt. Eine Fokussierung auf diesen Aspekt könnte deswegen interessant sein, weil es sich um eine Region handelt, wo Alkoholkonsum ein Problem darstellt.

Auch wenn aufgrund des Endes der HEKS-Tätigkeit in Burkina Faso die Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen beendet ist, kann das Projekt durchaus als nachhaltig bezeichnet werden. HEKS investierte nicht in Infrastrukturen, sondern in Know-how und angewandtes Wissen. Frauen wurden ausgebildet und Organisationsstrukturen gestärkt. Die erworbenen Managementfähigkeiten erlaubten die Diversifizierung auf andere Produkte wie beispielsweise Soja.

Grundsätzlich reicht ein Projektzyklus nicht, um die Ziele dauerhaft zu erreichen. Das Prinzip der schnellen Erfolge, das in der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor dominiert, funktioniert bei vielen Projekten, so auch bei diesem, nicht. Es wird unterschätzt, wie viel Zeit *capacity-building*-Prozesse benötigen, dazu kommen externe Faktoren (z.B. Finanzkrise etc.), die schlecht voraussehbar sind und die Resultate negativ beeinflussen. Die Kariténuss ist Preisschwankungen und Spekulation extrem ausgesetzt. Höhere Preise hätten unter der Bedingung einer Biozertifizierung erreicht werden können. Eine Zertifizierung wurde geprüft, doch war sie aufgrund verschiedener Hindernisse nicht realisierbar.

Organisierte Produzentinnen steigern ihren Verhandlungs- und Verkaufserfolg

Fazit

Die Zusammenarbeit und der Verkaufserfolg haben die beteiligten Frauen gestärkt und ermutigt, auch die Probleme ihres Alltags zu diskutieren.

Die drei Projektbeispiele aus Georgien, Burkina Faso und Tadschikistan, anhand derer M4P-Ansätze illustriert wurden, zeigen, dass die Position von Frauen mit gezielten Interventionen rund um die Marktförderung einzelner oder mehrerer lokaler Produkte gestärkt werden kann. Am deutlichsten wird dies beim Projekt Zamzam in Muminabad, Tadschikistan, sichtbar. Die Zusammenarbeit und der Verkaufserfolg haben die beteiligten Frauen gestärkt und ermutigt, Probleme ihres Alltags und Massnahmen zu dessen Erleichterung zu diskutieren; auch direkt mit den institutionellen Verantwortlichen. In diesem Projekt gelingt es, über die Zielsetzung des gestärkten Selbstwertgefühls von Frauen hinaus Strategien von Empowerment umzusetzen und Massnahmen zu entwickeln, die auf die strukturellen Ursachen von Ungleichverhältnissen zielen.

Im HEKS-Projekt für Karité-Butter sind die Organisationsstrukturen gefestigt, die Frauen ausgebildet und ihre Position vis-à-vis der Männer in den Gemeinschaften gestärkt worden, was sich auch im Selbstwertgefühl der Beteiligten spiegelt: Nicht nur die Frauen selbst geben an, sie seien durch das Projekt ermächtigt worden, auch ihre Ehemänner schätzen den Erfolg des Projekts und äussern sich positiv zu den Alphabetisierungskursen, an denen ihre Ehefrauen teilnahmen. Zwar sind in diesem Fall keine signifikanten Einkommenssteigerungen nachgewiesen worden. Immerhin geben die Frauen aber an, Zeit zu gewinnen. Eine weiterführende Untersuchung, was dies für die Haushalte bedeutet, wurde nicht vorgenommen. Während das Milchverarbeitungsprojekt in Tadschikistan das eigene Wachstum kaum mehr verwalten kann und erfolgreiche Mitglieder des Netzwerks verliert, weil diese eigene Vertriebszweige aufbauen, wird das Karité-Projekt durch schwierige Absatzverhältnisse eher gebremst.

Auch wenn die beiden Projekte unterschiedlich weit gehen: Im Ansatz verfolgen sie eine Logik, die die Armutsbekämpfung und die nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards der Zielbevölkerung im Sinne eines rechtsbasierten Ansatzes in den Vordergrund stellt. Weiter zeigen die Erfahrungen, dass die geographische Distanz zwischen den ersten und letzten Gliedern einer Wertschöpfungskette entscheidend sein kann: In regionalen Wertschöpfungsketten mit kurzer Distanz und hoher Erreichbarkeit steigen die Chancen einer gleichgestellten Beteiligung von Frauen und Männern, ebenso mit einem höheren Organisationsgrad der Produzentinnen. Erfolgt die Verarbeitung in ihrem Einflussbereich, verbessern sich nicht nur die Gewinnbeteiligung, sondern auch die Möglichkeiten für die Frauen, die Verteilung des Gewinns zu kontrollieren. Kleine, schlecht organisierte ProduzentInnengruppen haben weniger Zugang zum nächsten Glied in der Kette, wie dies im Georgien-Beispiel der Fall ist. Längerfristig stellt sich ohnehin die grundsätzliche Frage nach der Gewinnbeteiligung der Frauen, welche sie aufgrund der investierten Arbeitskraft beanspruchen könnten, wobei sowohl die direkt als auch indirekt (Care) geleistete Arbeitszeit berücksichtigt werden sollte, welche die Produktion für den Markt überhaupt ermöglichen. Denn der eigentliche Gewinn ergibt sich erst aus dem Verhältnis zum Zeitaufwand.

«Meine Hartnäckigkeit zahlte sich aus.»

Ich war das älteste Kind von neun Geschwistern, wir waren drei Brüder und sechs Schwestern. Mein Vater war Tagelöhner und es war hart für ihn, genug Geld zu verdienen um die Familie zu ernähren. Als ich zwölf war, wollte mein Vater mich verheiraten. Ich weigerte mich, aber ich hatte keine Möglichkeit, mich seinem Wunsch zu widersetzen. Ich hatte nur ein Jahr die Schule besucht. So heiratete ich Abul Khayer Badshan, einen Mann aus demselben Dorf. Während der ersten Jahre meiner Ehe lebten wir im Haus meines Schwiegervaters. Mein Mann hat drei Brüder und eine Schwester, welche ebenfalls mit uns lebten. Ich half meiner Schwiegermutter bei der Hausarbeit: kochen, waschen und die Familie ernähren. Je älter meine Schwiegermutter wurde, desto mehr Hausarbeiten musste ich übernehmen. Manchmal unterstützte mich meine Schwägerin.

Mein Mann bewirtschaftete 0,82 Morgen¹ Land und war somit auf dem Feld beschäftigt. Nach acht Jahren Ehe brachte ich einen Sohn zur Welt. Mit der Geburt unseres Kindes hatten wir mehr Ausgaben, und mein Mann schlug vor, aus dem Haus seiner Eltern und Geschwister auszuziehen. Es war jedoch nicht einfach, ein unabhängiges Leben zu führen. Das Leben war hart und das schmale Einkommen meines Mannes aus der Landwirtschaft reichte nicht weit. Mein Mann versuchte, sein Einkommen aufzubessern, indem er eine Baumschule aufbaute; ich half ihm während zwei Stunden pro Tag dabei. Es gelang ihm, 110 Taka² pro Tag zu verdienen, die er hauptsächlich für unsere täglichen Bedürfnisse ausgab. Mir gab er jedoch kein Geld und ich konnte auch nicht mitbestimmen, wofür wir das Geld verwendeten.

Im Januar 2005 erfuhr ich, dass mein Nachbar in einer Basisorganisation unserer Gemeinde, der Saptibari Union, mitmachte, welche sich für verbesserte Lebensbedingungen ihrer Mitglieder und die Entwicklung der Gemeinde engagierte. Die Organisation war Teil des ZIBIKA-LEAF-Projektes von Intercooperation-Bangladesh. Ich entschied mich, Mitglied der Organisation zu werden,

ohne meinen Mann um Erlaubnis zu fragen. Ich versuchte meine Hausarbeit so schnell als möglich zu erledigen und half meinem Mann rasch in der Baumschule, so dass ich Zeit hatte, um an Aktivitäten des Projektes teilzunehmen, die alle ausserhalb des Hauses stattfanden. Ich hatte keine Ahnung vom Gemüsebau und besuchte einen Kurs bei der landwirtschaftlichen Beratung am Aditmari Upazila Gartenkulturzentrum in Dinajpur. Als mein Mann es erfuhr, wurde er sehr wütend. Er befürchtete, dass meine Arbeit ausser Haus der Familie schaden würde. Ich tat, was ich konnte, um ihn zu überzeugen, dass meine Arbeit der Familie nützen würde, und dass meine jüngere Schwester uns mit den Hausarbeiten entlasten würde.

Die Ausbildung und meine Erfahrung erlaubten es mir, in meiner Gemeinde Dienstleistungen im Bereich Gemüseanbau anzubieten. Zwischen Hausarbeit und der Hilfe für meinen Mann begann ich zudem noch mit der Herstellung von Zigarettenpapier. Ich verdiente etwa 50 Taka im Tag, damit konnten wir die Alltagskosten etwa decken. Manchmal musste ich meinen Lohn meinem Mann geben. Gegenwärtig helfen unsere zwei jungen Söhne ihrem Vater bei der Landwirtschaft. Sie sind auch verantwortlich für das Vieh und das Geflügel.

Meine Hartnäckigkeit und die fortlaufenden Bemühungen zahlten sich aus: Mein Mann begann, seine Haltung zu ändern. Nachdem er mit seiner Arbeit fertig war, kam er nach Hause und half der Familie. Durch meinen Beitrag an das Haushaltseinkommen konnten wir unseren Landbesitz auf 0,95 Morgen steigern. Wir verdienen nun 300 Taka pro Tag mit der Baumschule, dem Gemüseverkauf, der Ziegenzucht, den Kühen und dem Geflügel.

Ich glaube, dass es vor allem die zusätzlichen Einkünfte waren, die die Sichtweise meines Mannes gegenüber mir als Frau und Ehefrau veränderten. Ich wusste, dass er zuvor der Ansicht war, dass die Ehefrau zu Hause bleiben muss und die Familie betreut. Für ihn war ich eine gewöhnliche Ehefrau, die die Familie ernährte und für sie sorgte. Mein Mann gab mir Geld für die Familie, das reichte

gerade, um Kleider zum Wechseln zu kaufen. Zu Beginn unterstützte mich niemand in meinem Vorhaben, meine Zeit zwischen Hausarbeit und anderen Tätigkeiten neu aufzuteilen.

Die Mentorinnen³ halfen mir, meinen Ehemann umzustimmen. Nun rede ich bei allen Entscheidungen mit, die wir für die Familie treffen. Vor ein paar Tagen liehen mein Mann und ich uns zum Beispiel 15 000 Taka vom Rangpur Dinajpur Rural Service (RDRS) aus, um Kühe zu kaufen; es war unsere gemeinsame Entscheidung. Mehr noch: Er gibt mir nun auch seine Einkünfte und so manage ich unser Leben.

Es war eine lange und bittere Anstrengung, um an diesen Punkt zu gelangen, und es war nicht einfach. Diese Erfahrung gab mir auch die Idee, in meiner Gemeinde etwas anzustossen, damit auch andere diese Möglichkeiten haben. Ich machte im ZIBIKA-LEAF-Projekt wichtige Erfahrungen, die mir dabei halfen, gute Kontakte mit der Union Parishad⁴ herzustellen. Durch diese Kontakte gelang es mir u.a., einigen extrem armen Familien den Zugang zu staatlichen Sozialfürsorge-Programmen zu verschaffen, welche auf Gemeindeebene verwaltet werden.⁵ Ich beteiligte mich zudem am Bau von sechs Latrinen in meiner Gemeinde. Ich habe geholfen, eine frühe Heirat zu verhindern und, mit der Hilfe von RDRS, organisierte ich eine Kampagne gegen den Brautpreis. Ich entwickelte das Selbstwertgefühl und den Stolz, eine Frau zu sein, und ich möchte diese Fähigkeiten einsetzen, um die Zukunft für andere Frauen zu verbessern und meinen Kindern eine bessere Ausbildung zu ermöglichen.

¹ 1 Morgen entspricht 4000 m².

² 100 BDT (Taka) entsprechen knapp einem CHF.

³ Es handelt sich hierbei um Frauen, die in Gender, Menschenrechten und Gesundheit ausgebildet waren und die von Intercooperation unterstützt wurden.

⁴ Die Union Parishad ist die gewählte Gemeindebehörde und entspricht der untersten Regierungsebene.

⁵ Es handelt sich im Wesentlichen um die Verteilung von staatlichen Sozialhilfegeldern via den Bezug von *vulnerable group cards*. Die Gemeindebehörden sind für die Ausgabe zuständig, oft wenden sie sich jedoch an Basisorganisationen, die die Bedürftigen identifizieren.

Gender in Angebot und Nachfrage – eine undenkbbare Kategorie?

Schweizerische Handelspolitik und Fairer Handel aus der Geschlechterperspektive

2001 fragte die Erklärung von Bern das *seco* an, inwieweit Gender-Aspekte in den Handelsbestimmungen berücksichtigt würden und machte eine Reihe von konkreten Vorschlägen zur Verbesserung. Die Antwort war ernüchternd: «Ihre Forderungen gründen auf der Annahme, dass die Handelspolitik und insbesondere die WTO die Gleichstellung verbessern kann. (...) WTO-Verpflichtungen und WTO-Regeln sind nicht geschlechterspezifisch, und eignen sich deshalb nicht als Instrumente der direkten Förderung der Gleichstellung».¹ Damit sei nicht gesagt, dass sich die Handelspolitik und die Regeln nicht unterschiedlich auf Männer und Frauen auswirken könne. Dieses Verhältnis zu steuern sei jedoch die Aufgabe der Nationalstaaten, da es eng mit den kulturellen Werten des spezifischen Landes zusammenhänge.

Diese Sichtweise hat das Jahrzehnt überdauert, sie spiegelt sich sowohl in der Arbeit des *seco* (siehe Interview mit Hans Peter Egler vom *seco* auf Seite 42), als auch bei Max Havelaar (siehe Interview mit Martin Rohner, Ex-CEO Max Havelaar auf Seite 44) wider. Dass Handelsbeziehungen und insbesondere die WTO verantwortlich sind für weltweite Asymmetrien und eine ungleiche Reichumsverteilung zugunsten des Nordens hervorbringen ist hinlänglich bekannt. Der Faire Handel wurde in den 1970er Jahren als Gegenkonzept mit dem Versprechen eingeführt, Gewinne gerechter entlang der Handelskette zu verteilen. Umweltschutz und Sozialpolitik sollten dabei nicht als störende Hemmnisse verstanden, sondern im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft integriert werden. Somit rückten beim Fairen Handel die Produktionsverhältnisse und der Alltag der Produzierenden in den Mittelpunkt. Trotzdem bleiben gerade bezüglich der Geschlechtergerechtigkeit zentrale Fragen offen: Welche Arbeit wird unter welchen Bedingungen von Frauen und Männern verrichtet? Wer trifft welche Entscheidungen? Wer

profitiert von den «fairen Handelsbedingungen»? Inwiefern verändern diese Handelsbedingungen die Verhältnisse zwischen Frauen und Männern? Wieweit löst der Faire Handel Forderungen ein, die sich aus der Care-Ökonomie ergeben? Die Indikatoren zur Messung des Erfolgs sind die Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze, Absatzvolumen, Anzahl im internationalen Markt platzierter Nischenprodukte und Marktanteile von fairen oder dem Standard entsprechenden Produkten. Die Auswirkungen auf den Alltag der ProduzentInnen sind sekundär. Bei Markterfolg geht man von einer Verbesserung der Alltagsbedingungen aus, auch für Frauen. Ist das so einfach?

Bei einem Vergleich von verschiedenen Labels erweisen sich die Umweltkriterien als am stärksten beachtet, während Geschlecht, Anstellungsbedingungen und Partizipation der Gemeinden nur von den wenigsten Labels (FLO, SAI, UTZ) überhaupt gemessen werden (Potts in IISD Bericht 2010, 43). Ein grundsätzliches Problem liegt auch in der Definition des Begriffs «Kleinproduzenten», den die Fair-Trade Labelling Organisation International in ihren Standards gebraucht und an welchem sich auch Max Havelaar orientiert. Die kleinste Einheit des Kleinproduzenten ist die Familie und damit werden Haushaltsvorstände gezählt. Das führt zur Aussage, dass 75% aller Kleinproduzenten im Fairen Handel Männer sind (FLO, 20). Erkenntnisse aus Studien wie sie Lone Riisgard im Auftrag von DANIDA durchführte oder aus dem Projektbeispiel in Vietnam (S. 54) zeigen aber, dass die Geschlechterfrage und die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern oft weniger fair ausfällt. Das Thema ist innerhalb des Fair-Trades erkannt und eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich intensiv damit.

Richtig so, denn die Organisierung der Produzierenden und die Kenntnisse der Arbeitsabläufe in Bezug auf die Verteilung der Arbeit sind ausschlaggebende Faktoren dafür, ob Frauen und Männer

¹ URL: www.evb.ch/p25000854.html (letzter Zugriff: 26. August 2011).



gleichberechtigt am Boom fair gehandelter Nischenprodukte teilhaben können. Geschlechter- und damit Machtverhältnisse sind bei der Frage, wer wie viel Arbeit investiert und wie die Gewinne verteilt werden, entscheidend. Insbesondere für Frauen gehört der Organisationsgrad zu den kritischen Faktoren, wie ebenso im Projektbeispiel von Vietnam unterstrichen wird. Ranjana Das hält in ihrem Artikel zu einer Fair-Trade-Organisation in Indien fest, was auch Martin Rohner in seinem Interview kritisch anmerkt: Dass Frauen manchmal bedeutend mehr arbeiten, um die neuen Standards zu erreichen, die Gewinne aber von den Männern verwaltet werden, welche zudem überdurchschnittlich oft von Ausbildungen profitieren (Das 2011, 118). Dabei gibt es keinen Unterschied, ob ein Produkt fair oder regulär gehandelt wird. Zudem beobachtet Das eine Verstärkung der Gender-Segregation in der Produktion: In der untersuchten Organisation wird sehr wenig unternommen, um Frauen den Zugang zu männerdominierten (und oft besser bezahlten) Tätigkeiten zu ermöglichen.

Projekte, die sich intensiv mit der Arbeitsteilung, der Gewinnverteilung und dem Zugang zu Ressourcen auseinandersetzen, sind besonders wichtig, um Geschlechterungerechtigkeiten wahrzunehmen

und anzugehen: So wie etwa bei den Solidarmärkten in Indien (S. 50), wo ein besonderer Fokus auf den Erwerb von Landrechten für Frauen gelegt wird. Zudem sollen Frauen explizit auf die Übernahme von höheren Positionen vorbereitet werden und diese auch einnehmen.

Den Programmen des alternativen Handels kommt das Verdienst zu, dass sie besonders Acht geben auf die Gewinnverteilung entlang der Handelskette und zwar möglichst umfassend und bis zu den ProduzentInnen als erstem Glied der Wertschöpfungsketten. Erfolg versprechend ist auch, dass in vielen Programmen die Frage der Naturressourcen integriert ist. Gespannt darf man sicherlich auch auf die Resultate der Arbeitsgruppe der Fair Labelling Organisation International sein, die verspricht, eine bessere Integration der Geschlechterfrage in den Standards auszuarbeiten. Denn Entwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn auch die soziale Dimension glaubwürdig integriert ist.

«Gender-Fragen sind integriert, wenn ich mich nicht täusche»

Gespräch mit Hans Peter Egler,
Ressortleiter Handelsförderung, seco

Was ist ein alternativer Markt? Worauf bezieht sich «alternativ», oder spricht man heute eher von Fairem Handel?

Hans Peter Egler: Wir verwenden diese Begriffe eigentlich nicht mehr, sondern reden von Spezialitäten- oder Nischenmärkten. Sie sind Ausdruck einer Ausdifferenzierung des Konsumverhaltens. Man kauft Alltagsprodukte wie WC-Papier ohne grosse Überlegungen, aber beim Einkauf wird immer auch die Neugier der Konsumenten geweckt und befriedigt. Zum Beispiel mit neuen Produkten wie Quinoa, welches sich heute in jedem Geschäft finden lässt. Lange Zeit war Quinoa ein exotisches Produkt und nur bei Claro erhältlich. Spezialitätenmärkte sind Orte, wo solche neuen Produkte eingeführt werden, die dann grosse Märkte erreichen. Diese Vielfalt und Neugier, getrieben vom Konsumverhalten, erlaubt es Ländern besser auf den Markt zu kommen. Früher fehlte das Marktpotential, die Quantität reichte nicht, um grosse Märkte zu bedienen. Heute ist mit kleinen Mengen eine Marktintegration möglich. Die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten in spezifischen Marktsegmenten öffnet auch Nischen für neue Marktteilnehmer.

Wie können solche Nischenprodukte die Lebensbedingungen der Ärmsten und insbesondere der Frauen verbessern?

Da sich Märkte nicht mehr nur über Quantität erschliessen, sind die Chancen, ein Produkt zu positionieren, auch für kleine Produzenten grösser geworden; ihre Möglichkeiten sind enorm gewachsen. Wir sprechen aber nicht von den Armen, sondern fragen nach dem Potential. Wo kann sinnvoll investiert werden, damit etwas Neues entsteht? Armut ist deshalb kein Kriterium. Es gibt Gebiete, die sich auch mit noch so viel Investition nicht entwickeln können und die regionale Entwicklung zeigt, dass die Bewohner besser woanders hingehen würden. Es gibt andere Regionen, wo die Chancen, mit neuen Produkten auf den Markt zu kommen, beträchtlich sind. Ein Beispiel: In Moçambique lag das Potential für eine gute Cashew-Produktion brach: Es hatte viele Plantagen, das richtige Klima und gute Voraussetzungen um grosse Cashew-Nüsse zu produzieren. Nach jahrelanger Vernachlässigung der Infrastruktur investiert ein Unternehmer endlich in eine Fabrik zur Cashew-Verarbeitung, weil er die Nachfrage auf dem Markt erkannt hat, und schafft damit Arbeitsplätze. Das seco unterstützt dieses Unterfangen mit dem Branding und hilft beim Zusammenschluss von 4000 Produzentenfamilien. In einem weiteren Schritt werden die Potentiale für zusätzliche Produkte wie Mango-Cashew-Schnaps untersucht, um die Rentabilität zu erhöhen. Wo vorher 6 Arbeitsplätze bestanden, gibt es heute 5000 neue Arbeitsplätze. Der Handelsansatz des seco schaut immer auf beide Seiten, den Produktionsstandort und die Konsumenten in der Schweiz. Entscheidend ist aber klar der Nachfragemarkt.

Werden Frauen und Männer als ProduzentInnen und KonsumentInnen spezifisch angesprochen?

Nein, wir sprechen einfach von Produzenten und Konsumenten. Frauen und Männer werden nicht ausdifferenziert. Gender spielt keine Rolle; für uns ist das Konsuminteresse ausschlaggebend, die unterschiedlichen Geschmäcker. Wenn sich Akteure finden, die eine Frauen-Kooperative vermarkten und eine gute Marketing-Strategie dahintersteckt, ist das für uns in Ordnung. Auch das ist ein Marketingprodukt.

Ist es wirklich unsere Aufgabe, Gender-Beziehungen zu verbessern?

Welche Rolle spielt das seco im Bezug auf Werte und Nachhaltigkeitsstandards als Elemente des (Welt-)Handelsystems?

Handel ist zentral für den Transport bestimmter wirtschaftlicher Werte. Wenn der Unternehmer ein Produktpotenzial sieht, muss er zuerst gewisse Minimalanforderungen erfüllen, damit sein Produkt auf dem internationalen Markt eine Chance hat. Die Nachfrage verlangt die Erfüllung von sozialen und ökologischen Kriterien. Damit diese Standards erreicht werden können, braucht es entsprechende Dienstleistungen vor Ort, wie zum Beispiel Zentren für saubere Produktion (*cleaner production centers*). Arbeitsplatzsicherheit, Energieeffizienz und Techniken zur Emissionsreduktion werden plötzlich wichtig. Seco arbeitet hier zusammen mit der ILO, welche die Kernbedingungen für Arbeitsabläufe im Decent-Work-Konzept definiert.¹ Diese Werte greifen aber nur, wenn auch der Unternehmer den Sinn erkennt, damit die Arbeitsleistung zu verbessern, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und so einen besseren Zugang zum Weltmarkt zu haben. Manchmal braucht es einen Kick von aussen, dann passiert die Qualitätssteigerung. Auch der Value-Chain-Ansatz eignet sich dafür. Bei all den Labels und Standards sind Umwelt, Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit die zentralen Faktoren. Das seco mischt sich hier allerdings nicht normativ ein. Es ist nicht unsere Aufgabe, solche Standards zu setzen. Das seco unterstützt vielmehr die so genannten Multistakeholder-Prozesse als Moderator. Falls nötig, übernehmen wir die Rolle eines Schiedsgerichts oder finanzieren die Beteiligung von benachteiligten Produzenten an solchen Prozessen.

Wie wird die Einhaltung der ILO-Standards kontrolliert?

Ein Beispiel ist das Better-Work-Programm, welches sich auf Exporteure und grössere Unternehmen bezieht. Es basiert auf einem umfassenden Monitoringsystem, mit welchem die Wirkung im internationalen Vergleich gemessen wird. Gender-Fragen sind integriert, wenn ich mich nicht täusche. In dieser Langzeitstudie zu den einzelnen Standards wird analysiert, wie sich diese auf die Lebensbedingungen

und das Umfeld der Bauern und Produzenten auswirken. Diese Studie war wichtig, damit eine kontinuierliche Wirkungsmessung möglich wird.

Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit sind sowohl in Standards und in der Diskussion weit besser reflektiert als Geschlechtergerechtigkeit, warum?

Ist es wirklich unsere Aufgabe, Gender-Beziehungen zu verbessern? Müsste es dafür nicht andere Schienen geben? Produzenten, Frauen und Männer, sollen eingebunden werden und über Value Chains neue Werte generieren, das hat für alle Produzenten eine gute Wirkung. Falls die Bauern Nachhaltigkeitsstandards besser anwenden können, werden sie bessere Manager, können besser mit Ressourcen umgehen und diversifizieren ihre Produkte, was wiederum Rentabilität und Einnahmen erhöht. Über Standards werden auch im Sozialbereich Neuerungen generiert, zum Beispiel verbessert sich der Zugang der Kinder zu Schulen. Die nächste Generation wird also deutlich besser ausgebildet sein. Damit wird die Wirkung intergenerationell. In wie weit das Wirkungsmonitoring auch Gender-Aspekte herausfiltert, müssen wir nachschauen. Allerdings kann man den Value-Chain-Ansatz und die Standards auch überstrapazieren, damit können nicht alle Probleme gelöst werden. Value Chains fördern die Bewegung auf dem Markt und generieren gesamthaft mehr Einkommen, VC kann nicht alles. Natürlich sind Steuersysteme und fiskalpolitische Prozesse zentral und konzeptuell mit Handelsförderung verknüpft. Auch mit Steueroptimierung lässt sich Einkommen generieren und schliesslich die Situation der kleinen Produzenten und Konsumenten verbessern. Es braucht also auch eine institutionelle Unterstützung bei der Gesetzgebung, und hier kommen wohl auch die sozialen Aspekte hinein.

¹ URL: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---integration/documents/meetingdocument/wcms_115402.pdf (letzter Zugriff: 20. Oktober 2011).

«Frauen erbringen häufig einen grossen Teil der Arbeit, aber die Männer verwalten die Vorzüge des Fairen Handels.»

Gespräch mit Martin Rohner, Ex-CEO Max Havelaar

Was ist fair am Fairen Handel?

Martin Rohner: Im Fairen Handel versuchen wir, Spielregeln aufzustellen, damit der Handel fair abläuft. Das heisst, dass auch im globalen Handel nicht einfach der gesamte Preisdruck, der auf den internationalen Weltmärkten besteht, nicht bis an die schwächsten Glieder, nämlich an die ProduzentInnen am Anfang der Lieferkette, weitergegeben wird. Wir tun dies einerseits über einen garantierten Mindestpreis, der eine gewisse Absicherung gegen unten bietet; andererseits stellen wir sicher, dass unsere ProduzentInnen in Gemeinschaften organisiert sind und dass diese Gemeinschaften zusätzlich zum Erlös ihrer Produkte auch eine sogenannte Fair-Trade-Prämie bekommen, die sie dann wieder in bestimmte Entwicklungsprojekte, die für sie relevant sind, investieren können.

Wenn man eine Konsumentin auf der Strasse fragen würde, «Was ist Fairer Handel?», was würde sie sagen?

Ich denke, die meisten sagen dann zuerst: «Ja das ist eben fair.» Fair ist ein geläufiger Begriff. Häufig würden die Leute wahrscheinlich auch sagen: «Anständige Löhne, gute Arbeitsbedingungen.» Vielleicht würden sie auch Nachhaltigkeit in Bezug auf die Umwelt und den ökologischen Anbau nennen. Dies sind die Themen, die bei den Leuten zuerst präsent sind.

In den internationalen Fair-Trade-Standards (FLO) wird «gender-gerecht» genannt. Wenn man dann im Kleingedruckten nachliest, ist es sehr viel schwammiger. Warum ist Geschlecht oder Gleichstellung im Rahmen von Fair Trade noch nie ein grösseres Thema geworden?

In unseren heutigen Standards gibt es zum Beispiel einen Grundsatz, die Nicht-Diskriminierung. Wir legen Wert darauf, dass keine Diskriminierung stattfindet. Nach Religion, nach Ethnie oder eben auch nach Geschlecht. Das ist der Hauptaufhänger in den Standards. Gender-Fragen können Sie nur schwer über einen Standard lösen, denn sie haben ja zutiefst mit gesellschaftlichen und kulturellen Werten zu tun. Diese zu verändern, braucht erstens einmal Zeit, eine Vision, und es braucht Menschen die davon über-

zeugt sind. Und das alleine können sie nicht über einen Standard, einen Zertifizierungsansatz, so wie wir es im Fair-Trade-System anwenden, erreichen. Das bedeutet aber nicht, dass der Faire Handel nicht durchaus auch gender-relevante Aspekte aufweist; etwa schon nur über die Möglichkeit, dass über den Fairen Handel Frauen die Möglichkeit geboten wird, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften, was sie vielleicht vorher nicht konnten; so wird ihre Stellung gestärkt, sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich. Es gibt Projekte, welche die Geschlechterproblematik eher auf der praktischen Ebene angehen. Vielleicht kann zum Beispiel eine Wasserleitung gebaut werden, damit die Frauen das Wasser nicht tragen müssen. Denn in vielen Kulturen ist das Wasserholen eine typische Frauensache. Das Thema Gender ist somit schon präsent in den Fair-Trade-Standards, aber es wurde bis jetzt noch zu wenig strategisch aufgearbeitet. Hier wollen wir in Zukunft mehr tun.

Das läuft dann über diese Prämien?

Diese Prämienprojekte, genau. Nur haben wir dieses Potential, das hier vorhanden liegt, um die Gender-Situation zu verbessern, noch ungenügend strategisch genutzt im Fairen Handel. Wir sind deshalb jetzt dabei, im Rahmen einer Arbeitsgruppe auf internationaler Ebene, dieses Thema anzugehen.

Ich würde gerne den Begriff *small producer*, den Sie bei Max Havelaar in den Standards verwenden, etwas genauer anschauen. *Small producer* ist so definiert, dass eben der *small producer* und seine Familie einen bedeutenden Anteil seiner Arbeitskraft in seinen Betrieb investieren. Dort werden Frauen (und Kinder) grosszügig mitgemeint. Die Arbeit der Frauen wird mit diesem Begriff verschleiert.

Im Englischen heisst es *the producer*, und das ist in dem Sinne geschlechtsneutral.

Trotzdem geht es da um den Haushaltsvorstand; das sind in den meisten Gesellschaften die Männer. Ein weiterer Hinweis dafür ist auch die FLO Evaluation von 2007, die besagt, dass 24 Prozent der *small producers* Frauen sind und 76 Prozent Männer. Das ist eine direkte Folge dieser Definition. Ich beziehe mich hier auf eine Studie, die das Label UTZ bei Cacao-ProduzentInnen durchgeführt hat. Die Cacao-Produktion

Gender-Fragen können Sie nur schwer über einen Standard lösen, denn sie haben ja zutiefst mit gesellschaftlichen und kulturellen Werten zu tun.

wird gesellschaftlich den Männern zugeordnet. Also Männer produzieren und vermarkten Cacao. Aber wenn man schaut, wer die Arbeit erbringt, dann sind das 50% Frauen und 50% Männer. Frauen machen andere Arbeiten als Männer, und trotzdem werden am Ende nur die Männer gezählt. Hinkt da FLO schlicht und einfach hinterher? Müsste da nicht schon längst nicht einfach die Familie angeschaut werden, sondern Männer und Frauen in der Familie?

Das sind genau die Fragen, welche diese Arbeitsgruppe untersuchen muss. Wir haben 2006 bereits eine Studie gemacht, von einer Gender-Expertin, um für dieses Thema eine Auslegeordnung zu haben. Das Fair-Trade-System entwickelt sich sehr rasch. Wir hatten seither, in den letzten sechs Jahren, immer zweistelliges Wachstum und sehr viele Aufgaben zu bewältigen, was unsere Kernstandards anbelangt. Deswegen sind diese Gender-Fragen tatsächlich auf der Strecke geblieben. Aber jetzt möchten wir diese angehen. Die Max-Havelaar-Stiftung ist übrigens auch in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Ich denke, es macht durchaus Sinn, dass wir zusammen mit den entsprechenden ExpertInnen schauen, wo wir unsere Standards anpassen müssen, damit wir diesen Realitäten, welche Sie soeben beschrieben haben, besser berücksichtigen können. Es ist übrigens auch eine Erkenntnis dieser Studie von FLO, dass Frauen häufig einen grossen Teil der Arbeit erbringen, aber die Männer am Schluss die Vorzüge des Fairen Handels, also die Prämien, die Einnahmen aus dem Fairen Handel, verwalten. Dieses Thema muss man angehen. Ich denke, es ist ein Unterschied, ob sie auf einer Plantage arbeiten; auch dort gibt es bereits Vorkehrungen in den Standards, dass beispielsweise die Frauen gemäss ihrem Anteil in den Plantagen in den sogenannten *joint bodies* vertreten sein müssen. Die *joint bodies* sind das Gremium, welches die Prämien verwaltet, und den Einsatz der Prämie überwacht. In den kleinbäuerlichen Strukturen existieren natürlich viel traditionellere Formen. Dort ist es etwas schwieriger, die Vertretung der Frauen sicherzustellen. Es ist etwas, was eine langfristige Begleitung braucht. Neben dem Standard benötigt es aber begleitende Massnahmen. Auch beispielsweise eine Sensibilisierung unserer *liasion officers*, das sind die Personen, die im Feld die ProduzentInnen begleiten und ihnen erklären, was der Faire Handel ist und wie sie die Fair-Trade-Zertifizierung erhalten können.

Nun gibt es neuerdings ein Label – ich denke, es hängt eventuell mit einer gewissen Gender-Blindheit der grossen Labels zusammen – welches sich «Cafe Femeniño» nennt und versucht, Frauenrechte in den Vordergrund zu stellen.

Ich kenne es nicht. Es kann durchaus sein, dass wir von diesem Label oder diesem Standard-System etwas lernen können.

Gehen wir zur Fair-Trade-Prämie: Hier hätte der Faire Handel wirklich ein gutes Instrument, um auf die Gesellschaften und kulturellen Bedingungen, die Geschlecht definieren, einzuwirken. Wie sind diese Fair-Trade-Prämien reguliert? Wie können, sollen sie ausgegeben werden?

Die Fair-Trade-Prämie und auch der Mindestpreis sind ganz wichtige Prinzipien des Fairen Handels. Wir arbeiten nach einem partizipativen Modell. Die Produzentinnen und Produzenten spielen eine sehr wichtige Rolle im Fairen Handel und sind übrigens auch MiteigentümerInnen des Gütesiegels. Damit sind sie in allen Entscheidungsgremien vertreten; so sind sie etwa im Vorstand der Dachorganisation Fair-Trade International und im Standards-Komitee vertreten. Und entsprechend haben sie ein grosses Gewicht in der Ausrichtung des ganzen Fairen Handels. Das gleiche gilt für die Prämienverwendung. Bei der Fair-Trade-Prämie handelt es sich um Geld, welches die ProduzentInnen mit eigener Kraft verdient haben. Wir sind auch davon überzeugt, dass sie selbst am besten wissen, wo dieses Geld eingesetzt werden soll. Wir schreiben ihnen also nicht vor, wie und wo sie dieses Geld einsetzen sollen. Das einzige, was wir überwachen, ist, dass die Entscheidungsfindung transparent und nach demokratischen Grundsätzen verläuft, also dass die Abläufe in der Verwaltung dieses Geldes korrekt erfolgen.

Und jetzt aus der Praxis wissen Sie, welches die gängigsten, normalsten, häufigsten Projekte sind?

Das hängt letztendlich mit dem Kerngeschäft der ProduzentInnen zusammen. Es sind meistens Bauern oder Bauernfamilien, die in dem Sinne unternehmerisch denken. Sie wissen, dass sie sich weiterentwickeln müssen, wenn sie ihre wirtschaftliche Zukunft sichern, wettbewerbsfähig bleiben wollen. Und da



stellen wir häufig fest, dass zuerst einmal in die Wettbewerbsfähigkeit, in die Produktivität, etwa auch in die Qualitätsverbesserung investiert wird. Wenn man die Wettbewerbsfähigkeit steigert, dann kann man mehr Geld einnehmen, man hat mehr Geld zur Verfügung, kann mehr investieren, und mit der Zeit weiten sich diese Investitionen aus, etwa auch auf die Gemeinschaften. Anfänglich kauft man in einem einfachen Fall vielleicht Moskitonetze, wenn man noch nicht so viele Prämien einnimmt – denn die Prämien sind ja abhängig vom Anteil, den man verkauft – und je mehr man verkauft, kann man dann auch grössere Projekte machen, wie zum Beispiel eine Schule aufbauen oder eine Gesundheitsstation einrichten, ein Gemeinschaftszentrum, wo man sich trifft, Sitzungen abhält oder auch mal ein Fest feiert. Da gibt es die unterschiedlichsten Projekte. In Indien hatte ich zum Beispiel mal ein Dorf besucht, welches seine Fair-Trade-Prämie in die Erneuerung des Friedhofs investierte; auch das ist möglich. Es ist klar, dass wir dann sicherlich auch versuchen, ein bisschen zu sensibilisieren, vielleicht auch, die Vernetzung zu anderen Kooperativen oder Produzentenorganisationen herzustellen, die sehr erfolgreiche Projekte umgesetzt haben, damit die ProduzentInnen davon lernen können. Aber letztendlich ist es der Entscheid der Produzierenden, wie sie ihr Geld einsetzen.

Dann zur letzten Frage; wir haben das Thema am Anfang des Interviews angeschnitten: Bezüglich Geschlechtergerechtigkeit könnte Fair Trade mehr machen. Was müsste passieren? Worauf zielt die Arbeitsgruppe, welche Sie ja mehrmals genannt haben? Gibt es Visionen? Wohin soll das gehen?

Wie ich schon gesagt habe: Wir haben bereits vor ein paar Jahren eine Auslegeordnung gemacht. Darin wurde erstens einmal das Potential erkannt, dass wir mehr leisten können in Bezug auf den Gender-Ausgleich, und dass man dies strategisch angehen muss. Es wurde aber auch festgehalten, dass man manchmal auf gesellschaftliche und kulturelle Fragen stösst und dass diese Prozesse nur mit langfristigen Massnahmen angegangen werden können. Und da wir ja keine NGO oder ein Hilfswerk sind, das ein spezifisch technisches Assistenzprogramm hat oder eine Projektorganisation vor Ort, sondern ein System sind, das vor allem schaut, dass der Handel nach diesen Standards und Regeln abläuft, müssen wir uns überlegen, wie wir eben eine solch langfristige Begleitung leisten können. Und vermutlich braucht es auch Anpassungen in den Standards – es braucht aber auch diese Sensibilisierung der *liaison officers* vor Ort für diese Problematik. Es braucht eine systematische Erfassung von gender-spezifischen Daten und Informationen. Wir müssen die ganze Thematik nochmals besser verstehen. Auch gilt es, systematischer aufzunehmen, wo es *best-practice*-Beispiele gibt, die dazu geführt haben, dass eine Verbesserung erzielt worden ist, und wir müssen uns überlegen, wie wir diese über die uns zur Verfügung stehenden Kanäle verbreiten können.

Es braucht eine systematische Erfassung von gender-spezifischen Daten und Informationen. Wir müssen die ganze Thematik nochmals besser verstehen und auch systematischer *best-practice*-Beispiele aufnehmen.

«Ich bin für meinen Mann und meine Schwiegereltern ein Vermögen wert.»

Ich heisse Kpagnéro Dafia. Mein Vater heisst Dafia Yerima und meine Mutter heisst Bèrèkègui Gobidi. Ich bin aus dem Dorf Tabérou, vor 30 Jahren heiratete ich hierher nach Sinahou. Ich bin jetzt 46 Jahre alt, gemäss dem Brauch der Baatonu wurde ich mit 16 Jahren verheiratet. Ich habe acht Kinder, davon drei Töchter. Ich bin die einzige Ehefrau meines Mannes. Ich betrachte dieses Haus als mein eigenes Haus, da ich wegen meiner Kinder und meiner Enkel verpflichtet bin («condamnée»), hier zu leben. Es ist ein grosses Familienhaus und der Haushalt, um den ich mich kümmere, umfasst 18 Personen. Ich hatte nicht die Gelegenheit, in die französische Schule zu gehen. Aber ich besuchte während vier Jahren Kurse, jeder Kurs dauerte sechs Monate. Es ist eine grosse Freude, dass ich heute lesen, schreiben und rechnen kann, in Baatonum, meiner Muttersprache. Ich spreche sogar ein bisschen Französisch, auch wenn es nur ein sehr einfaches Französisch ist. Ich weiss jetzt, dass man mich nun nicht mehr täuschen kann in verschiedenen Angelegenheiten. Ich bin stolz auf mich, da ich mein Leben als Frau zu verstehen beginne, und darauf, dass ich mir gewisse Fragen des Lebens selbst erklären kann.

Hier in Sinahou arbeiten wir Frauen viel und ich kann bestätigen, dass wir ohne Pause arbeiten, ausser in der Nacht, wenn wir schlafen. Es ist eine Arbeit ohne Freizeit. Wir geben unser Bestes, um unsern Ehemännern zu gefallen und uns die Gunst der Schwiegereltern zu erwerben. Man könnte auch sagen, wir arbeiten für unsere Männer. Ich zum Beispiel stehe beim ersten Hahnenschrei auf – etwa um fünf Uhr – und gehe kaum je vor Mitternacht schlafen. Für uns Frauen im Dorf gibt es keine «tote» Saison. Jede Jahreszeit bringt bestimmte Arbeiten mit sich. Mein Tagesprogramm ist ziemlich stabil und ich halte mich daran: Wischen in der Morgendämmerung, dann die Schinderei mit dem Wasser, dann das Geschirr etc. Wir opfern uns auf, um in der Trockenzeit die Alphabetisierungskurse besuchen zu können, und dies ist auch der Grund, warum unsere Männer uns nicht gerne in diese Kurse gehen lassen: Sie glauben, dass unsere Abwesenheit ihre

eigenen Arbeiten enorm in Verzug geraten lässt. Diesbezüglich bin ich meinem Mann sehr dankbar, denn er hat mich in dieser Hinsicht immer unterstützt und erlaubt mir trotz meines fortgeschrittenen Alters, an den Kursen teilzunehmen. Während unsere häuslichen Arbeiten festgelegt und allen bekannt sind, sind die Feldarbeiten unterschiedlich und variieren mit den Jahreszeiten. Schauen wir uns einmal an, welche Aufgaben unter den Hausarbeiten am meisten Zeit beanspruchen.

Was die Reinigung («l'assainissement») anbelangt, so wische ich täglich das Zimmer meines Mannes und das meines Schwiegervaters, den Flur des Hauses, die Umgebung des Grundstücks, vor allem seit ich die Kurse zu Hygiene und Abwasserentsorgung besucht habe. Ich wasche seither alle Teller und die Töpfe des Hauses jeden Morgen und jeden Nachmittag; und auch die Tonkrüge wasche ich täglich und fülle sie morgens und abends mit Wasser. Wir haben vier Tonkrüge mit einem Fassungsvermögen von vier Schüsseln, also 100 Liter pro Krug. Die Schinderei mit dem Wasser kostet vor allem in der Trockenzeit viel Zeit. Einmal alle 14 Tage mache ich eine Wäsche für mich, meinen Mann und meinen Schwiegervater. Ich koche mindestens zwei Mal pro Tag, meine Töchter helfen mir. Ich muss betonen, dass zwei von ihnen bereits verheiratet sind und mit ihren Ehemännern ausserhalb des Dorfes leben. Ich trage die Hauptverantwortung für die Küche, für die Mühle und den Einkauf der Gewürze. Die Aufgabe meines Mannes ist es, die Produktion der Nahrungsmittel sicherzustellen, das ist alles. Ich gehe selbst aufs Feld, um den Mais zu holen, das Sorghum, den Maniok oder Yams. Mein Ehemann kommt oft vom Feld zurück ohne irgendeinen Ertrag auf dem Velo. Er kauft selten Fleisch, nicht mehr als drei Mal pro Jahr. Ich versuche, möglichst alle Mittel einzusetzen, um eine essbare Sauce zu kochen. Manchmal kaufe ich Sojakäse oder Kpakuma (Büffelhaut), um es in die Sauce zu geben. Um den Herd einfeuern zu können gehe ich aufs Feld oder in den Busch. Darüber hinaus koche ich Hirsebrei («bouillie»), den ich jeden Morgen verkaufe. Deshalb gaben sie mir übrigens den Übernamen

«kokogui» – Breiverkäuferin. Ich kaufe Sorghum und Mais, um mein Mus zu machen. Ich darf dafür nicht das Getreide meines Mannes verwenden. Die kleinen Einkünfte dieser Tätigkeit erlauben es mir, mich und meine Kinder einzukleiden und die Gesundheitskosten zu bezahlen, manchmal auch für meinen Mann, und um die Mitgift meiner Kinder vorzubereiten. Ich brauche einen Teil des Geldes, um Gewürze zu kaufen, damit alle in diesem Haus gut essen. Ich heize jeden Abend Wasser, damit die Männer des Hauses duschen können. Wenn ich vom Feld zurückkomme, biete ich zuerst meinem Schwiegervater und dann meinem Mann Wasser für die Dusche an. Das ist zwar hart, aber ich kann nichts machen, so wollen es unsere Regeln: Wenn ich es nicht tue, wird man mich als Faulenzerin bezeichnen, mein Mann und meine Schwiegerfamilie werden schlecht über mich reden und mein Mann wird sich eine zweite Frau nehmen. Infolge solcher Gerüchte über meine Faulheit würde ich nie wieder einen Mann finden. Da ich diese Bedingungen akzeptiert habe, werde ich von allen bewundert.

Ich kann nicht verbergen, dass die Mutterschaft die Frau vollkommen verpflichtet. Es ist nicht einfach, acht Kinder zu gebären und sie dann alle fast alleine aufzuziehen. Hier beschränkt sich die Rolle des Mannes auf seine eheliche Pflicht und darauf, ein Schaf für die Taufe zu kaufen. Ich kaufe selbst die Aussteuer für meine Kinder. Ich pflege sie, wenn sie krank sind. Wenn man eines ins Spital nach Gninsy, Pèrèrè oder nach Nikki bringen muss, oder manchmal sogar nach Bembèrèkè, war ich es, die die Kohle für das Moto beschaffte und dafür bezahlte. Bei jeder Taufe mache ich alles für den Empfang bereit, während der Mann die Arme verschränkt und zuschaut. Wenn ein Kind stirbt, sagt man, es sei Gottes Wille oder man beschuldigt eine arme Alte in der Familie. Und wenn das Kind erwachsen und gut ausgebildet ist, dann ist es die Tochter des Vaters. Sonst gehört es der Mutter. So behandelt zu werden, ist hart.

Ich versuchte, die Aktivitäten des Tages im Haushalt zu beschreiben. Ich glaube, ich habe nicht alles gesagt.

Ich erzählte nur, was mir gerade einfiel. Insgesamt begreife ich heute, dass ich für meinen Mann und meine Schwiegereltern ein Vermögen wert bin. Ich weiss nicht, ob sich mein Mann dies bewusst ist und ob er mich eines Tags dafür belohnen wird. Dank verschiedenen Themen, die wir im Alphabetisierungszentrum diskutierten, ist mir bewusst geworden, welchen Beitrag ich in meinem Haushalt leiste. Ich trage enorm viel bei, um nicht zu sagen, ich sei die Lunge des Betriebs.

Heute bin ich die «Iya Igbè» – die Verantwortliche für die Frauengruppe in Sinahou. Ich beteilige mich an den Dorfversammlungen, auch in Pèrèrè, und manchmal laden sie uns sogar nach Parakou ein. An den Sitzungen kämpfe ich für die Selbstverwirklichung der Frauen von Sinahou. Ich mobilisiere meine Kolleginnen, um die Hygienevorschriften umzusetzen und im Dorf macht sich das schon bezahlt. Dies ist einer meiner wichtigsten Kämpfe: Gesundheit, Hygiene, Reinigung und ich lege Wert darauf, dass sich Frauen informieren und ausbilden können.

Raus aus der Abhängigkeit von Hybrid- und Gentech-Saatgut

Solidarmärkte in Indien

ECKDATEN

PROJEKTITEL	Integrated Sustainable Agriculture Programme in der Region Vidarbha, Maharashtra, Indien
VERANTWORTLICH	Swissaid
PARTNER	Youth for Unity and Voluntary Action (YUVA)
PROJEKTDAUER	Projektbeginn 2001, Phase V: April 2010–März 2012
FINANZIERUNG	Swissaid

Der Kontext

Trotz globaler Wirtschaftskrise konnte Indien sein rasantes Wirtschaftswachstum beibehalten. Davon haben die ärmeren Bevölkerungsschichten sehr ungleich profitiert. Aufgrund klimatischer Extreme (Trockenheit, Überschwemmungen, zu viel Regen) erlitt die landwirtschaftliche Produktion in vielen Regionen einen Einbruch. Die Folgen waren drastische Preisanstiege für Grundnahrungsmittel wie Reis, Weizen oder Mais, die 2010 um rund 18% zunahmen, während die durchschnittliche Inflationsrate knapp unter 10% blieb.

Die Region Vidarbha gehört zu den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Regionen im indischen Bundesstaat Maharashtra. Die überwiegende Mehrheit der ökonomisch aktiven Bevölkerung sind Landarbeiter und Landarbeiterinnen, die von der Regenfeldbau-Landwirtschaft leben. Aufgrund der staatlichen Förderpolitik produzieren die meisten Bauernbetriebe sogenannte *cash crops* wie Baumwolle, Soja, Hülsenfrüchte und Sonnenblumen, die grösstenteils für den Export bestimmt sind und den Einsatz von teuren Inputs, wie chemischen Dünger oder Pestizide, bedingen. Nur noch wenige Bauernfamilien bauen Nahrungsmittel wie Getreide, Reis oder Hirse an.

Aufgrund ungenügender Infrastruktur und mangelnder finanzieller Unterstützung durch die Regierung hat die Verlockung der *cash crops* dazu geführt,

dass viele Bauernfamilien verwundbarer auf Preisschwankungen reagieren. Als Folge der zunehmenden Verschuldung ist die Selbstmordrate unter den Bauern und Bäuerinnen in Vidarbha die höchste in ganz Indien. Insbesondere in der Baumwollproduktion haben die Einfuhr von gentechnisch veränderter Baumwolle und die völlige Verdrängung der bisherigen Sorten die Produktionskosten erheblich verteuert, ohne dass die Verkaufspreise in gleichem Masse gestiegen wären.

Die Hauptlast der landwirtschaftlichen Produktion wird hier von Frauen getragen. Es sind vorwiegend Frauen, die das Wissen über die Selektion von Saatgut, die biologische Düngung, die Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten sowie die richtige Lagerung der Ernte haben. Trotzdem besitzen die Frauen nur in seltensten Fällen Land, noch die darauf produzierten Produkte und haben kaum Einfluss auf die ökonomischen Entscheide der Betriebe: Die Besitzpapiere des Landes sind auf den Ehemann ausgestellt, der auch über die Nutzung der produzierten Güter entscheidet. Die Männer bestimmen, welche Nutzpflanzen angebaut und vermarktet werden. Sie sind vorwiegend am Anbau von *cash crops* interessiert bzw. der Generierung von Geldeinkommen, über das sie verfügen können. Dies wirkt sich in der Regel negativ auf die Ernährungssicherheit der Bauernfamilien aus, da der Anbau von Nahrungsmitteln verdrängt wird, und die Gleichstellung der Geschlechter ist ebenfalls nicht gegeben, da die Frauen vom (Taschen-)Geld des Mannes abhängig sind.

Projekt

PROJEKTZIELE Das Projekt verfolgt folgende Ziele:

- Kleinbauernfamilien leisten Widerstand gegen gentechnisch veränderte Organismen und produzieren ökologisch.
- Frauen erhalten Landtitel und spielen eine entscheidende Rolle in der Landwirtschaft.
- Die Agrarproduktion ist diversifiziert und es bestehen ausserhalb der Landwirtschaft Arbeitsmöglichkeiten.
- Kleinbauernfamilien verarbeiten ihre Agrarprodukte selber und erzielen mittels deren Vermarktung auf lokalen und regionalen Märkten zusätzliches Einkommen.

* Daniel Ott Fröhlicher,
Länderverantwortlicher Swissaid

ZIELGRUPPE Seit 2001 profitierten rund 50 000 Bauern und Bäuerinnen direkt oder indirekt vom Projekt. Deren Familien leben vorwiegend von der Regenfeldbau-Landwirtschaft, besitzen zwischen ein bis zwei Hektaren Land, haben wenig Besitz und kaum Reserven, sind verwundbar gegenüber externen Schocks wie Klimawandel und Preisänderungen. Die grosse Armut drückt sich auch durch eine hohe Unterernährungsrate, dem begrenzten Zugang zu Bildung, Gesundheit, Trinkwasser und Strom aus. Viele Familien gehören einer diskriminierten Gesellschaftsgruppe (Kaste) an.

Dank dem Projekt haben die meisten Bauernbetriebe von konventionellen auf nachhaltige Anbaumethoden umgestellt und ihre Produktpalette differenziert: neben *cash crops* kultivieren die Bauerfamilien vermehrt auch Nahrungsmittel und halten Hühner, Kühe und Ziegen. Eine zentrale Rolle spielen dabei Frauen, da sie es sind, die traditionell das Wissen über Saatgut und Kleintierhaltung bewahren.

Im Verlaufe der ersten vier Projektphasen haben Frauen Selbsthilfegruppen gegründet und begonnen, für ihre Landrechte zu kämpfen. Da die Landtitel nur auf den Namen des Mannes eingeschrieben sind, kann die Frau bei Trennung oder Tod des Gatten keine Besitzansprüche geltend machen. Die Frauen kämpfen nun dafür, das mindestens ein Teil des Landes auf ihren Namen registriert wird oder der gesamte Besitz auf beide Namen (Mann und Frau). Rund 2600 Frauen haben bereits ihr Besitzrecht für insgesamt 260 Hektaren Land legalisiert.

PARTNERORGANISATION Die indische Nichtregierungsorganisation Youth for Unity and Voluntary Action (YUVA) hat 46 MitarbeiterInnen (davon 20 Frauen) und wird von 7 Vorstandsmitgliedern (davon 3 Frauen) geleitet. Für die Durchführung des «Integrated Sustainable Agriculture Programme» sind 4 MitarbeiterInnen und der Direktor verantwortlich. Die indische Organisation Youth for Unity and Voluntary Action arbeitet seit 16 Jahren mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen in der Region zusammen und verfügt über ausreichend Erfahrung, fachliche Kompetenzen und eine breite Vernetzung, die für das erfolgreiche Projektmanagement notwendig sind. YUVA unterstützt die Bildung und Stärkung von Bauernorganisationen auf lokaler und regionaler Ebene, unter anderem begleitet YUVA über 500 Selbsthilfegruppen von Frauen im Kampf um ihre Rechte und die Verbesse-

rung ihrer wirtschaftlichen Situation. YUVA bildet bewusst Frauen als landwirtschaftliche Promotorinnen aus, um den spezifischen Bedürfnissen der Bäuerinnen besser gerecht zu werden. Im Auftrag von Swissaid leitet YUYA zudem die regionale «Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen».

SPEZIFISCHES ZIEL FÜR DIE AKTUELLE 5. PROJEKTPHASE

In der aktuellen, zweijährigen Projektphase soll erreicht werden, dass rund 2000 Bauern und Bäuerinnen ihr Einkommen dank der kollektiven Beschaffung, Verarbeitung und Vermarktung von Agrarprodukten um 30% steigern. Erwartete Outputs:

- 500 Bauern und Bäuerinnen steigen auf Bioproduktion um.
- Bio-Zertifizierung von 6400 Bauernbetrieben.
- 500 Frauen erhalten kollektive und individuelle Landtitel.
- Gründung und Registrierung einer ProduzentInnenorganisation, die eine Linsenmühle betreibt.

SOLIDARMARKT FÜR GEMAHLENE LINSEN / LINSENMEHL

Das Projekt legt in dieser Phase vermehrt den Fokus auf Wertschöpfung und Vermarktung.

Die Bauernfamilien verfügen bisher nicht über adäquate Marktinformationen (Preis, Nachfrage, Qualitätsstandards) und werden von Zwischenhändlern ausgebeutet. Ihnen fehlen zudem Transportmöglichkeiten, um die Produkte selbständig auf lokalen Märkten zu verkaufen. Auch zwingen die hohen Zinsen der vor der Ernte aufgenommenen Darlehen zu überstürzten Verkäufen.

Da ökologisch produzierte Agrarprodukte auf dem lokalen Markt nur zum gleichen Preis wie konventionelle Produkte verkauft werden, können die Bauern und Bäuerinnen trotz besserer Qualität keine höheren Einkommen erzielen.

Das Projekt will das Bewusstsein und die Fähigkeiten der Kleinbauern und -bäuerinnen für eine gemeinsame Verarbeitung und Vermarktung der Ernte stärken. Durch den Aufbau von 40 lokalen Zentren zur Wertsteigerung der Agrarprodukte (Reinigung, Sortierung und Weiterverarbeitung) können die Verkaufspreise um bis zu 150% gesteigert werden. Zudem werden die Bauernfamilien bei der ökologischen Zertifizierung und der Suche nach neuen Märkten unterstützt.

Von einer neu gegründeten ProduzentInnenorganisation, bei der alle Mitglieder TeilhaberInnen mit maxi-

mal einer Stimme sind, wird in der aktuellen Projektphase eine Linsenmühle eingerichtet und betrieben. Die Mühle kauft die Linsen von ihren Mitgliedern und verarbeitet diese zu geschälten Linsen und verschiedenen Mehlsorten. Die ProduzentInnenorganisation ist auch verantwortlich für die Vermarktung der Linsen und der verarbeiteten Produkte aus den lokalen Zentren. Sie nutzt in der Anfangsphase das Netzwerk von Swissaid-Partnerorganisationen und verkauft direkt an Selbsthilfegruppen und Organisationen in anderen Regionen (Solidarmarkt). Zu Beginn wird keine Gewinnmaximierung angestrebt, da dies sehr kapitalintensiv wäre. Swissaid finanziert die Mühle und den Aufbau der lokalen Verarbeitungsstätten, damit die Bauern und Bäuerinnen im Sinne eines Empowerments Erfahrungen in der Verarbeitung und Vermarktung machen können. Es wird erwartet, dass dank erfolgreichem Wirtschaften die ProduzentInnenorganisation in einer nächsten Phase Kredite aufnehmen kann, die in die Produktionssteigerung und Qualitätsverbesserung investiert werden. Für die Bauernfamilien wird eine Einkommenssteigerung von 20–30% erwartet. Insgesamt werden rund 3000 Familien von der Linsenmühle und der Vermarktung profitieren. In der Mühle entstehen zudem Arbeitsplätze für «landlose» Frauen und Männer.

BISHERIGE FORTSCHRITTE (APRIL 2010–MÄRZ 2011)

- 132 ProduzentInnen sind aus der Produktion von Gentech-Baumwolle ausgestiegen und produzieren nun nach ökologischen Prinzipien.
- Von den 6000 ProduzentInnen, die eine ökologische Zertifizierung beantragten, wurde bereits die Hälfte zertifiziert.
- Weitere 63 Frauen konnten ihren Landbesitz legalisieren, 187 Familien ihr Wohnrecht.
- ProduzentInnenorganisation wurde gegründet und legalisiert. Bereits konnten rund 280 Tonnen Soja, 12 Tonnen Erbsen und 5 Tonnen Baumwolle in Bioqualität vermarktet werden.
- Die Linsenmühle ist fertig gestellt es wurden 1,6 Tonnen Linsenmehl produziert und verkauft.

ZUR FRAGE, OB DAS PROJEKT GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT FÖRDERT

Datta Patil von YUVA sagt: «In fact women are not seen in the marketing activity. If at all they are seen in lower activities. In the project we will have to consciously plan our interventions towards involving them at different stages. For that we will have to provide them with certain inputs so as to equip them to play their roles successfully. Once they start playing those roles we can see the empowerment among them such as increased confidence, negotiation power, and equality at family level.»

Die Hauptlast der landwirtschaftlichen Produktion wird von Frauen getragen. Auch sind es vorwiegend Frauen, die das Wissen über die Selektion von Saatgut, die biologische Düngung, die Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten sowie die richtige Lagerung der Ernte haben.

«Meine Arbeitstage beginnen und enden mit viel Arbeit.»

Wir haben jung geheiratet, im Jahre 2001; es ist also eine beinahe zehnjährige Ehe. In meiner Familie leben drei Mitglieder: Ehemann, 34-jährig, Sohn, 7-jährig, und ich, 32 Jahre alt.

Der neue Tag beginnt mit dem Erwachen um 6:00 Uhr. Dann kümmere ich mich um meine persönliche Hygiene. Anschliessend gehe ich ins Zimmer meines Sohnes, um ihn zu wecken. Ich helfe ihm, sich anzuziehen und mache ihn bereit für die Schule. Dann gehe ich in die Küche und beginne, das Frühstück für meine Familie vorzubereiten und den Tisch zu decken. Während mein Ehemann und mein Sohn sich hinsetzen, um zu frühstücken, räume ich in den Schlafzimmern auf. Wenn alles in Ordnung ist, setze ich mich an den Tisch, um gemeinsam mit ihnen zu frühstücken. Nach dem Frühstück gehe ich in mein Zimmer, um mich bereit zu machen. Nach den Mahlzeiten hilft mir mein Mann immer, den Tisch abzuräumen. Nach meinen Vorbereitungen, welche maximal 15 Minuten dauern, verlassen wir um 7:30 Uhr unser Haus. Wir fahren jeden Morgen mit unserem Auto herum. Wir bringen unseren Sohn zur Schule, und dann fährt mich mein Mann zu meiner Arbeit.

Normalerweise beginne ich um 8:15 Uhr mit der Arbeit. Meine Arbeitstage beginnen und enden mit viel Arbeit. Ich arbeite in der Position als Koordinatorin und KassiererIn, was bedeutet, dass kein Tag gleich ist wie der andere. Ich sitze an meinem Schreibtisch und öffne den Computer. Ich beginne mit dem Durchsehen der offiziellen geschäftlichen E-Mail-Adresse, um mir die eingegangenen Nachrichten anzusehen. Ich beantworte die verschiedenen Mitteilungen und dann schaue ich in die Agenda, um zu wissen, wie mein Arbeitstag aussehen wird. Üblicherweise notiere ich mir die Themen des neuen Arbeitstages am Vorabend, bevor ich das Büro verlasse. Das hilft mir, den Arbeitstag zu organisieren. Die Arbeit, die ich üblicherweise mache, ist assoziiert mit der Koordination von Trainings, Berichten oder Arbeiten innerhalb der Projekte, für die ich die Verantwortung bei der Umsetzung trage. Nebst diesen Tätigkeiten beansprucht auch das Organisieren des Büros

eine beachtliche Menge an Zeit. Es kommt oft vor, dass ich ausserhalb des Büros arbeiten muss und an Aktivitäten von anderen Institutionen und Organisationen auf Einladung teilnehme. Üblicherweise endet mein Arbeitstag um 17:30 Uhr.

Mein Mann holt mich immer nach Arbeitsschluss ab und wir fahren zusammen nach Hause. Wenn ich zuhause bin, ziehe ich mich um, und das erste was ich mache ist, mich mit meinem Sohn zusammen zu setzen und ihn nach den Fortschritten in der Schule zu fragen. Ich nehme ihm seine Schultasche ab, überprüfe seine Hausaufgaben und schätze ab, wie viel er bis morgen zu erledigen hat.

Wir sitzen mit meinem Ehemann zusammen und essen, was ich normalerweise am Abend zuvor vorbereitet habe. Wie gehabt, räumt mein Mann den Tisch ab. Danach setze ich mich zu meinem Sohn, um ihn bei den Hausaufgaben zu unterstützen. Nach Beendigung der Hausaufgaben bereite ich das morgige Mittag- und Abendessen vor.

Wir leben in einem Block mit meiner Schwiegermutter und anderen Verwandten meines Mannes, bei denen sich unser Sohn nach der Schule aufhalten kann. Und ich bin ihnen sehr dankbar dafür, dass sie sich immer so gut um ihn kümmern. Jeden Abend gehen wir zu ihnen rüber auf einen Besuch, und dann gehe ich nach Hause zum Abendessen. Wir essen um 20:30 Uhr zu Abend und anschliessend erledige ich den Abwasch in der Küche.

Um 22:00 Uhr schicke ich unseren Sohn ins Bett und jeden Abend lese ich ihm ein Buch vor, das er mag. Nachdem mein Sohn eingeschlafen ist, kümmere ich mich um all die Arbeiten, die noch nicht erledigt sind. Ich lege die Kleider meines Sohnes für den nächsten Schultag bereit, ich schalte die Waschmaschine an, reinige das Haus, hänge die saubere Wäsche auf dem Balkon auf, sammle die trockene Wäsche ein etc. Nach Mitternacht gehe ich schlafen.

Dies ist ein typischer Tagesablauf aus meinem Alltag.

Produzentinnen ohne Entscheidungsmacht

Kakaobäuerinnen in Vietnam

ECKDATEN

PROJEKTITEL	Programm für die Entwicklung von zertifiziertem Kakao in Vietnam (eco-cacao)
VERANTWORTLICH	Helvetas Vietnam
PARTNERINNEN	Nong Lam University; Department for Agricultural and Rural Development, Agricultural & Aquacultural Extension Centre (Ben Tre Province); Department of Science and Technology (Tien Giang Province)
PROJEKTDAUER	2009–2014
FINANZIERUNG	Seco, Rabobank Foundation, Ford Foundation, Helvetas, GIZ, Ritter Sport

Kontext Vietnam: Hohes Wachstum und schwindender Gender Gap

Seit zwanzig Jahren erreicht Vietnam phantastische Wachstumsraten und es wird erwartet, dass das Land in Kürze zu der Gruppe von Ländern mit mittleren Einkommen aufschliessen wird.¹ Das Wirtschaftswachstum und die Armutreduktion übertrafen die Ergebnisse der meisten industrialisierten Länder, auch wenn Herausforderungen wie steigende Ungleichheit, Umweltverschmutzung und Korruption die Bilanz trüben (van der Moortele 2010).

Gemäss dem Gender-Assessment der Weltbank von 2006 hat Vietnam den Gender Gap von allen Ländern der Ostasien und Pazifikregion am erfolgreichsten bekämpft. Auf dem Global Gender Gap Index nimmt Vietnam unterdessen den 72. von 134. Rängen ein (WEF 2010). Diese Anstrengungen spiegeln sich in einer hohen Alphabetisierungsrate für Männer und Frauen, dem höchsten Prozentsatz von Frauen in nationalen Parlamenten in der Region (ca. 25%) sowie einer der höchsten wirtschaftlichen Beteiligungen der Welt. Jedoch stellte der Bericht ebenfalls fest, dass Frauen und Mädchen, die ethnischen Minderheiten angehören, hinter Männern derselben Minderheiten sowie hinter Kinh (Mehrheitsethnie) und chinesischen Frauen zurück bleiben. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die immer wichtiger werdende Rolle der Frauen im Agrarsektor anerkannt werden sollte (World Bank 2006). Die Regierung adressiert Geschlechterfragen mittels des Gleichstellungsgesetzes von 2006. Die 1930 gegründete Vietnamesische Frauenunion ist als Massenorganisation ebenfalls eine wichtige Akteurin für die Förderung von Frauenrechten auf allen Regierungsebenen.

Ökologischer Kakaoanbau und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Helvetas Vietnam betreut eine Anzahl von Projekten in Nord- und Südvietnam, meistens in den Bereichen Landwirtschaft und Dezentralisierung. Der Fokus ist auf Geschlechterfragen gerichtet. Das Eco-Cacao-Projekt, welches 2009 für eine Fünfjahresperiode initiiert wurde, hat zum Ziel, mittels der Förderung einer nachhaltig effizienten Wertschöpfungskette für zertifizierten Kakao die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Mit der Einführung von neuen Technologien, um den biologischen Kakao zu verbessern, sowie der Ausbildung von ProduzentInnengruppen entwickelt das Projekt eine biologische, UTZ-zertifizierte Fair-Trade-Kakao-Verarbeitungskette. Das Programm setzt sich zum Ziel, bis zu 4000 Haushalte im Kakaoanbaubereich zu erreichen. Sowohl Männer als auch Frauen sollen bei der Einführung, dem Produktionstraining sowie beim Marketing von Kakao eingebunden werden. Berechnungen gehen davon aus, dass die Gewinnschwelle in 3 bis 4 Jahren erreicht sein wird und zu diesem Zeitpunkt auch die kleinbäuerlichen Einkommen gesteigert werden können. Um sie für die hohen Investitionen zu entschädigen, wird den ProduzentInnen über das Öko-Label eine Prämie bezahlt, so dass sie 20% mehr Ertrag als für konventionell angebauten Kakao erwirtschaften.

Im Jahr 2014 soll das Projekt 4000 Bauernfamilien erreicht haben und 144 000 USD aus dem Verkauf erwirtschaften.

Ein Gender-Assessment, das 2010 durchgeführt wurde, identifizierte die spezifischen Aufgaben von Männern und Frauen in der ökologischen Kakao-Wertschöpfungskette und die Folgen für die Arbeitsteilung im Fall des Wechsels von konventionellem zu organischem und Fair-Trade-Anbau sowie dem Marketing. Die Studie analysierte auch die Herausforderungen und Möglichkeiten für Frauen, sich an Trainings und in den ProduzentInnenorganisationen zu beteiligen und gab Empfehlungen ab, um die Vertretung der Frauen zu stärken (Hien 2010).

Aus dem Gender-Assessment ging hervor, dass alle Interviewpartner, Männer wie Frauen, Care-Arbeit als eine Verantwortung der Frauen sahen. Tatsächlich waren die Frauen gemäss Assessment aber auch in den meisten Produktionsschritten in der Kakaoherstellung vertreten. Das Assessment zeigte, dass Frauen

dazu tendierten, alle Formen der Arbeit zu kombinieren, so etwa jäten, mulchen, den Garten aufräumen und ernten. Auch beim Anpflanzen, der Ungezieferkontrolle, der Bewässerung und Düngung arbeiteten Frauen mit, während Männer mehr spezifische Arbeiten übernahmen wie etwa die Vorbereitung des Ackers für die Aussaat, Transport, Gräben bauen oder ähnliche technische oder maschinelle Jobs. Frauen spielten eine zentrale Rolle beim Ernten und Verarbeiten der Kakaofrüchte, dem Schälen, Trocknen und dem Gärungsprozess (Hien 2010). Zusätzlich zum Kakao beteiligten sich die Frauen ausserdem an kleinen Geschäftstätigkeiten ausserhalb der Landwirtschaft. Frauen sind stärker in der Subsistenzwirtschaft engagiert als Männer, zum Beispiel durch den Anbau von Gemüse und Früchten, bei der Hühnerzucht für kleine Mengen an Eiern und Fleisch für den Eigengebrauch. Dieser Beitrag der Frauen wurde jedoch im Assessment nicht erfasst (Hien 2010).

Die Studie kam zum Schluss, dass der Übergang zu ökologischer Kakaoproduktion vermutlich die Arbeitslast der Frauen erhöhen würde. Tatsächlich übernahmen in einigen Dörfern die Frauen den grössten Anteil an den Arbeiten in der Kakaoproduktion, weil die Männer ausserhalb des Hofes arbeiten oder migriert sind.

Im Bezug auf den Ressourcenzugang deckte die Studie auf, dass Frauen weniger Zugang zu Ressourcen wie Land, Ausbildung und Information haben. Diese Einschränkung rührt von den traditionellen Rollen und dem Status der Frauen und Männer in der Familie her (Hien 2010). Frauen hatten weniger Zugang zu Werkzeugen und Technologie, weil diese Dinge männlichen Arbeiten zugeordnet sind, Arbeiten, die Frauen «nicht tun können».

Männer haben mehr Einfluss auf die Entscheide bezüglich Investitionen und der Auswahl der Anbauprodukte, dies zeigen die haushaltsinternen Entscheidungsprozesse im Bezug auf die Einführung von Kakao. Dennoch erachteten die interviewten Männer die Meinungen der Frauen als wichtig und waren sich der Schlüsselrolle, die die Frauen in einer Reihe von Stationen innerhalb der Wertschöpfungskette spielen, bewusst. In jenen Dörfern, wo die Frauenunion gut funktioniert, waren die Frauen dynamischer und in den sozialen Organisationen besser vertreten. Schliesslich hingen die Handlungsmöglichkeiten der Frauen stark von der Bereitschaft der Männer ab, ihre Ehefrauen an Treffen teilnehmen zu lassen.

Die Studie illustriert, dass die zentrale Rolle der Frauen in der Kakaoproduktion, speziell in der ökologischen Produktion, unterschätzt wird. Dies sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung führte dazu, dass Frauen in den technischen Trainings und den Kakao-Klubs untervertreten waren (Hien 2010). Als Ergebnis der Studie beschlossen die Projektverantwortlichen, künftig sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Prioritäten der Frauen bei den Ausbildungszeiten und der Organisation der Sitzungen einbezogen würden. Ausserdem wurde eine Frauenquote eingeführt. Die Kommunikation über das Projekt wurde verbessert, damit sich sowohl Frauen wie Männer informieren können. Neue Initiativen wie Kredite für Frauen wurden eingeführt. Zudem wurden gender-sensible Instrumente fürs Reporting und Monitoring eingeführt, und die Programmmitarbeitenden sowie die PartnerInnen wurden im Bereich Gender weitergebildet.

¹ «Vietnam achieved around 8% annual GDP growth from 1990 to 1997 and continued at around 7% from 2000 to 2005, making it one of the world's fastest growing economies. Growth by 8.5 percent, 6.3, 5.3 and 6.8 for the year of 2007, 2008, 2009 and 2010 respectively, but inflation rate hit 11.8 percent in December 2010 on a year-on-year basis, according to a GSO estimate» (Wikipedia, letzter Zugriff 20. Mai 2011).

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen stimmen

Fazit



Die Fallstudien in dieser Publikation zeigen auf, dass geschlechtergerechte Projekte nur dann auf Dauer bestehen können, wenn die Produkte auf dem lokalen, regionalen oder internationalen Markt abgesetzt werden können (vgl. Projekt Karité-Butter, S. 35). Damit dies möglich ist, müssen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen richtig gesetzt sein. Für gender-gerechte Produkte stellt sich hier vorab die Frage, die in der Fair-Trade-Debatte allgemein diskutiert wird: Welche Wirtschaftspolitik fördert nachhaltige Produkte? Dabei wird ein Produkt dann als nachhaltig bezeichnet, wenn bei dessen Herstellung und Vermarktung zentrale soziale, ökologische und auch ökonomische Standards beachtet werden. Dazu gehört, dass die Wertschöpfungskette so ausgestaltet ist, dass der Gewinn auf alle Akteurinnen und Akteure entsprechend ihres Arbeitsaufwands verteilt wird. Oft sind nachhaltige Produkte mit einem Label gekennzeichnet.

Nachhaltige Produkte laufen regelmässig Gefahr, von Produkten verdrängt zu werden, die unter Verletzung von Standards hergestellt worden sind, da diese kostengünstiger sind. Um dies zu verhindern, braucht es wirtschaftspolitische Anreize auf der nationalen und auf der internationalen Ebene, wie sie auch der Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, in seinem Bericht zur Welthandelsorganisation WTO postuliert (de Schutter 2011). So erfordern nachhaltige Wertschöpfungsketten einen Markt, der Raum und Zeit für die Entwicklung einer innovativen Unternehmensstruktur lässt. Stellen landwirtschaftliche Produkte aus kleinbäuerlicher Produktion das Ausgangsprodukt, so sind Massnahmen zum Schutz des lokalen Marktes meist unabdingbar, wie z.B. Zölle, die den verletzlichen Sektor vor Billigimporten schützen. In den Katalog weiterer Massnahmen fallen: Steuervorteile für nachhaltig produzierende Unter-

* Elisabeth Bürgi Bonanomi ist zurzeit am World Trade Institute (WTI) der Universität Bern tätig und verantwortlich für mehrere Lehr- und ExpertInnenaufträge

So könnte die EZA zum Beispiel dafür sorgen, dass Plattformen geschaffen werden, welche die politische Einflussnahme der ProduzentInnen ermöglichen.

nehmen; die staatliche Anerkennung und Unterstützung von Labelorganisationen; Wettbewerbsregeln, die das Ausnützen einer marktbeherrschenden Stellung verhindern.

Damit auf nationaler Ebene solche Massnahmen überhaupt ergriffen werden können, müssen u.a. folgende Voraussetzungen gegeben sein: Internationale Handels- und Investitionsabkommen sollten den Staaten den politischen Spielraum (*policy space*) belassen, den sie brauchen, um nachhaltige Produkte zu fördern. Ausserdem müssen Handelsregeln so formuliert sein, dass sie nachhaltigen Produkten den Zugang zu den Märkten der reichen Länder erleichtern (vgl. Projekt Karité-Butter). So sollten nachhaltig und nicht nachhaltig produzierte Produkte tariflich unterschiedlich behandelt werden können. Diese Voraussetzungen sind heute nur sehr beschränkt erfüllt. Vielmehr fördert das heutige Handelssystem die Produktionsweise, die kurzfristig am kostengünstigsten ist, und nicht die nachhaltigste Produktionsweise.

Wie findet nun der Aspekt Geschlechtergerechtigkeit Eingang in die Debatte? Produkte sind u.a. dann nachhaltig, wenn beispielsweise im Herstellungs- und Vermarktungsprozess soziale Vorgaben eingehalten werden. Idealerweise bestehen diese Vorgaben nicht nur aus Arbeitsstandards wie Mindestlöhne und Versammlungsfreiheit, sondern nehmen auch Bezug zum Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit. So sind Projekte dann sozial nachhaltig, wenn sie den Lebensstandard im Sinne des Human Development Index (HDI) sämtlicher Beteiligter verbessern, Ungleichheiten verringern, die von den Beteiligten geleistete Care-Arbeit in ihre Berechnungen einbeziehen, familiengerechte Strukturen aufweisen, diskriminierungsfreie Perspektiven bieten usw. Da Gender-Gerechtigkeit ein international anerkanntes Ziel darstellt, müssen solche Kriterien umfassend in die Definition von Nachhaltigkeit

und in die Kriterienkataloge von Labelorganisationen einfließen. Nur so ist gewährleistet, dass die geforderten Anreizinstrumente auch der Geschlechtergerechtigkeit zu Gute kommen.

Wie das Projekt aus Tadschikistan schön illustriert, sind gender-gerechte Projekte dann erfolgreich, wenn sie nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Kraft entfalten (vgl. Projekt Tadschikistan, S. 32). Letzteres ist der Fall, wenn Produzentinnenorganisationen politisch Einfluss nehmen und dafür sorgen, dass ihre Interessen im Entscheidungsprozess angemessen vertreten sind. Die EZA und Labelorganisationen können dies auf unterschiedlichen Ebenen unterstützen und damit zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik beitragen:

So könnte die EZA z.B. dafür sorgen, dass Plattformen geschaffen werden, welche die politische Einflussnahme der ProduzentInnen ermöglichen. Auch könnten Labelorganisationen den zertifizierten Unternehmen empfehlen, einen Teil des Gewinns in die politische Arbeit zu investieren; die EZA könnte solche Verhandlungen unterstützen. Von grosser Bedeutung ist schliesslich, dass sich die Entwicklungsagenturen nicht nur operationell betätigen, sondern die Entwicklungsperspektive «zu Hause» mit Hartnäckigkeit in den wirtschaftspolitischen Diskurs einbringen.



«Mein Wille zu arbeiten und mein Patriotismus waren viel stärker.»

Als sich im Februar 2007 in unserem Dorf ein Dorf-Gesundheitskomitee etablierte, wurde ich zur Vorsitzenden gewählt und wir begannen, das Komitee zu organisieren. Wir fanden einen kleinen Raum, welcher auf unsere Initiative hin repariert wurde. Wir arbeiteten mit lokalen Schulen zusammen und erhielten Tische und Bänke. Es gibt ein Schulparlament, bestehend aus vier bis fünf SchülerInnen. Dann begannen wir mit der Arbeit in Übereinstimmung mit dem Rayon und dem dörflichen Gesundheitskomitee. Wir arbeiteten viel für die Kampagnen zu Malaria, Brucellose, sanitären Einrichtungen, Hygiene, Blutdruck, Erkältung, Ernährung von Schwangeren, Ernährung von Kindern, Zähnen, AIDS etc.

Mir gefällt es sehr, in den Gesundheitskomitees des Rayons und des Dorfs zu arbeiten. Wir sind fortschrittlich; jede moderne aktive Geschäftsfrau muss vollständig ausgebildet sein. Waren zuvor noch die einzigen Diagnosen, die ich kannte «Erkältung» und «Blinddarmentzündung», so kann ich mich jetzt als Doktorin bezeichnen, da wir viele Dinge lernten. Dies geschah dank des Kyrgisch-Schweizerisch-Schwedischen Gesundheitsprojektes.

Ich bin sehr glücklich! Möchten Sie wissen, weshalb? Weil ich als Präsidentin ein Projekt eingereicht habe für zwei Förderungen – und ich habe gewonnen! So habe ich StudentInnen und KollegInnen aus dem Dorf geholfen. Wenn du versuchst, andere glücklich zu machen, wirst du selber viel glücklicher. Sogar das Verteilen von Broschüren macht dich zufrieden, denn heutzutage kriegt man nichts mehr umsonst. Ich und unsere LeiterInnen nehmen an Seminaren teil, die vom Rayon-Gesundheitskomitee durchgeführt werden. Wir sind aktive Teilnehmende, und alle FührerInnen gehen mit grosser Freude an die Seminare und kommen zufrieden zurück.

Nun möchte ich meine Geschichte mitteilen. Als Präsidentin des Rayon-Gesundheitskomitees (RHC) und des Dorf-Gesundheitskomitees (VHC) spüre ich die Verantwortung überall und immer. Ich bin Lehrerin an der lokalen Schule. Ich habe eine Familie, also einen Ehemann, Kinder und Grosskinder. Natürlich sprechen wir

über die verrichtete Arbeit, Probleme, zukünftige Pläne etc. Anfangs unterstützte mein Mann meinen zweiten Job, VHC, aber dann stellte er sich dagegen. Der Grund dafür war, dass ich immer beschäftigt war und meiner Familie und dem Haus nicht mehr viel Zeit widmen konnte. Ich begann, Lügen zu erzählen, wenn ich an Seminaren teilnahm. Schlussendlich hat er aber alles verstanden.

Einmal musste ich an einem Seminar teilnehmen, das vom Rayon-Gesundheitskomitee durchgeführt wurde. Als ich nach Hause kam, gab es einen grossen Skandal. Mein Mann schrie: «Du verschwendest deine Zeit: Es kommt noch dazu, dass du umsonst arbeitest!» Ich stellte mich dem Ultimatum: Familie oder VHC. Ich antwortete «VHC» und verschwand, die Türe hinter mir schliessend. Es war bereits dunkel draussen. Ich nahm mir ein Taxi und fuhr zu meiner Schwester in Kara-Balta.¹ Der Taxifahrer verlangte 450 Soms. Als ich meine Schwester sah, brach ich in Tränen aus vor Bedauern und vor dem Unverständnis meines Mannes. Aber mein Wille zu arbeiten und mein Patriotismus waren viel stärker. Ich schrieb mich für drei Tage krank und blieb bei meiner Schwester. Nach drei Tagen ging ich zurück nach Hause und wollte zu arbeiten beginnen. Als ich meinen Mann traf, lächelte er und sagte: «In Gottes Namen, du kannst im VHC arbeiten, wenn du willst.» So habe ich meinen Ehemann überzeugt, dass, wenn eine Person ihren Job liebt, er oder sie das sehr schätzt. Später begann er sich für meinen Job in VHC zu interessieren und fragt mich nun manchmal, was dort geschieht. Jetzt arbeite ich noch härter, ohne jegliche Hindernisse!

¹ Kleines Dorf, ungefähr 60 km von der Hauptstadt Bishkek und 25 km vom Dorf Altyn entfernt.

Erst die Neubewertung von Arbeit ermöglicht eine geschlechtergerechte Berufsbildung

Geschlechterasymmetrien in Berufsbildung und Arbeitsmarkt

Bildung ist eine entscheidende Triebkraft für Entwicklung, den Kampf gegen die Armut und gegen soziale Ungleichheit. Diese Erkenntnis spiegelt sich nicht zuletzt im Millenniumsziel 2, das universelle Bildung einfordert. Während bei den MDGs die Grundausbildung angesprochen ist, so zeigt sich bei rasch wachsenden Volkswirtschaften schnell, dass es vielerorts an soliden und praxisorientierten Berufsausbildungen fehlt bzw. die bestehenden Angebote für die benachteiligten Gruppen unerschwinglich sind und diese somit auf Praxiserfahrungen im informellen Sektor beschränkt werden.

Ziel von Berufsausbildung ist es, die Menschen für die Teilnahme am wirtschaftlichen Leben zu qualifizieren und ihnen neue Perspektiven für eine produktive Beschäftigung und den Zugang zu angemessen bezahlter Arbeit zu eröffnen. Die Schweizer EZA war bis zu Beginn der 1990er Jahre besonders aktiv im Bereich der Berufsbildung. Man hielt die hierzulande praktizierte duale Struktur der beruflichen Ausbildung für ein ideales Modell, weil es sich an einen bestehenden Arbeitsmarkt anpasst und damit auf die regionalen Bedürfnisse reagiert. Nachdem seit den späten 90er Jahren vor allem über Armutsbekämpfung diskutiert wird, ist heute erneut der Ruf nach einem starken Engagement der EZA in der Berufsbildung laut geworden, wobei auch die Frage nach der Vereinbarkeit solcher Initiativen mit dem übergeordneten Ziel der Armutsbekämpfung im Raum steht (NZZ 2011).¹

Die Praxis des *vocational training* in der EZA umfasst unterschiedliche Handlungsebenen. Auf staatlicher Seite geht es um die Regulierung von Berufsbildung, Berufsankennung und um eine möglichst offene und gleichberechtigte Zulassung. Die Förderung innovativer Lehr- und Lernmethoden spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Berufliche Aus- und Weiterbildung braucht zudem Anpassungen, will sie auch in ländlichen Gebieten wirkungsvoll sein, und das soll sie, denn in ihr steckt ein grosses Potential, in armen Randgebieten Entwicklung anzustossen. Wenn möglich, wird mit den berufsspezifischen Lehrgängen immer auch Wissen vermittelt, das den Kursteilnehmenden den Weg zur selbständigen Erwerbstätigkeit ebnet.

Berufliche Bildungsangebote müssen also so umgebaut werden, dass arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen profitieren können – dazu gehören oft auch Frauen, denen aufgrund ihrer zugeschriebenen Rollen und eingeschränkten Möglichkeiten der Zugang zu den bestehenden Angeboten erschwert ist und sie so im wachsenden informellen Sektor verharren oder dahin verdrängt werden, wo ihre Arbeitskraft unter grosser Belastung und dennoch wenig rentabel verbraucht wird. AkteurInnen der Berufsbildung als Strategie der EZA begrüssen daher Gender Mainstreaming grundsätzlich, nicht nur weil die Erwerbsbeteiligung ausgebildeter Frauen den Markt dynamisiert, sondern weil damit auch das Haushaltsbudget aufgebessert werden könnte. Berufliche Qualifikationen bringen den Frauen mehr wirtschaftliche Eigenständigkeit und Verhandlungsmacht, ein zentrales Ziel von GM in der EZA. Gute Beispiele finden sich oft unter frauenspezifischen Projekten. Solche «Projektinseln» dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Bildung erst dann Geschlechtergerechtigkeit erzeugt, wenn die Gender-Dimension auch in den Volkswirtschaften zum Tragen kommt. Zudem ist erwiesen, dass flexible unqualifizierte Arbeit von Frauen für bestimmte Konzerne insbesondere der Textilbranche grosse Wachstumsrelevanz aufweist, zumindest kurzfristig. Studien, welche diese Relationen untersucht haben, können indes nachweisen, dass es sich volkswirtschaftlich in jedem Fall lohnt, in die (Berufs-)Bildung der Frauen auf allen Stufen zu investieren, wenn geschlechterspezifische Ungleichheiten bestehen (Busse et al. 2011). Doch nicht nur der ökonomische Blick soll begleitend sein für Gender Mainstreaming in der Berufsbildung, denn

¹ «Den Geist, nicht das Modell der Berufsbildung exportieren.» In: NZZ, 12. August 2011. URL: www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/den_geist_nicht_das_modell_der_berufsbildung_exportieren_1.11876175.html (letzter Zugriff: 16. August 2011).

² SDC – Gender and skills development. URL: www.sdc-gender-development.net/en/Home/Instruments_Methods/Gender_Mainstreaming (letzter Zugriff 20. Oktober 2011).

Berufsbildung ist ein wichtiges Instrument zur Förderung von Gleichstellung und zum Abbau von strukturellen Diskriminierungen. Es braucht also gezielte Investitionen zur Beseitigung gender-relevanter Diskriminierungen.

Letztlich ist Gender-Gerechtigkeit auch in diesem Bereich wesentliches Ziel der EZ-Interventionen. In Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik finden Geschlechteraspekte immer noch wenig Beachtung, vielleicht gerade auch deshalb, weil frauenspezifische Projekte die Auseinandersetzung mit strategischen Transformationen in den relevanten Sektorpolitiken verdrängen.

«Die berufliche Segregation in Bezug auf die Geschlechter zählt weltweit zu den dominantesten und hartnäckigsten Beschäftigungsaspekten. Sie beginnt allerdings nicht erst auf dem Arbeitsmarkt, sondern bereits vorher. Schon im Kinder- und Jugendalter werden gesellschaftliche Rollenmodelle zementiert, was sich auf den Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten auswirkt. Stichworte in diesem Zusammenhang sind etwa die Rollenverteilung in den Familien, geschlechterspezifische Rechte und Pflichten oder der unterschiedliche Zugang zu Ressourcen. Bei der Entwicklung von Ausbildungsangeboten muss neben den zahlreichen wirtschaftlichen und Arbeitsmarktaspekten deshalb immer auch dieser weitere gesellschaftliche Kontext einbezogen werden.» (DEZA)²

GM in der Berufsbildung bedeutet eine auf Gleichberechtigung ausgerichtete Gestaltung der Angebote. Damit Frauen und Männer gleichermaßen von Interventionen profitieren können, sollen gender-spezifische Rollen, Bedürfnisse und Möglichkeiten im jeweiligen Kontext analysiert werden. Projekte sind erfolgreicher, wenn sie auf die bestehenden Geschlechterasymmetrien des Alltags, die sich in der unterschiedlichen Verfügbarkeit von Zeit, Mobilität, Selbstwert, Energie und Geld manifestieren, Bezug nehmen. Unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse kann davon ausgegangen werden, dass der Einstieg der Frauen ins Berufsleben einfacher ausfällt, wenn die Bedingungen der Angebote sich mit den Lebenssituationen vereinbaren lassen. Gender-sensible Initiativen können die Situation der Frauen zumindest kurzfristig durchaus verbessern. Berufsbildung allein ist indes nicht hinreichend, um den Frauen auch längerfristig gute Erwerbsmöglichkeiten und damit auch mehr Verhandlungsmacht zu erteilen. Der formelle Arbeitsmarkt mag sich öffnen und den Frauen ein Einkommen bringen, das sicherer ist als wenn sie informell arbeiten. Es sagt aber wenig aus über die Lohnverhältnisse oder andere Aspekte,

die letztlich den Ansprüchen eines gerechten Arbeitsmarktes entsprechen würden. Wenn der Schritt zur wirtschaftlichen Integration nicht gelingt, bleiben Stereotypen oder der geschlechterspezifische Charakter der Berufsbilder und -felder unberührt. GM gelingt nur, wenn nicht allein die Alltagsrealitäten und damit die praktischen Bedürfnisse bedient werden, nämlich gerade mal genügend Einkommen zu erwirtschaften, um den Alltag zu meistern. Es braucht Transformationen auf makroökonomischer Ebene, also Strategien, welche die strukturellen Gründe der Geschlechtersegregation in Berufsbildung und Arbeitsmarkt angehen.

Berufsbildung ist ein wichtiges Instrument zur Förderung von Gleichstellung und zum Abbau von strukturellen Diskriminierungen. Es braucht also gezielte Investitionen zur Beseitigung gender-relevanter Diskriminierungen. Zum einen bedeutet das mehr Geld für Bereiche, wo sich erfahrungsgemäss mehr Frauen ausbilden lassen oder aber in die Reorganisation von bisher vornehmlich von Männern besuchten Ausbildungen, mit dem Ziel, die Teilnahme von Frauen zu fördern. Technische und organisatorische Massnahmen können durchaus den Zugang der Frauen zur Berufsbildung erleichtern. Sie ändern aber noch nichts an der Tatsache, dass typische männliche Tätigkeiten nicht unter gleichen Bedingungen verrichtet werden wie weibliche, damit ist vor allem auch die Care-Arbeit gemeint, die nur unter bestimmten Voraussetzungen als Profession definiert und damit auch Gegenstand der Berufsbildung wird. Die Wertschätzung von Berufssparten und Tätigkeiten bedingt wiederum die Investitions- und Subventionsentscheide staatlicher Berufsbildungspolitik und gehört damit zu den Kontextanalysen der EZA, wenn sie mittels Interventionen nicht nur kurzfristige Korrekturen machen, sondern auch langfristig die Wirkungskette von Bildung, Arbeitsmarktchance und Einkommen zugunsten von mehr Geschlechtergleichstellung beeinflussen will. Ein Vergleich der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Berufsbereichen, wo fast ausschliesslich Männer bzw. Frauen anzutreffen sind, sind ebenfalls aufschlussreich, auch bezüglich der Vorstellung, welche Tätigkeiten nützlicher sein sollen als andere. Der Care-Ansatz bietet hier ein interessantes Analyseraster, um die Frage der Wirtschaftlichkeit von Tätigkeiten und deren Wertschätzung für die Berufsbildung neu zu stellen.



Frauen sollen motiviert werden, z.B. Klempnerin zu werden, und ebenso lohnt es sich in die auf «frauen-typische» Berufsfelder ausgerichteten Lehrgänge zu investieren. Vielleicht drängt sich zweites im ländlichen Kontext, wo Lohnarbeit weniger verbreitet ist, eher auf. Das zeigen die Erfahrungen aus Ecuador (siehe das folgende Interview), wo frauenspezifische Berufsbildungsinitiativen Arbeitsplätze für junge Frauen geschaffen und gleichzeitig die Professionalisierung typisch weiblicher Tätigkeiten aus dem Bereich der Sorgearbeit (Care) vorangetrieben haben. Geld wird zunehmend wichtig, um den Alltag zu bewältigen. Eine auf Frauen ausgerichtete Berufsbildung öffnet neue Möglichkeiten auf dem formellen Arbeitsmarkt. Das sind alte Forderungen. Es braucht aber auch langfristige Strategien, die zum Ziel haben, Lehrgänge und Löhne für nicht marktförmig organisierte Tätigkeiten aufzuwerten und geschlechterspezifische Lohndisparitäten zu überwinden. Ansonsten bleibt die angestrebte Transformation der Geschlechterverhältnisse auf der Strecke. Bei Interventionen in der Berufsbildung spielt darum die unterschiedliche Bewertung der verschiedenen Tätigkeiten von Frauen und Männern in einem gegebenen Kontext eine entscheidende Rolle. Sie gibt nämlich Aufschluss über die Voraussetzungen, unter welchen Care-Arbeit geleistet wird, warum bestimmte Care-Tätigkeiten bezahlt, andere unbezahlt verrichtet werden.

Die Professionalisierung von Care-Arbeit ist eine Möglichkeit, gegen Geschlechterungleichheiten vorzugehen und kann Frauen in ihren gesellschaftlich zugeschriebenen Care-Rollen stärken. Das Risiko bleibt, dass Volkswirtschaften, die unter Spardruck geraten, am ehesten hier abbauen. Dies führt dazu, dass bestimmte Care-Tätigkeiten wieder in den unbezahlten privaten Bereich verschoben werden. Soll Gender Mainstreaming als Strategie eingesetzt werden, um durch Klischees verwischte geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu verste-

hen und bekämpfen, ist eine sinnvolle Verschränkung verschiedener Massnahmen nötig, die allerdings nur greifen, wenn die aus den praktischen Bedürfnissen abgeleiteten Massnahmen im Mikrokontext mit strategischen Interventionen auf makroökonomischer Ebene verknüpft werden. Die Projektbeispiele zeigen, wie schwierig dieses Unterfangen ist. Frauenspezifische Projekte sind vorbildhaft, ihre Wirkung allerdings nur beschränkt und die langfristigen Effekte auf die Geschlechterverhältnisse zu wenig zur Kenntnis genommen. In Kosovo durchbricht das Projekt die sogenannten typischen Berufsvorstellungen, was begrüßenswert ist. Noch ist aber offen, ob die Branchen wachsen können und wie sich die Lohnverhältnisse entwickeln werden. Am Beispiel Nepal wird klar, wie wichtig eine langfristig ausgerichtete kritische Beobachtung ist, die anhand gut ausgewählter Indikatoren aufzeigt, wie sich die frauenspezifischen Projekte auf die Belastung der Frauen und deren Lebensstandard auswirken. Das Interview und die Projektbeispiele in diesem Kapitel beleuchten die Gründe, warum die Gender-Frage oft Opfer eines «Industrieblicks» wird, sie benennen die methodischen Herausforderungen einer Berufsbildung, die nicht nur die Selbstverständlichkeit der von einer männlichen Normalbiographie ausgehenden Berufslogik ankratzt, sondern auch strategisch Geschlechtergerechtigkeit anstrebt.

«Gerade in den Programmen mit handwerklicher Ausrichtung ging die Geschlechterfrage meist ganz vergessen»

Gespräch mit Simon Junker,
Policy Advisor Berufsbildung, DEZA



Die DEZA arbeitet im Bereich der Einkommensförderung mit den Ansätzen «Employability» und Berufsbildung, was steckt eigentlich hinter diesen Begriffen?

Simon Junker: Es gibt sicher Überschneidungen, denn letztlich geht es in beiden Fällen um die Erhöhung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Employability, also Arbeitsmarktfähigkeit, setzt den Fokus anders. Während Berufsbildungsprojekte und -massnahmen den Blick in erster Linie auf die gute Ausbildung legen und so den Leuten zu Beschäftigung und Einkommen verhelfen wollen, setzt dieser Ansatz auf die spezifischen Fähigkeiten, um zu einkommensrelevanter Arbeit zu kommen. Vielleicht sind Employability-Projekte auch eine Reaktion auf die Erfahrung, dass mit blossen Berufsbildungsmassnahmen nicht garantiert ist, dass jemand wirklich Arbeit findet. Es heisst dann: «Wir haben einfach alles gemacht, damit die Qualifikationen dieser Person so gut sind, damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt grösser sind, mehr können wir im Rahmen von Berufsbildung nicht tun.» Die Integration in Arbeitsmärkte und Arbeit setzt aber zusätzlich bestimmte Fähigkeiten und Fachkompetenzen voraus.

Ich gehe davon aus, dass die der Berufsbildung vor- und nachgelagerten Bereiche, also etwa Berufsberatung, in Zukunft wichtiger werden, um das Ziel der Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen. Neben der Erhöhung der Fachkompetenzen müssen auch Sozialkompetenzen, ja das ganze Kompetenzprofil einer Person verbessert und die Qualifizierung gestärkt werden.

Auch wenn man sehr gut qualifiziert ist, heisst das nicht, dass man Arbeit findet, oft fehlen Jobs. Wer initiiert Berufsbildungsprogramme?

Es gibt wohl kaum einen anderen Bereich, der so kontextabhängig ist wie die berufliche Bildung. Daher gibt es kein Modell, das überall passt. So ist es auch sehr unterschiedlich, wer die Initiative ergreift. Es kann ein staatliches Anliegen in einer Hauptstadt sein, oft sind es auch kleine zivilgesellschaftliche oder religiös orientierte Organisationen, die in abgelegenen Orten die Initiative ergreifen, um Qualifikationsmöglichkeiten zu erweitern. Projekte, die das Berufsbildungssystem eines

Landes verbessern sollen, unterscheiden sich stark von Initiativen, die regional in die Arbeitsmarktfähigkeit einer spezifischen Bevölkerungsgruppe investieren.

Allen Projekten ist gemeinsam, dass man von hinten zu denken beginnt: Wo sind die Potentiale, um am Ende Arbeit zu haben und welche Qualifikationen und praktischen Fähigkeiten brauchen die Leute, um effektiv Chancen zu haben, diese Arbeit auch zu kriegen. Gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass nicht jede zusätzliche berufliche Qualifizierung zu einer bezahlten Anstellung führt, sondern die Leute danach sehr oft eine selbständige Beschäftigung aufbauen müssen.

Die Arbeit beginnt mit praktischen Fragen zur Lehrplanentwicklung oder zur Definition sinnvoller Inhalte. Zu oft werden Bildungsinhalte theoretisch definiert, ohne auf die konkreten Gegebenheiten und Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Die zukünftigen ArbeitgeberInnen müssen von Anfang an einbezogen, Selbstbeschäftigungspotentiale analysiert und die jeweiligen Partnerinstitutionen identifiziert werden. Das kann sehr aufwändig sein, wenn die bestehenden Strukturen dem Organisationsbedarf nicht genügen. Handwerkskammern müssen oft erst aufgebaut werden im Sinn von: «Ihr als Schreiner einer Region: Was sind die Qualitäten, die ein Schreiner braucht; nicht nur betriebsintern, sondern etwas weiter gefasst?»

Am Ende geht es immer darum, Einkommen, Arbeit oder Selbstbeschäftigung zu haben, um den Lebensstandard verbessern oder mindestens halten zu können. Wie klärt ihr das Potential für verschiedene soziale Gruppen ab und wo spielt das Geschlecht eine Rolle?

Wir analysieren zuerst das Arbeitsmarktpotential und dann die Profile, die nach einer Ausbildung im Arbeitsmarkt möglichst gute Chancen haben. Erst dann schauen wir, wen wir mit einer Ausbildung möglichst nahe an dieses Wunschprofil heranführen können. Dabei können weitere Kriterien einfließen, die bestimmten sozialen Anforderungen Rechnung tragen. Das Ziel umfasst dann eben auch die Integration von Leuten, die schlechtere Ausgangschancen haben; Geschlecht ist beispielsweise explizites Kriterium. Bei Programmen für klassisch männliche Handwerksberufe erreicht man logischerweise vorwiegend

junge Männer. Das Beispiel des Schreiners habe ich nicht zufällig gewählt, gerade in den Programmen mit handwerklicher Ausrichtung ging die Geschlechterfrage nämlich oft vergessen. Ich habe aber auch erlebt, dass die Teilnahme von Frauen in handwerklichen Ausbildungen ein Tabu aufrüttelt. Abklärungen können auch dazu führen, dass bestimmte Berufsfelder differenziert ausgeschieden oder die Ausbildungsstrukturen angepasst werden, um den Zugang für verschiedene Gruppen leichter zu machen. Dabei sollen nicht nur Männer und Frauen, sondern auch das Alter oder die Lebensphase berücksichtigt werden. Je flexibler das Angebot ist, desto mehr unterschiedliche Leute können es nutzen. So können die Kurse statt tagsüber, wenn die Leute durch ihren Haupterwerb blockiert sind, am Abend angeboten werden, oder saisonal, wenn die Zielgruppen landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen. Das Angebot wird also den jeweiligen Lebenslagen und Möglichkeiten angepasst.

Gerade bei Abendkursen geht oft vergessen, dass erwerbstätige Frauen, die gerne eine Ausbildung absolvieren, noch Hausarbeit und Pflegeaufgaben zu leisten haben. Was hat sich für Frauen besonders bewährt?

Aus Geschlechterperspektive ist klar, die Flexibilisierung ist für Frauen entscheidend. In Bangladesh hält man die Zeiten am frühen Abend für sinnvoll, dennoch stellt sich die Frage, wann die Frauen ihre «normalen» täglichen Arbeiten noch leisten; das Risiko besteht, dass es eine zusätzliche Belastung gibt. Ausbildungen, die Vollzeit sind oder in grosser Distanz stattfinden, kommen für Frauen aber auch für Männer sehr oft nicht in Frage. Ausserdem werden die Ausbildungen oft modular aufgebaut. An einen zweiwöchigen Kurs mit bestimmten Inhalten werden weitere darauf aufbauende Angebote angehängt. So entsteht zusätzliche Flexibilität und ein Angebot, das sich besser mit den Bedürfnissen der Einzelnen in Einklang bringen lässt.

Wie geht Ihr mit der Tatsache um, dass die Berufsfelder stark geschlechtersegregiert sind, nicht nur betreffend Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch was den Lohn betrifft?

In vielen Programmen wird Geschlecht nur statisch erfasst, also wie viele Frauen und Männer an einem Programm teilgenommen haben. Es stellt sich die Frage, ob man sich auf geschlechtsspezifische Berufe konzentriert oder versucht zu durchmischen. Beides ist wichtig. In Ecuador gab es ein ländliches Programm, welches mit klassischen Männerberufen begann und später eine zweisprachige Ausbildung, Spanisch und Quechua, zur Kleinkindererzieherin anbot. Natürlich kann das Rollen zementieren, die Frauen nutzten aber diese Angebote, weil die Möglichkeiten gut waren, damit eine Arbeit zu finden. Die Programme setzen gezielt auf Berufe, von denen angenommen wird, dass sie auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Das sind oft männlich konnotierte Berufssparten. Beispielsweise haben wir in Bangladesh, wo viele Berufe tatsächlich an die Industrie gekoppelt sind, einen richtigen Industriefokus. Trotzdem versuchen die Projekte, möglichst viele junge Frauen auszubilden. Wie gut dann die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind, ist eine andere Frage. Die Segregation geschieht ja auf verschiedenen Stufen: Wer ist überhaupt zu einer Ausbildung zugelassen? Wie reagiert der Arbeitsmarkt? Ist das Geschlecht eine relevante Grösse bei der Selektion der Arbeitskräfte?

Wer hat diesen industriellen Blick?

In Bangladesh haben Männer ein beeindruckendes Projekt aufgebaut, das im Gegensatz zu vielen ländlichen Qualifizierungsprogrammen die Unterprivilegierten im urbanen Raum anspricht. Mit diesem «Underprivileged Children Education Project UCEP» folgten sie der Logik, dass das Arbeitsmarktpotential dort im industriellen Bereich am grössten ist. Die Frage stellt sich dann, welche Industrien überhaupt qualifizierte Arbeitskräfte suchen. In Bangladesh ist die billige Produktion – wenn man so will – ein Marktvorteil in der Textilindustrie. Das Interesse an qualifizierten Leuten ist nicht gross, da diese für die Fließbandarbeit nicht nötig sind. Weitere Qualifikationen sind nicht gefragt und bringen am Fließband auch kein höheres Einkommen. Erst eine höhere

Qualifizierung im technischen oder im betriebswirtschaftlichen Bereich würde effektiv auch zu höheren Einkommen führen. Bezeichnenderweise sind es meistens Frauen, die genau in diesen unqualifizierten Berufsfeldern, vor allem in der Textilindustrie arbeiten. Unterdessen sind allerdings auch viele Männer in unqualifizierten Märkten zu finden. Es ist jedoch offensichtlich: je weiter oben, desto weniger Frauen.

Arbeitet die DEZA auch auf der Makroebene, da also, wo sich die Arbeitsmärkte entwickeln und nimmt sie Einfluss auf Entscheide, in welche Berufsbildung vor allem investiert wird? Gibt es Situationen, wo die Dringlichkeit Leute im Gesundheitsbereich auszubilden, vielleicht über die Ausbildungen in der profitorientierten verarbeitenden Industrie gestellt wird?

Oft hören wir den Vorwurf, dass wir zu stark auf Armutsbekämpfung in ländlichen Gebieten fokussieren und zu wenig auf produktive Sektoren, welche die Wirtschaft eines Landes weiterentwickeln würden. Gleichzeitig gibt es einen Anspruch, dass Bildungsprojekte auch soziale Kompetenzen fördern und ihre Ziele Mitbestimmung und Einflussnahme sein sollen. Die Spannweite, in welcher Bildungsprojekte umgesetzt werden, ist riesig und die Ansprüche reichen von rein industriellen, makroökonomischen bis zu gesellschaftlichen Zielen der Gleichberechtigung, die eher aus einem Bildungsideal herkommen.

In den Berufsfeldern von Gesundheitswesen und Pädagogik ist die DEZA relativ wenig vertreten. Der Gesundheitsbereich ist in vielen Ländern nicht als Ausbildungsbereich konzipiert und die entsprechenden Tätigkeitsbereiche werden nicht nach staat-

Diese Dienstleistungssektoren, wo oft <typisch weibliche> Arbeit verrichtet wird, müssten staatlich finanziert werden. Doch oft ist in den öffentlichen Budgets dafür zu wenig vorgesehen und die Arbeit wird dann freiwillig und unbezahlt verrichtet, weil sie ja verrichtet werden muss.

lichen Vorgaben professionalisiert. Vielmehr geht man davon aus, dass es sich um klassische Pflegearbeit handelt, welche die Frauen ohnehin leisten. Die DEZA fokussiert oft auf die Qualifizierung im nicht-formellen Bereich und versucht so, ihren Beitrag zur besseren Integration Armer zu leisten. Unser Beitrag im politischen Dialog konzentriert sich deshalb eher darauf, auch für diese unkonventionellen Angebote Zertifizierungen zu erhalten, die den AbsolventInnen weitere Ausbildungsschritte ermöglichen.

Welche Rolle spielt die Wirtschaftlichkeit eines Sektors bei der Wahl bestimmter Berufsbildungsbereiche? Trifft es zu, dass Sektoren, die aufgrund ihrer Ausrichtung auf personenbezogene Dienstleistungen als wenig rentabel gelten und darum herausfallen?

Diese Dienstleistungssektoren, wo oft «typisch weibliche» Arbeit verrichtet wird, müssten staatlich finanziert werden. Doch oft ist in den öffentlichen Budgets dafür zu wenig vorgesehen und die Arbeit wird dann freiwillig und unbezahlt verrichtet, weil sie ja verrichtet werden muss. Es ist also eine Frage der Finanzierung die weit über die Berufsbildung hinausgeht. Unser thematischer Fokus heisst «Arbeit und Einkommen», deshalb muss für die Leute nach ihrer Ausbildung ein verbessertes Einkommen Ziel sein. Das kann auf verschiedenste Weise geschehen und muss nicht gezwungenermassen mit Arbeit in der Privatwirtschaft verbunden sein. Allerdings können wir mit einem Berufsbildungsprogramm weder die öffentlichen Ausgaben noch die Ressourcenverteilung in einem Land grundsätzlich ändern.

Die DEZA könnte gerade andersrum gehen, nämlich nicht da intervenieren, wo Marktinteressen besonders gross sind, sondern da, wo die Voraussetzungen für einen guten Lebensstandard geschaffen werden, auch wenn diese Sektoren auf den ersten Blick als unrentabel gelten: Gesundheit, Bildung, Alterspflege.

Ausbildung im Gesundheitswesen ist heute stärker im Fokus, auch im Zusammenhang mit Migration. Die Staaten des Südens investieren heute mehr in die Gesundheitsausbildung, weil sie damit rechnen, dass so die Möglichkeiten steigen, qualifizierte Arbeit im Norden zu finden und einen Mehrwert in Form von Rücküberweisungen zu bringen. So lässt sich auch Gesundheitsausbildung ökonomisieren.

Gehen wir zurück zum eigentlichen Thema, nämlich der Armutsrelevanz von Berufsbildung, und wir stellen fest, dass klassische Projekte in ländlichen Gegenden eine grosse Zahl Frauen zu Schneiderinnen und Coiffeusen ausbilden, die Männer zu Mechanikern oder Schreibern. Wo bleibt die Wirkung, wenn alle das Gleiche können? Oder macht man das heute nicht mehr so?

Man macht es zum Teil immer noch so, aber das Bewusstsein, dass da wirklich ein Problem liegt, wächst. Nehmen wir ein klassisches Projekt, das Handwerker ausbildet. Die guten Resultate führten dazu, dass sogar eine Lehre für die Jungen angeboten wurde. So kam es, dass die erste Generation Handwerker ihre eigenen Konkurrenten ausbildeten. Sie haben sich dann natürlich aus dem Projekt zurückgezogen: «Warum soll ich das tun?» Ursprung solcher Projekte ist die Annahme, dass man diesen armen Leuten etwas bieten muss, ohne genau zu analysieren, was der Mehrwert ist, wenn sie die Ausbildung einmal haben. In Bangladesh gibt es beispielsweise Programme, die tausende von Schneiderinnen ausbilden – den armen Frauen muss ja auch geholfen werden – ein Nebeneffekt von Gender Mainstreaming vielleicht? Die einen arbeiten dann für ihr kleines Dorf; anderen soll der Zugang zu regionalen Märkten vermittelt werden, damit sie dort ihre Produkte verkaufen können. Das funktioniert eben nicht. Man ist aber davon abgekommen und investiert jetzt in Kurse für landwirtschaftliche Techniken, also nicht Berufe im eigentlichen Sinn. Wir versuchen also, mit unterschiedlichen Aktivitäten möglichst viele Felder abzudecken, mit Dienstleistungen als Elemente einer Value Chain oder für Finanzen, Beratung und Berufsbildung. Wir konzentrieren uns also nicht einfach auf eine Berufsausbildung. Es braucht allgemeine Qualifikationen, wo es keine Rolle spielt, dass viele Leute im Selben ausgebildet werden. Dann gibt es fach- und berufsspezifische Qualitäten, die dann spezifisch angeboten werden. Auf beiden Ebenen spielt die Gender-Frage eine Rolle, zum Beispiel in der Art, wie das Allgemeinwissen vermittelt wird.

In Bangladesh gibt es beispielsweise Programme, die tausende von Schneiderinnen ausbilden – den armen Frauen muss ja auch geholfen werden – ein Nebeneffekt von Gender Mainstreaming vielleicht?

Gibt es Indikatoren, um die Armutsrelevanz aufzuzeigen – dies auch noch geschlechterspezifisch?

Die Frage der Messbarkeit ist zentral. Was kann gemessen werden? Die Anzahl Leute, die nach einer Ausbildung eine Arbeit finden, sagt noch wenig aus über die Armutsrelevanz, denn man weiss nichts über die Qualität der Arbeit oder über das Einkommen. Es braucht einen vergleichenden Indikator betreffend Einkommen vor und nach einer Ausbildung, um etwas über Armutsreduktion sagen zu können. Die Einkommensentwicklung ist sicher aussagekräftiger. Enorm schwierig ist es, die berufliche Mobilität der Leute zu verfolgen. Man geht einfach davon aus, dass die Mobilitätschancen mit steigender Qualifikation wachsen. Dennoch ist es langfristig schwierig, Erfolg nachzuweisen. Natürlich ist auch die Schwankung des Arbeitsmarktes massgebend, nicht nur das Projekt selber. Trotzdem sollte man genauer hinschauen, auch wenn es extrem schwierig ist, die Leute nach zwei, drei Jahren wieder zu finden. Zum Beispiel mit *tracer studies*, wo man versucht, mit Fragebögen soziale Mobilität oder Stellungen innerhalb von Familien herauszufiltern.

Werden solche Projekte breiter beobachtet, um feststellen zu können, wie sich das Wohlbefinden der Frauen und Männer entwickelt? Frauen erhalten eine Ausbildung, wie geht es dann den Männern und umgekehrt. Ist das für Sie überhaupt eine relevante Frage?

Die Frage nach den Lebensumständen und den Veränderungen ist wichtig. Wie aussagekräftig ist dafür aber die berufliche Bildung? Sie ist doch ziemlich weit weg und der direkte Einfluss nicht klar ersichtlich. Dennoch braucht es eine Reflexion, wie die Ausbildung die Situation der Frauen und Männer und ebenso Hierarchien verändert, und was man wie messen kann. Wichtig sind in dieser Hinsicht sicher die Arbeitsbedingungen, und hier gibt es Standards der ILO (*decent work*), die befolgt werden sollten. Wir würden nie Ausbildungen finanzieren, wo man die Relevanz dieser Standards nicht anerkennt. Oft ist es auch so, dass besser qualifizierte ArbeitnehmerInnen mehr Möglichkeiten haben, klare Forderungen an die ArbeitgeberInnen zu stellen. Ich glaube, dass bessere Qualifizierung nicht nur höheres

Einkommen bedeutet, sondern zu mehr Bewusstsein über die eigene Stellung im wirtschaftlichen Gewebe führt, und dass man sich besser artikulieren kann. Auch hier zeigt sich, dass nicht nur die Fachqualifikationen, sondern ebenso Sozialkompetenz und Allgemeinbildung wichtig sind als emanzipatorische Aspekte eines Programms. In der klassischen Berufsbildung, wo es um Fachqualifikationen geht, bleibt dieser Aspekt der Rechte der ArbeitnehmerInnen leider oft im Hintergrund.

Gibt es Programme, wo Rechte der Frauen als Arbeitnehmerinnen explizit mitdiskutiert werden?

Ja das gibt es. In Bangladesh z.B. gibt es Programme, die Frauenrechte aktiv thematisieren. Die Kursteilnehmerinnen lernen beispielsweise, dass ihre Teilnahme auch einen gesellschaftlichen Auftrag mit sich bringt. Mit andern Worten, sie lernen nicht nur für sich, sondern geben das Gelernte an die eigene Gemeinde weiter und bringen emanzipatorische Themen wie Sexualaufklärung, Diskussions- und Entscheidungsstrukturen innerhalb der Familie, Verfügbarkeit über Einkommen und anderes auf den Tisch.

Gut ausgebildet aber nicht nachgefragt

Frauen in der Berufsbildung in Nepal

ECKDATEN

PROJEKTITEL	Employment Fund Nepal
VERANTWORTLICH	Helvetas Swiss Intercooperation
PARTNERINNEN	über 30 private Aus- und Weiterbildungsanbieter sowie staatliche Organisationen (Entwicklung von standardisierten Curricula)
PROJEKTDAUER	2007–2013
FINANZIERUNG	DEZA, UKAid (Department for International Development, DFID) und Weltbank

Frauen in Nepal: sozial, aber nicht ökonomisch ermächtigt

Ausgelöst durch die demokratischen Bewegungen entfachte sich in Nepal der 1990er Jahre ein breiter Dialog über den sozialen, politischen und ökonomischen Einbezug von Frauen und die tradierten, geschlechtersegregierten Strukturen wurden erstmals öffentlich in Frage gestellt. Auf Druck der Zivilgesellschaft machte die Regierung denn auch Schritte in Richtung soziale und ökonomische Besserstellung von Frauen und von indigenen Gruppen; so wurde auf politischer Ebene beispielsweise eine Frauenquote von einem Drittel im Parlament eingerichtet. Die hohen Hoffnungen in Bezug auf Veränderungen der Geschlechterverhältnisse wurden jedoch bisher nicht erfüllt. Der Blick auf die Armutsstruktur zeigt, dass Geschlecht neben Ethnizität und Herkunft ein signifikanter Faktor ist. In ökonomischer, sozialer, politischer und rechtlicher Hinsicht sind die Frauen im Schnitt schlechter gestellt als die Männer. Frauen auf dem Land arbeiten mehr Stunden am Tag, aber sie erhalten bis zu 50% weniger Lohn, haben wenig Kontrolle über Besitz und Einkommen und innerhalb ihres Haushaltes sehr selten die Entscheidungsmacht. Zwei von drei nepalesischen Frauen sind Analphabetinnen, 65% aller Mädchen verlassen die Schule nach der 5. Klasse oder sogar früher. Dies steht in direktem Zusammenhang zum hohen Anteil von jungen Frauen im schlecht bezahlten informellen Sektor und zu den Kinderheiraten, die in abgelegenen Gegenden nach wie vor verbreitet sind. Fast 80% aller Frauen in Nepal sind mit 20 Jahren verheiratet, 90% von ihnen bekommen ihr erstes Kind vor dem 25. Lebensjahr. Überproportional viele Frauen arbeiten in der Landwirtschaft (82%), überdies ist der Anteil von Haushalten mit weiblichen Vorständen sehr hoch, da viele Männer auf der Suche nach einer Erwerbsarbeit migriert sind. Obwohl inzwischen 43% aller Unter-

nehmen von Frauen geführt werden, verdienen die Unternehmerinnen weniger als ihre männlichen Kollegen, zudem müssen sie gegen kulturelle Hindernisse und gesetzliche und administrative Barrieren ankämpfen.

Zugang zum Arbeitsmarkt dank zusätzlicher Qualifikation

Basierend auf früheren erfolgreich umgesetzten Berufsbildungsprojekten mit dem Privatsektor, haben DEZA und Helvetas 2007 den Employment Fund (EF) in Nepal initiiert. Ziel des EF ist es, für jährlich 14 000 arme und diskriminierte SchulabgängerInnen (über 50% Frauen) im Alter von 16-35 Jahren Zusatzqualifikationen zu vermitteln und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt oder zur selbständigen Erwerbsarbeit zu erleichtern. Das Projekt wird von über 30 PartnerInnen (Berufsbildungsdienstleistende aus dem Privatsektor) getragen.

Hauptergebnis des Projektes ist die verbesserte Vermittelbarkeit der Training-AbsolventInnen: 80% der ausgebildeten Jugendlichen haben innerhalb von 6 Monaten nach dem Training eine Anstellung mit einem im Voraus definierten Minimum-Einkommen gefunden. Kernelemente des Projektansatzes sind die resultatorientierte Bezahlung der Dienstleistungen der PartnerInnen und die starke Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt. Die Zielgruppe sind Jugendliche aus armen Verhältnissen; insbesondere Frauen und diskriminierte Kasten und Ethnien.

Zielsetzungen und Realitäten in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse

30 000 Personen haben in den vier Jahren dank EF eine Berufsbildung erhalten und mindestens 80% von ihnen haben im Anschluss daran eine gewinnbringende Anstellung gefunden. Tausende von jungen Frauen konnten sich in den Arbeitsmarkt integrieren und eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit erlangen. Die Integration von Frauen in die Trainings, eines der Hauptziele des Projektes, stellt eine besondere Herausforderung dar, denn kulturelle Barrieren versperren vielen den Zugang zu den Berufsbildungskursen: Gemäss den tradierten Rollenzuschreibungen steht es Frauen nicht zu, ausserhalb

* Siroco Messerli ist Team Leader Employment Fund Secretariat/ Helvetas Swiss Intercooperation

des Hauses zu arbeiten, und wenn, dann höchstens in frauendominierten Bereichen. Die Widerstände gegen die Erwerbsarbeit in für Frauen noch ungewöhnlichen Berufen (wie zum Beispiel Schreinerin oder Taxifahrerin) waren anfangs sehr hoch, auch bei den Frauen selber. Abgebaut werden konnten sie u.a. dank der Kooperation mit diversen Frauenorganisationen, aber auch der Verbreitung von «Erfolgsgeschichten» von Frauen durch den EF.

Ungünstig erweist sich zudem die Vorgabe der GeldgeberInnen, eine Projektkomponente insbesondere auf junge Frauen im Alter von 16 bis 24 Jahre auszurichten, da die meisten Nepalesinnen genau in diesem Alter heiraten und Kinder bekommen, also kaum Zeit für eine Ausbildung aufbringen. Deshalb werden die Berufsbildungskurse überwiegend von Frauen zwischen 30 und 35 Jahren besucht; idealerweise sollte eine Ausweitung der Altersobergrenze auf 40 Jahre ins Auge gefasst werden. Desweiteren ist zu berücksichtigen, dass Mütter die Kurse nur zu einer bestimmten Tageszeit besuchen können und die täglichen Trainingseinheiten nicht zu lang sein dürfen.

Für jene Frauen, die die EF-Ausbildungen absolviert hatten, erwies sich die Integration auf dem Arbeitsmarkt als schwieriger als für Männer – auch dies die Folge stereotyper Vorstellungen von Weiblichkeit. Beinahe unmöglich ist es verheirateten Frauen, ihr eigenes Unternehmen zu gründen, es sei denn, in einem typisch weiblichen Bereich wie Schneiderin, Kosmetikerin oder Stickerin, welche wiederum mit einem tiefen Einkommen verbunden sind. Von den zehn Berufen mit den höchsten Einkommen werden nur gerade zwei typischerweise von Frauen gewählt, die acht restlichen werden ausschliesslich von Männern ausgeübt. Die von den Frauen gewählten Berufe (wie z.B. die Backstein- oder Kleiderproduktion) eröffnen weniger Karrieremöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen entsprechen selten den Standards der ILO. Zudem sind Frauen in einigen Erwerbszweigen Ausbeutung und sexueller Gewalt ausgesetzt, insbesondere in der Migration (z.B. Haushälterinnen im Mittleren Osten).

Die Bezahlung des Trainings an die PartnerInnen erfolgt, wie bereits erwähnt, erst nach dessen Abschluss, und nur falls die AbsolventInnen das vordefinierte Minimaleinkommen erzielen. Das führt dazu, dass gewisse PartnerInnen bei der Auswahl von Frauen zögerten, weil ihnen bewusst war, dass

Zentral sind geschlechterbasierte Vorstellungen und Vorurteile, die dem ökonomischen Empowerment von Frauen nach wie vor im Wege stehen.

Frauen sehr oft Teilzeit arbeiten (müssen) – und daher ein geringeres Einkommen generieren – was zu einem tieferen Gewinn für die PartnerInnen führt. In der Evaluation des Projektes zeigt sich auch, dass die Erwerbsarbeit hohes Selbstvertrauen erfordert, welches Frauen oft fehlt. Deshalb wird gegenwärtig mehr Zeit und Effort aufgewendet, um die Teilnehmerinnen in Fähigkeiten wie Kommunikation, Gender-Bewusstsein, Kenntnisse über Arbeitsrecht etc. zu bilden.

Aus Gesprächen mit UnternehmerInnen und PartnerInnen konnte eruiert werden, dass die Hauptgründe für die Arbeitgebenden, eine Frau anzustellen, insbesondere sind, dass diese für geringere Löhne arbeiten (20–30% weniger als Männer), sich weniger in Gewerkschaften und Arbeitsprotesten organisieren, disziplinierter und genauer arbeiten, weniger Absenzen zeigen und die ihnen übertragenen Aufgaben schneller ausführen.

In bestimmten Heimarbeitsbranchen mit Stückverträgen, z.B. Kleiderproduktion, sind ausschliesslich Frauen beschäftigt. Für Frauen hat dies den Vorteil, dass sie Care- mit Erwerbsarbeit verbinden können. Für die Arbeitgeber aber hat dies zusätzlich den Vorteil, dass die Frauen sich nicht an den betrieblichen Diskussionen um Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen etc. beteiligen können. Was also auf den ersten Blick als Empowerment aussieht, kann zu problematischen Abhängigkeitsverhältnissen führen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass soziokulturelle Normen und die Realität auf dem Arbeitsmarkt grosse Herausforderungen für den Employment Fund darstellen – ganz zentral sind dabei geschlechterbasierte Vorstellungen und Vorurteile, die dem ökonomischen Empowerment von Frauen nach wie vor im Wege stehen.

Über die traditionelle weibliche Berufswahl hinaus

Frauen in der Berufsbildung in Kosovo

ECKDATEN

PROJEKTITEL	Women Business Development Project (WBDP)
VERANTWORTLICH	Swisscontact, Schweizerische Stiftung für technische Entwicklungszusammenarbeit
PARTNERINNEN	15 Business Dienstleistungsanbieter (NGOs, private Firmen, Konsulenten, Sekundarschulen und individuelle Auszubildende) Arbeitsämter, Privatbetriebe, Finanzinstitutionen und diverse Abteilungen in den öffentlichen Gemeindeverwaltungen Medien (Print, TV und Radio), Gewerbeverbände
PROJEKTDAUER	2001 – 2008
FINANZIERUNG	DEZA

Swisscontact implementierte von 2001 bis 2008 im Auftrag der DEZA das «Women Business Development Project» in der Dukagjini-Region in Kosovo. Hauptziel des Projektes war die wirtschaftliche Ermächtigung (Empowerment) von Frauen und Zugang zu Einkommen und Beschäftigung.

Der Kontext

Das Projekt begann in der äusserst schwierigen Postkonflikt-Situation, die hauptsächlich durch die sehr hohe Arbeitslosigkeit von rund 45% (davon 70% Frauen und fast 80% aller Jugendlichen) geprägt war. Dabei waren 90% aller Arbeitslosen bereits seit über einem Jahr arbeitslos, zwei Drittel aller gemeldeten Arbeitslosen waren ungelernt. Die Dukagjini-Region war besonders von der hohen Arbeitslosenquote betroffen, weshalb dieser Projektstandort gewählt wurde.

Das Wachstum des Privatsektors hing bei Projektbeginn von wenigen und wenig produktiven Betrieben ab, was die hohe Abhängigkeit von internationalen Entwicklungsgeldern verstärkte. Die meisten Geschäftsaktivitäten beschränkten sich auf kleine Handelsbetriebe und nur 10% der Betriebe waren im Landwirtschaft- und Industriesektor bzw. 7% im Bausektor. Obwohl gemäss der kosovarischen Gesetzgebung Frauen gleiche Rechte wie Männer in allen Lebensbereichen haben, sind Frauen in Kosovo nach wie vor klar benachteiligt. So brachen im Jahr 2008 Mädchen zum Beispiel die Schule ohne Abschluss weit häufiger ab als Knaben, was in ländlichen Gebieten zu einer Analphabetenquote bei Frauen von 10% im Vergleich zu Männern von 2% führte. Auch was Beschäftigungschancen anbelangt, sind Frauen mit

einem Drittel weit unterrepräsentiert. Nur 6% aller eingetragenen Unternehmen waren im Jahr 2008 in Frauenhänden. Aber auch in der Politik- und Medienlandschaft sind Frauen marginalisiert, insbesondere auf dem Land. Demgegenüber sind nach dem Krieg in zahlreichen kosovarischen Familien Frauen (vorwiegend Witwen) die einzigen Ernährerinnen für die Familie und damit gezwungen, eine berufliche Fähigkeit zu erwerben und damit wirtschaftlich aktiv zu werden. Dafür brauchen sie Unterstützung und gezielte und spezifische Ermutigung nicht nur, was ihr Selbstbewusstsein und ihr Empowerment anbelangt, sondern auch in Bezug auf den Einstieg in wachstumsorientierte, dynamische Wirtschaftssektoren und Berufszweige.

Das Projekt (2001 – 2008)

Das Projekt, das sich ausschliesslich an Frauen richtete, bestand aus verschiedenen, zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmten Komponenten:

- Vergabe und Vermittlung von Kleinkrediten für Kleinunternehmerinnen (hauptsächlich Neugründungen von Betrieben);
- Vergabe von Kleindarlehen bis max. 1000 Euro für PR- und Werbemassnahmen der neu gegründeten Betriebe;
- Unterstützung von lokalen Dienstleistungsanbietenden in Entwicklung und Angebot von auf die speziellen Bedürfnisse von Frauen massgeschneiderten Business Services und Weiterbildungskursen;
- Angebot von arbeitsmarktorientierten Kurzausbildungen für Frauen in Zusammenarbeit mit lokalen Ausbildungs- und Beratungsinstitutionen sowie lokalen Betrieben für Praktika;
- Kampagnen und diverse Massnahmen zur allgemeinen Bewusstseinsbildung;
- Medienarbeit.

Bei den Kurzkursen, die im Schnitt 3 bis 4 Monate dauerten und zusätzlich ein einmonatiges Praktikum in einer lokalen Firma oder Institution beinhalteten, war das Resultat per Ende 2008, dass von 500 ausgebildeten Frauen insgesamt fast die Hälfte eine Anstellung finden konnte. Das war nicht zuletzt der sorgfältigen Marktanalyse bei der Wahl der Berufszweige sowie des Einbezugs potentieller ArbeitgeberInnen bei der Vorbereitung und Durchführung der Kurse zu verdanken. Die Kurse und Praktika wurden unter

* Ulrike Gminder, Swisscontact, ist Leiterin Kommunikation und ehemalige Projektleiterin des Women Business Development Projektes in Kosovo

Flankierende Massnahmen wie Messen, Wettbewerbe, Fernseh- und Radiosendungen und die intensive Medienarbeit waren wichtige Faktoren, um die Rolle der Frau in der kosovarischen Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

anderem in folgenden teilweise auch über die traditionelle Berufswahl von Frauen hinausgehenden Bereichen angeboten: Anwaltsassistentin, Zollassistentin, Familienmedizin/Krankenschwesterassistentin, Versicherungsassistentin, Grafisches Design, Journalismus, Buchhaltungsassistentin und allgemeine Administrationsassistentin.

Die Ergebnisse

Um hauptsächlich jungen Frauen den Weg in eine Beschäftigung zu ebneten, wurde der Schwerpunkt auf sehr praxisorientierte, damals noch neue und relativ unbekanntere Berufszweige, die über die traditionelle Berufswahl (Friseurin, Schneiderin, Krankenschwester etc.) hinausgingen, gesetzt. Die Teilnehmerinnen mussten eine kleine Gebühr bezahlen, Vorbildung und Berufserfahrung waren wichtige Kriterien bei der Auswahl. Der Erfolg war für die Frauen denn auch beträchtlich: Während vor Projektbeginn fast 60% der am Projekt beteiligten Frauen ein Einkommen von weniger als 100 Euro hatten, waren es bei Projektende nur noch 30%. Zudem stieg der Anteil von Frauen mit einem Einkommen von 101 bis 300 Euro von 20% auf fast 40%, eine nennenswerte Verbesserung.

So wurden zum Beispiel nach einem 3-monatigen Kurs für Administrationsassistenten die Lernenden in einen lokalen Betrieb für ein 1-monatiges Praktikum vermittelt. Hierfür wurden schriftliche Vereinbarungen mit den Unternehmen getroffen, in denen Lernziele und Arbeitsbeschreibungen festgelegt wurden. Widerstände gegen die jungen Frauen waren nicht zu erkennen; jedoch war es allgemein schwierig, Betriebe zu finden, die überhaupt ein Praktikum anbieten. Nur schrittweise konnte den Unternehmen vermittelt werden, dass auch sie eine Verantwortung für die Ausbildung von jungen Menschen tragen.

Dank begleitender Veranstaltungen wie Verkaufsmessen für Unternehmerinnen, bei denen sie die Gelegenheit hatten, ihre Produkte und Dienstleistungen zu präsentieren, sowie Wettbewerbe wie «Best Businesswoman of the Year» oder «Best Journalist of the Year», jeweils unter hoher Medienpräsenz, stieg das Selbstbewusstsein der Frauen in all den Jahren beträchtlich. Auch regelmässige Fernseh- und Radiosendungen mit Unternehmerinnen bzw. berufstätigen Frauen halfen, das enorme Potential von

Frauen im Geschäftsleben und eben auch ihre Erfolge in der Gesellschaft allgemein bekannt zu machen. Die Frauen können als Geschäftsfrauen oder Angestellte ihre Rolle in ihrem familiären wie auch beruflichen Umfeld stärken und werden ernst genommen. Dies führt hoffentlich letztlich dazu, dass Frauen in der Arbeitswelt, aber auch in Politik und Öffentlichkeit, Verhandlungsmacht erwerben.

Fazit

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass Frauen tatsächlich einen Mehrwert von einem Projekt haben, ist sicherlich, dass Frauen einerseits verantwortungsvolle Funktionen im Projektmanagement innehaben und andererseits, dass sie von Anfang an in die Projektplanung einbezogen sind. Beides war in Kosovo der Fall.

Was das erfolgreiche *job placement* von Frauen anbelangt, so waren die einmonatigen Praktika in lokalen Betrieben eine gute Chance, sich im konkreten Arbeitsumfeld zu behaupten bzw. überhaupt erste Berufserfahrungen zu gewinnen. Damit gelang es auch, die lokalen Betriebe als Anbietende von PraktikantInnenplätzen in die Verantwortung und Pflicht zu nehmen. Ebenso wurden die Arbeitgebenden von Anfang an bei der Konzipierung der Kurse direkt einbezogen. Damit konnte gewährleistet werden, dass die Kursinhalte den spezifischen Bedürfnissen und Erwartungen potentieller ArbeitgeberInnen entsprachen.

Schliesslich waren flankierende Massnahmen wie Messen, Wettbewerbe, Fernseh- und Radiosendungen und die intensive Medienarbeit wichtige Faktoren, um die Rolle der Frau in der kosovarischen Gesellschaft nachhaltig zu stärken. Die Frauen werden auch in Zukunft in der Entwicklung einer starken kosovarischen Wirtschaft und Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen.

«*The thing women have yet to learn is nobody gives you power. You just take it.*» (Roseanne Barr)



Die Professionalisierung weiblicher Berufsfelder fördern

Fazit

Interventionen im Bereich der Berufsbildung sind zur Überwindung von Armut zentral, dennoch bringen sie nicht automatisch mehr Gleichberechtigung für die Frauen, auch dann nicht, wenn diese mit besonderen Massnahmen gefördert werden. Der Arbeitsmarkt ist geschlechtersegregiert und in der Regel entsprechen die Bereiche, in welchen Männer Arbeit finden, auch denjenigen Produktionszweigen, die mehr Rentabilität, Wachstum und Wirtschaftsförderung versprechen. Tätigkeiten in weiblich konnotierten Bereichen (Gesundheit, Bildung, Soziales) sind kaum gewinnversprechend, kostenintensiv und werden, wie Simon Junker im Interview betonte, unter Spardruck oder verschriebenen Strukturanpassungsmassnahmen gerne dem unbezahlten Privatbereich zugewiesen und verlieren so die Professionalisierungswürdigkeit. «Frauen tun es ja ohnehin», heisst es, und sie tun es unbezahlt und ohne Ausbil-

dung. Die Berufsbildung in diesen Bereichen von Care hat folglich einen schweren Stand: In der Regel werden Frauen entweder in Männer dominierten Bereichen ausgebildet, wo sie mit grosser Wahrscheinlichkeit – wie das Beispiel aus Nepal zeigt – unter schlechten Bedingungen arbeiten, wenn sie denn überhaupt Arbeit finden. Oder für bereits über-sättigte oder wenig rentable Dienstleistungsbranchen, zum Beispiel als Näherinnen oder Coiffeusen, wie die Erfahrungen aus Bangladesh oder Kosovo zeigen. In Kosovo wurden neue Berufszweige erschlossen, die noch relativ wenig stereotypisiert und für Frauen deshalb auch leichter zugänglich sind. Allerdings setzt dies voraus, dass sich der Arbeitsmarkt in diesen Bereichen entwickelt, sei es durch private Investoren oder aber durch staatliche oder internationale Leistungen.

Die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt wird von unterschiedlichen Faktoren bestimmt. Es braucht daher über die reine Marktanalyse hinausgehende holistische Studien, die Licht in die Verknüpfungen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Aspekte auf allen Ebenen bringen. Es reicht nicht aus, das Wissen der Frauen mit Bildungsoffensiven zu erweitern und deren Fähigkeiten zu stärken, wenn Geschlechtersegregation in den entsprechenden Berufsfeldern ihre Diskriminierung festschreibt. Geschlechtergerechte Berufsbildung bedeutet auch eine Neubewertung derjenigen Tätigkeiten, die nicht in erster Linie nach einer Rentabilitätslogik funktionieren, sondern das Wohlbefinden der Menschen sicherstellen. Es braucht volkswirtschaftliche und politische Interventionen, um gleichstellungsrelevante Strukturänderungen anzustossen und geschlechterspezifische Lohnunterschiede zu vermindern, besonders da, wo Care professionell und bezahlt geleistet wird. Wenn die Berufsbildung zu mehr Gleichberechtigung führen soll, müssen neben der erhöhten Teilnahme von Frauen in Bildungsprojekten auch die Geschlechterasymmetrien in der Lohnstruktur und im Arbeits- und Berufsbildungssektor angegangen werden. EZ-Interventionen sollen also auf verschiedenen Ebenen die Gender-Thematik aufgreifen: Im Mikrobereich, um sicherzustellen, dass die Angebote Frauen ebenso offen stehen wie Männern und auf der makroökonomischen Ebene, um die Auswirkungen der Finanzflüsse auf die Geschlechtersegregation in der Berufsbildung, im Arbeitsmarkt und bei der Lohnfrage anzugehen.

Geschlechtergerechte Berufsbildung bedeutet auch eine Neubewertung derjenigen Tätigkeiten, die nicht in erster Linie nach einer Rentabilitätslogik funktionieren, sondern das Wohlbefinden der Menschen sicherstellen.

«Als Hausangestellte verdiente ich mehr, als wenn ich Lehrerin geblieben wäre.»

Ihre Arbeit erscheint weder in den nationalen Bilanzen, noch ist sie in den Statistiken als Arbeitssektor erfasst. Was die Hausfrau macht, gilt, obwohl es unverzichtbar ist, als undankbare Arbeit, die wenig Anerkennung erhält. Nicht nur von den Familienmitgliedern, die davon profitieren, sondern auch von den Frauen selbst, die als Hausfrauen ihrer Pflicht nachgehen, wird sie kaum als richtige Arbeit geschätzt.

«Ich arbeite nicht, ich bin Hausfrau», sagt Migdalia García, eine 68jährige Havanera, Mutter von zwei Töchtern und Grossmutter von drei Schulbuben.

García schätzt die vielen Verpflichtungen und Aufgaben, die sie, fast ihr ganzes Leben lang, in ihrem Haus erfüllt hat, gering ein. «Für mich ist dies nichts Ausserordentliches. Es ist das, was ich schon immer gemacht habe, seit ich verheiratet und aus meinem Elternhaus ausgezogen bin», fügt sie hinzu.

Migdalia García gehört zur Gruppe jener Frauen, die weder einen Lohn erhalten noch von Arbeitsrechten profitieren, obwohl sie ihre gesamte, knapp bemessene Zeit der Hausarbeit und dem Familienleben widmen.

Sie erhalten weder einen Gehalt, noch haben sie je Ferien, und sie sind Spezialistinnen darin, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun, damit die Stunden mehr hergeben in den unendlichen Arbeitsschichten, die sich vom einen zum andern Tag immer wiederholen. Würde man ihre Arbeiten in ein formelles Arbeitsverhältnis überführen, so wäre klar, dass sie die Arbeitslast von mehreren Personen tragen.

«Mein Ehemann arbeitete immer und ich kümmerte mich um alles im Haus. Ausserdem half ich meinen zwei Töchtern, damit sie studieren und arbeiten konnten: Eine ist Kinderärztin, die andere liess sich zur Lehrerin ausbilden», berichtet Migdalia.

Auch wenn ihre Töchter sie drängen, sich mehr auszuruhen und sich weniger um die Hausarbeiten zu kümmern, übernimmt sie dennoch den Grossteil der anfallenden Arbeiten: Sie besucht am Morgen früh den Markt,

bereitet das Essen zu und kümmert sich «ein wenig» um die Reinigung des Hauses, wie sie kommentiert. Ausserdem flickt sie die Wäsche, näht hier und da einen Knopf an oder näht einen Riss, räumt auf und macht am Morgen die Betten.

«Normalerweise wird diese Arbeit gar nicht wahrgenommen. Nicht nur von der Familie, sondern von den Frauen selbst, weil es sich um eine Art kulturelle und soziale Vorlagen handelt, die von Frauen und Männern unterschiedlich aufgenommen und interpretiert werden», erläutert die Anthropologin Leticia Artiles von SEMLAC, die gegenwärtig die Ko-Koordination der Asociación Latinoamericana de Medicina Social (ALAMES) innehat.

Diese reproduktive Rolle, einschliesslich aller häuslichen Arbeiten zur Wahrung der Gesundheit, der Zubereitung der Mahlzeiten, der Bildung, der Reinigungsarbeiten sowie andere mehr, «...erhält nur dann einen Wert, wenn die selbe Frau sie an einem andern Ort ausführt», ergänzt die Fachfrau, die auch als Professorin an der Medizinischen Schule von Havanna arbeitet.

Einige Berechnungen der Spezialistin schätzen den Wert der Hausarbeit in der Gesamtrechnung und machen so die ökonomische Investition, welche die Hausarbeit bedeutet, sichtbar. Mit andern Worten, mir ihrer Berechnung der effektiven Kosten übersetzt sie den Gebrauchswert der Hausarbeit in den Tauschwert. Zum Beispiel kostet ein Essen mit Reis, Salat, Kohlenhydraten und Proteinen pro Tag 25 Pesos (ungefähr 1,25 Dollar) auf dem Bauernmarkt. Müsste man diese Portion einmal während eines Monats täglich für eine vierköpfige Familie erwerben, ergäben dies 3000 kubanische Pesos (also nahezu 150 Dollar), was gemäss den Daten des nationalen Büros für Statistik (ONE) ungefähr dem achtfachen Durchschnittslohn entspricht (387 Pesos = 19 Dollar) für den staatlichen und die gemischten Sektoren.

«Wenn ich dieselbe Berechnung für die Wäsche machen würde, und wenn ich dies mit den Kosten, die eine Wäscherei dafür verlangt, vergleichen würde, wenn ich

zusätzlich die andern Aktivitäten ergänzen und sie mit einem Geldwert versehen würde, wäre der Lohn für eine Hausfrau beträchtlich.

Diese Einsicht scheint die Grundlage gewesen zu sein für den Entscheid Rosario Varelas, die 47 Jahre alte Mathematikerin, die 1993 ihre Arbeit als Sekundarlehrerin aufgab, um als Hausangestellte bei einer Diplomatenfamilie zu arbeiten.

«Ich verdiente gut, ich arbeitete aber auch bis zum Umfallen. Ich verliess mein Haus in der Morgendämmerung und fuhr mit dem Fahrrad dorthin. Ich putzte ein riesiges Haus mit zwei Stockwerken und glättete einmal pro Woche die Wäsche. Manchmal verdiente ich zusätzlich, wenn ich die Kinder an einem Abend hütete und die Eltern ausgingen. Ich verdiente jedenfalls viel mehr, als wenn ich in meinem Beruf weiter gearbeitet hätte», hält sie fest.

In den durch die Wirtschaftskrise verursachten harten Zeiten der 90er Jahre, die zusätzlich durch Probleme im Transportwesen, den Mangel an Ressourcen sowie Betriebsstillegungen verschärft wurden, kehrten viele Kubanerinnen an den heimischen Herd zurück. Andere wechselten die Stelle und erreichten eine Erhöhung ihrer Entschädigung und konnten so die Krise besser überwinden.

Etwas mehr als eine Million Kubanerinnen widmen sich heute mit Körper und Seele der Hausarbeit, die meisten sind, gemäss inoffiziellen Schätzungen, 45 Jahre alt oder älter. Zu dieser Gruppe hinzu kommen jene Frauen, die ausserhalb des Hauses arbeiten, die jedoch, kaum kommen sie zu Hause an, die Hausarbeit übernehmen.

Wie viel Gerechtigkeit?

Schlussbetrachtungen

«Meine Hartnäckigkeit und die fortlaufenden Bemühungen zahlten sich aus: Mein Mann begann seine Haltung zu ändern. Nachdem er mit seiner Arbeit fertig war, kam er nach Hause und half der Familie. Durch meinen Beitrag an das Haushaltseinkommen konnten wir unseren Landbesitz steigern.»¹

Sie schneiden Blumen, füllen Mangos und Ananas in Plastikbehälter ab, sie ernten Tee und Kaffee und erzielen dabei eine signifikante Erhöhung des Haushaltseinkommens, wie eine Vergleichsstudie in Guatemala, Indonesien und Kenia, wo Frauen in grosser Zahl in der Gemüseproduktion für den Export arbeiten, ausweist. Im Verhältnis zu den übrigen Produktionsbetrieben standen die beteiligten Betriebe weit besser da, und auch im Urteil der Frauen selbst schnitten die VC-Initiativen gut ab: Viele Frauen konnten Geld sparen, welches sie in Land, Saatgut oder den Aufbau eines kleinen Geschäfts investierten (Mehra and Rojas 2011). Eine Erfolgsgeschichte. Warum werden trotzdem Zweifel am Nutzen und an der Wirkung von solchen und ähnlichen Initiativen zur Armutsbekämpfung laut? Und sollte die Kritik, Frauen würden schlecht bezahlt, seien kaum oder unzureichend organisiert und arbeiteten zu viel, zutreffen: Handelt es sich hierbei um eine vorübergehende Phase im Rahmen eines längerfristig angelegten regionalen Wirtschaftswachstums? Ist das der Preis, der im Interesse der nachhaltigen Armutsbekämpfung und der Verbesserung des Wohlergehens aller in dieser Phase bezahlt werden muss?

Das Ziel dieser Publikation war es, Erfahrungen mit Marktförderungsprogrammen und die unterschiedlichen Initiativen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft mittels Marktmodellen für die Armen einer differenzierten Beurteilung aus einer Geschlechterperspektive zu unterziehen. Kritische Stimmen sollten hierbei ebenso zum Zug kommen wie Befürworterinnen und Befürworter eines wachstumsorientierten Entwicklungsmodells. Grundsätzlich bewegen sich die hier vorgestellten Erfahrungen im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Entwicklung, Armutsbeseitigung und der Bekämpfung von sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit. In diesem Spannungsfeld diskutieren die vorliegenden Beiträge Massnahmen, die von Ausbildungsprogrammen bis hin zu zahlreichen Varianten von Mikrofinanzinitiativen reichen. Das primäre Ziel solcher Ansätze ist nicht die Förderung der Wirtschaft, sondern die Verbesserung der Situation der Ärmsten. Dies bedeutet nicht, dass Entwicklungszusammenarbeit keine Marktstrukturen fördern soll. Im Gegensatz zur Weltbank etwa, deren primäres Ziel die Steigerung des globalen Wirtschaftswachstums ist, sind die EZA-Agenturen und ihrer Partnerorganisationen jedoch der Überwindung von Armut sowie der Bekämpfung ihrer Ursachen wie Diskriminierung und Ungleichheit verpflichtet. In jüngerer Zeit identifizieren Fachleute jedoch Verschiebungen der Zielhierarchien. Makroökonomische Wachstumsstrategien verdrängen die Frage nach Gleichheit und Gerechtigkeit, verschieben sie auf «später» oder setzen auf bestehende Geschlechterungleichheiten als Stimuli für Wachstum (Berik et al. 2009, 23).

Die grosse Herausforderung besteht nicht nur darin, im Kampf gegen absolute Armut Gegenakzente zu setzen, sondern damit auch die erklärte Zielgruppe der von Armut am stärksten Betroffenen tatsächlich zu erreichen. Grundvoraussetzung dafür ist die systematische Auseinandersetzung mit dem Zielkonflikt zwischen Geschlechtergerechtigkeit (*equality*) und Wirtschaftswachstum: «It does mean recognizing that these are two different objectives, and policies that maximize the possibilities of achieving one do not necessarily maximize the possibility of achieving the other» (Elson 2011, 43). Da Frauen in der Wirtschaftsordnung in den meisten Gesellschaften anders positioniert sind als Männer, setzten sich die Herausgeberinnen zum Ziel, die Voraussetzungen für die Sicherung von Geschlechtergerechtigkeit generell und den Abbau von Ungleichheiten im Rahmen von

Die Care-Ökonomie beschäftigt sich mit Fragen, wie eine Gesellschaft das Wohlergehen ihrer Mitglieder organisiert und wie sich volkswirtschaftliche Entscheide über längere Zeit auf die personenbezogenen und nur schwach produktiven Arbeitsfelder auswirken.

Armutsbekämpfungsprogrammen besonders herauszuarbeiten. Die hier versammelten Überlegungen sollen einen Beitrag leisten zur Diskussion, ob und wie Geschlechtergerechtigkeit als eigene Zielsetzung verankert ist und umgesetzt wird, welche Erfahrungen dabei gemacht werden, in welchen Bereichen es noch mehr Wissen braucht und welche Probleme es zu überwinden gilt.

Im Schlusskapitel werden Überlegungen und Ansatzpunkte präsentiert, die mit Blick auf die in der Einleitung identifizierten Knackpunkte aus den Beiträgen abgeleitet und zudem in zwei Hearings mit Fachleuten aus Verwaltung und NGOs sowie eingeladenen internationalen Experten und Expertinnen vertieft worden sind.² Sie sind in drei Schwerpunkte zusammengefasst: In einem ersten Teil stellen die Herausgeberinnen Überlegungen zum Mehrwert des Care-Ansatzes vor und diskutieren die Erfahrungen und die Möglichkeiten, Entwicklungsmassnahmen daran auszurichten. Der zweite Abschnitt behandelt die Aufgaben des Staates und deren Verschiebungen im Zuge von veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Im dritten Teil fragen wir nach Möglichkeiten, die Qualität von wirtschaftlichen Entwicklungsmassnahmen mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit zu sichern, ohne uns auf die zum Teil eng gefassten Instrumente der Wirkungsmessung beschränken zu müssen.

1. Mehrwert des Care-Konzepts: Ganzheitliche Erfassung komplexer ökonomischer Realitäten im globalen Süden

Programme, die Armut mittels Wirtschaftsförderung bekämpfen wollen, arbeiten häufig mit herkömmlichen und daher reduktionistischen Modellen zur wirtschaftlichen Produktion. Die Unzulänglichkeit dieser Sichtweise ist mittlerweile auch von namhaften VertreterInnen der Ökonomie anerkannt. So kommt die prominent besetzte, von Nicolas Sarkozy einberufene «Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress» zum Schluss, dass neben den BIP-fähigen Wirtschaftsfaktoren vermehrt Indikatoren in die wirtschaftliche Gesamtrechnung einbezogen werden müssen, die eine Aussage über das menschliche Wohlergehen, das *well-being*, ermöglichen.³ Die Schwäche der Mainstream-Modelle besteht im Weiteren darin, dass Entwicklungsmassnahmen an Individuen gerichtet sind, die durch gezielten «Anschub» zur nachhaltigen Überwindung ihrer Armutssituation befähigt werden sollen, während die strukturellen, in den bestehenden Machtverhältnissen angelegten Armutsfaktoren ausgeblendet werden (Bauhardt und Çağlar 2010). Zum anderen arbeiten Entwicklungsagenturen mit einem ausschliessenden Arbeitsbegriff, welcher die Realität von Haushaltsökonomien im Süden mit ihrer engen Verschränkung von Subsistenz, Überlebensökonomie, informeller, bezahlter und unbezahlter Arbeit nur unzureichend abbildet. Sie bieten keinen analytischen Zugriff auf unbezahlte, meist von Frauen geleistete Care-Arbeit und werten diese nicht als wirtschaftlich produktive Tätigkeiten. An dieser Verzerrung der wirtschaftlichen Realität entzündet sich die Kritik feministischer ÖkonomInnen: «In my opinion, mainstream economics, with its single central story of competitive production and exchange in markets, is too simple a theory to provide an adequate explanation of the economy, especially as it affects, and is affected by, women's caring work» (Donath 2000, 116). Der Einbezug von Care bei der Analyse einer wirtschaftlichen Situation ist unabdingbar, noch ist jedoch unklar, wie dies sinnvollerweise geschehen soll. Tatsächlich setzt sich in zahlreichen Programmen die Einsicht durch, dass Care-Arbeit im Hinblick auf den Zeitaufwand ein wichtiger Faktor ist. Dies gilt insbesondere für Projekte, die auf die Verbesserung der Alltagssitua-

¹ Khaleda Bulbuli, Bangladesh. Vgl. S. 38

² Am 8. September 2011, in Bern.

³ Die CMEPSP-Kommission wurde im Februar 2008 vom französischen Staatspräsidenten Sarkozy einberufen. Sie wurde von Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Paul Fitoussi geleitet. URL des abschliessenden Berichts der Kommission: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm (letzter Zugriff: 24. Oktober 2011).

tion im Subsistenzbereich abzielen. Hier scheint sich die Care-Frage eher zu stellen als bei solchen, welche die Einbindung von Bäuerinnen in die Märkte bezwecken. In beiden Fällen bleibt indes erstaunlich unbeantwortet, was diese konzeptuelle Erweiterung für die Umsetzung in Entwicklungsprogrammen bedeutet, welcher Erkenntnisgewinn und welches Veränderungspotential allenfalls darin angelegt sind, und inwiefern die Geschlechterverhältnisse angesprochen sind. Der Einbezug von Care in die Entwicklungszusammenarbeit bedeutet nämlich mehr als die Berechnung des Zeitaufwandes für Hausarbeit, Kinderbetreuung und frauenspezifische Aufgaben der Subsistenzwirtschaft. Die Care-Ökonomie beschäftigt sich mit Fragen, wie eine Gesellschaft das Wohlergehen ihrer Mitglieder organisiert, wie sich volkswirtschaftliche Entscheide über längere Zeit auf die personenbezogenen und nur schwach produktiven Arbeitsfelder auswirken, und nach welchen Kriterien produktive Arbeit von unproduktiven oder nicht als Arbeit geltenden Tätigkeiten unterschieden wird. Diese Fragestellung findet sich in der klassischen Ökonomiedebatte so nicht (Madörin 2010b). Der Fokus der herkömmlichen Modelle ist auf den effizienten Umgang mit knappen Produktionsmitteln – darunter primär Arbeit, Boden, Kapital – ausgerichtet. Die unbezahlt geleistete Care-Arbeit unterliegt in dieser Logik nicht der Knappheit sondern steht, ähnlich wie Umweltfaktoren, endlos zur Verfügung (Knobloch 2008). Ähnlich kritisch kommentierten Nancy Folbre und Julie Nelson bereits im Jahr 2000 die limitierte Aussagekraft, die die klassischen ökonomischen Modelle aufgrund der Externalisierung von essentiellen Produktionsfaktoren anbieten. Sie plädierten für deren Anpassung, indem der Wert der Care-Arbeit sichtbar gemacht wird (Folbre and Nelson 2000).

Die begriffliche Verschiebung von «Reproduktionsarbeit» zu «Care» bedeutet die Anerkennung der Tatsache, dass Wertschöpfung nicht nur im Rahmen von bezahlter Arbeit geleistet wird, sondern dass die personenbezogenen Dienstleistungen, seien sie bezahlt oder unbezahlt, entscheidend zum Wohlstand und zum Wohlergehen beitragen. Mascha Madörin errechnete im Auftrag eines UN-Forschungsinstituts die Grössenordnungen, welche die bezahlten und unbezahlten, personenbezogenen Dienstleistungen für die Schweiz ausmachen.⁴ Die beeindruckenden Zahlen stützen ihr Argument, dass Care-Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität leistet, der in sämtlichen relevanten Rechnungen unterschlagen wird. Ähnliche Berechnungen stellte Sarah Gammage für Guatemala an (2010). Die Produktivität von Haushalten entspricht gemäss ihren Zahlen 30 Prozent des BIP. Die Konsequenz dieser Erkenntnis ist eine neue volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, worin diese Faktoren zu Buche schlagen. Damit ist eine entscheidende Grundlage dafür geschaffen, dass nicht nur über die Mehrbelastung von Frauen bei der Erbringung dieser Leistungen gesprochen, sondern eine Diskussion über die effektive und volkswirtschaftlich notwendige Umverteilung dieser Aufgaben angestoßen wird. Diese Diskussion ist für die EZA und insbesondere für Programme, deren Zielsetzung die Anbindung von subsistenzorientierten Haushalten an regionale Märkte ist, relevant. Die Analyse der Care-Arbeit und Überlegungen zu deren Umverteilung sind eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, die auch die ärmsten Bevölkerungssegmente erreichen sollte.

Das Care-Konzept ist ein Schlüssel für EZA-Fachleute, um die Rollen und Möglichkeiten verschiedener Zielgruppen mit Bezug auf ihre Verwirklichungschancen⁵ zu analysieren; sie verweist auf die strukturellen Bedingungen für extreme Armut und persistente Ungleichheit. Der Care-Ansatz lenkt den Blick auf zwei wesentliche Fragen: Einerseits darauf, wie die Arbeit innerhalb des Haushalts verteilt ist und wie sie umverteilt werden kann. Andererseits fragt diese Perspektive nach den Bedingungen für die Erbringung von Care-Arbeit, die durch die globale Wirtschaftsordnung und

⁴ So umfasst die in der Schweiz geleistete unbezahlte Arbeit im Jahr 2004 knapp 8500 Millionen Stunden. Damit übersteigt der Zeitaufwand denjenigen, der für bezahlte Arbeit geleistet wird – 7000 Millionen Stunden –, um 20 %. Die Bruttowertschöpfung durch unbezahlte Arbeit betrug 2004 64 % des BIP. Demnach ist der Haushaltssektor wirtschaftlich bedeutender als der Dienstleistungssektor, er übersteigt die Bruttowertschöpfung des Finanzsektors um das 5,5-Fache. Nimmt man nur den geschätzten Wert der von Frauen geleisteten unbezahlten Pflege an Kindern, Kranken und Gebrechlichen, so entspricht dieser Wert den gesamten Vermögens- und Einkommenssteuern aller natürlichen Personen (Madörin et al. 2010c).

⁵ So wird der von Amartya Sen eingeführte Begriff der *capabilities* mehrheitlich übersetzt. Vgl. Glossar.

⁶ Vgl. Glossar unter dem Begriff «Care».



die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik geschaffen werden. Damit verbunden ist die stete Verknüpfung von Mikro- und Makroebene. Shakra Razavi entwirft mit dem *care-diamond* eine Analyseperspektive, die vier Institutionen, welche für die Ausgestaltung, die Finanzierung und die Erbringung von Care-Arbeit zuständig sind, beinhaltet (Razavi 2010, 2). Mit dem *care-diamond* werden die Bedingungen, unter welchen Care-Leistungen bezahlt oder unbezahlt, privat oder öffentlich erbracht werden, systematisch analysiert und gleichzeitig die für die Überlebenseicherung relevanten Verschiebungen in den Strukturen ausgewiesen. Wenn zum Beispiel in Folge von Sparmassnahmen im öffentlichen Budget bezahlte Dienstleistungen im Gesundheitswesen abgebaut werden, schränkt dies nicht nur die Anstellungs- und Verdienstmöglichkeiten von Frauen ein sondern beeinflusst die Haushalte, die *livelihoods* und die Verwirklichungschancen ihrer Mitglieder. Sehr oft springen Frauen in die Lücke, die die ausbleibenden Dienstleistungen hinterlassen. Innerhalb von EZA-Programmen müssen solche Veränderungen als integraler Bestandteil von Armutsbekämpfung bearbeitet werden.

Der Mehrwert des Care-Ansatzes, so wie ihn die Herausgeberinnen in Anlehnung an Madörin (2010 a) verstehen, kann deshalb entlang von drei Punkten beschrieben werden: die konzeptuelle Loslösung bestimmter Tätigkeiten von Geschlechterstereotypen, die Bedeutung von Arbeit und die Verknüpfung von Mikro- und Makroebene.

LOSLÖSUNG VON STEREOTYPEN Verstanden als «personenbezogene Dienstleistungen» oder auch *social provisioning*⁶ umfasst Care-Arbeit als Begriff Tätigkeiten, die in den 1980er Jahren als Reproduktionsarbeit bezeichnet wurden. Das Konzept von Care impliziert, bestimmte Tätigkeiten, die bis anhin implizit an eine biologische Voraussetzung gebunden und über Geschlechterstereotype in den Haushalten ebenso wie in den Projektlogiken verankert waren, in einem ökonomischen Verhältnis und mit Blick auf die ökonomische Gesamtrechnung zu beurteilen. Mit dem Fokus auf Care wird der Blick erweitert, Rollen und Bedürfnisse der *care-receivers*, aber auch der *care-providers* können konsequent mitgedacht werden, um damit die Voraussetzungen für die Übernahme von bezahlten und unbezahlten Aufgaben im und ausserhalb des Haushalts integrativ und gerecht zu gestalten. Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen beeinflussen Care ebenso sehr wie die (fehlende) Zeit, die Energie, und die Arbeitsteilung innerhalb der Haushalte. Eine Kostensenkung für Produkte des alltäglichen Gebrauchs könnte hier ebenso entlastend wirken wie Renten für BäuerInnen, Kinderbetreuung, gynäkologische Gesundheitsversorgung, ein Recht auf Krankenversicherung sowie Investitionen in Wasser- und Energieversorgung sowie Mobilität. Zwar erhöht sich die Komplexität von Projekten, wenn die Interventionen mit Blick auf ihre Wirkung hinsichtlich der Care-Arbeit beurteilt werden. Im Zuge des erhöhten Drucks zur Markt-

Arbeit ist mehr als der Weg zu einem ökonomischen Einkommen. Vielmehr ermöglicht Arbeit soziale Teilhabe, Wertschätzung, sowie die Entfaltung und Weiterentwicklung von persönlichen Fähigkeiten.

integration führt die Sicherstellung der *livelihoods* jedoch zu einer einseitigen Mehrbelastung von Frauen und Mädchen und zu einer Verminderung ihrer Verwirklichungschancen. Diese Tendenzen sollten bereits in der Projektplanung korrigiert werden.

NEUE SICHT AUF ARBEIT «Ich kann bestätigen, dass wir ohne Pause arbeiten, ausser in der Nacht, wenn wir schlafen.»⁷ Dieser Befund der Frau aus Bénin, die im Rahmen der Recherchearbeiten für diese Publikation ihren Alltag schilderte, verweist auf den Kern der Überlegungen rund um wirtschaftliche Entwicklung und den Einbezug der Armen, namentlich der Frauen. Arbeit verstanden als jene Aktivität, welche die Sicherung der Grundbedürfnisse eines Haushalts garantiert, ist der Schlüssel für das menschliche Wohlbefinden und die Verbesserung von Verwirklichungschancen. Damit wird deutlich, dass es sich im Zusammenhang mit Arbeit nicht ausschliesslich um Erwerbsarbeit im engen Sinn handelt, also um Aktivitäten, die ein monetäres Einkommen erzielen. Vielmehr umfasst der Begriff sämtliche Tätigkeiten, die für das Wohlergehen und zur Sicherung des Überlebens erbracht werden, und von denen viele unbezahlt und unter schwierigen Bedingungen geleistet werden. Arbeit – und nicht ein eng gefasstes Verständnis von Produktivität – ist die entscheidende Komponente für die Überwindung von Armut. Arbeit ist mehr als der Weg zu einem ökonomischen Einkommen. Vielmehr ermöglicht Arbeit soziale Teilhabe, Wertschätzung, sowie die Entfaltung und Weiterentwicklung von persönlichen Fähigkeiten. Diese umfassende Sicht von Arbeit, einschliesslich der Frage nach der Verfügbarkeit über Arbeit, ist im hier vertretenen Care-Ansatz enthalten. Sie impliziert eine vorsichtige Abwägung der Veränderungen, die mit dem Anreiz oder dem Druck auf Frauen, eine bezahlte Erwerbsarbeit aufzunehmen oder ihre Produkte auf einen regionalen Markt auszurichten, einhergehen. Dazu gehören nicht nur der Zeitaufwand sondern auch Fragen nach alten und neuen Abhängigkeiten, Autonomie und der Möglichkeit, eigene soziale Netzwerke zu unterhalten.

GANZHEITLICHES VERSTÄNDNIS VON ÖKONOMIE Der Care-Ansatz verlangt somit auch ein ganzheitliches Verständnis von Ökonomie, ein Verständnis, nach welchem die in der feministischen Ökonomie auch als «andere Wirtschaft» bezeichneten Tätigkeiten gerechnet werden (Donath 2000). Der *livelihood*-Ansatz⁸ oder die Kombination von Gouvernanzansätzen und Wirtschaftsförderung bauen zwar auf einer ganzheitlichen Perspektive auf, arbeiten aber schwerpunktmässig auf der Mikroebene und beachten, trotz teilweise anders lautenden Aussagen, die wechselseitigen Verknüpfungen von Mikro- und Makroebene und deren geschlechterspezifischen Auswirkungen zu wenig systematisch (Murray 2001). Diese Ansätze scheinen es zudem derzeit schwer zu haben, wie aus informellen Gesprächen hervor geht. Entsprechende Fachgruppen innerhalb von Schweizer NGOs lösen sich auf, die integrativen Herangehensweisen werden verwässert oder ganz aus den Planungsdokumenten gestrichen. Fachleute diagnostizieren einen starken Druck, Value-Chain-Programme aufzubauen, die durch eine ausschliesslich ökonomische Sicht geprägt und mit ganzheitlichen Ansätzen nicht kompatibel sind oder diese höchstens auf kleiner Flamme laufen lassen. In den Gesprächen mit ExpertInnen, die im Rahmen dieser Publikation geführt wurden, wird ausserdem deutlich, inwiefern die strukturellen Herausforderungen in den Partnerländern sowie die stereotypen Bilder der «leistungsstarken Frauen» der konzeptuellen Einarbeitung von Care im Weg stehen.

⁷ Kpagnéro Dafia, aus Sinahou, Pèrèrè, Bénin. 13. November 2010.

⁸ Vgl. Glossar.

Im Rahmen von Dezentralisierungsmassnahmen oder Struktur- anpassungsprogrammen muss stets die Gefahr der Verschiebung von Leistungen auf private, unbezahlte Care-Arbeit und damit eine überproportionale Belastung von Frauen im Auge behalten werden.

2. Makroökonomische Strukturen, alternative Wirtschaftsformen und die Verantwortung des Staates gegen- über den BürgerInnen

Entwicklungsmassnahmen, die auf Wirtschaftsförderung setzen, sind dem Ziel der Armutsbekämpfung verpflichtet. Dies bedeutet, dass Strukturen lokaler und regionaler Wirtschaftssysteme gefördert werden, die auch den Ärmsten einen Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten öffnen. Mit Blick auf die Care-Arbeit wird diese Ausrichtung gestärkt: Care-Arbeit kann nicht isoliert von nationaler und internationaler Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Im Rahmen von Dezentralisierungsmassnahmen oder Struktur-anpassungsprogrammen muss stets die Gefahr der Verschiebung von Leistungen auf private, unbezahlte Care-Arbeit und damit eine überproportionale Belastung von Frauen im Auge behalten werden. Wie die hier versammelten Erfahrungen zeigen, zahlt sich diesbezüglich die Unterstützung kollektiver Produktionsformen aus, sie entsprechen eher den Haushaltsstrategien als die auf individuelle Markteinbindung ausgerichteten Programme. In kollektiven Organisationsformen integriert, verbessern Frauen die Möglichkeiten, ihre Arbeitsbelastung zu kontrollieren und sich für ihre Verantwortungen im Care-Bereich besser abzustützen. Die Last der unbezahlten Arbeit wird durch die Verteilung auf mehrere Schultern verringert. Je nach Ausgestaltung des Programms ermöglicht es der kollektive Rahmen, spezifische Probleme von Frauen anzusprechen und auf diese Weise ihre Position in Gemeinde und Haushalt zu stärken. Dennoch bleibt der Punkt der Umverteilung kritisch: Auch in kollektiven Formen sind die Schultern, auf denen unbezahlte Arbeit lastet, vorwiegend weiblich.

Wenn Mikrofinanzinstrumente die KreditnehmerInnen jedoch dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen und die makroökonomischen Mechanismen, die Armut erzeugen, nicht zur Debatte stellen, ist es eher unwahrscheinlich, dass es zu einer Ermächtigung der Zielgruppen kommt und diese sich gemeinsam für ihre Rechte einsetzen. Das Gegenteil ist der Fall: Sie werden ermuntert, auf den Märkten gegeneinander zu konkurrieren (Wichterich 2007). Damit werden bestehende kollektive Strukturen zum Schaden vor allem der schlechter gestell-

ten Gesellschaftsmitglieder unterwandert (Bateman 2010). Diese Befunde verweisen darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung im Kontext von staatlichen Institutionen gedacht werden muss, etwa im Sinne von Zuwendungen, welche schwächere Beteiligte mit zusätzlichen Mitteln ausstatten und für den Fall von Krisen abfedernde Massnahmen entwickeln. Komplementär zur Förderung des Privatsektors müssten auch Staaten dahin gehend unterstützt werden, dass sie bestimmte Anteile der Gewinne aus den rentablen Wirtschaftszweigen in die nicht-rentablen des Care-Bereiches transferieren können. Für die Erbringung dieser Leistungen sind Mechanismen der Umverteilung und damit ein genauer Blick auf die Steuerpolitik unerlässlich. Hierbei könnten staatliche Entwicklungsagenturen eine Rolle spielen, da sie besser positioniert sind, um etwa die Kohärenz nationaler Politiken einzufordern. Mangelnde Investitionen in soziale Sicherheit, in Gesundheit und Bildung wirken sich auf die Qualität der Versorgung aus und beeinflussen die Rahmenbedingung für die Leistung derjenigen Aufgaben, die das menschliche Wohlergehen sichern. Darüber hinaus ist dieser Mangel letztlich Ergebnis und Ausdruck einer durch die wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme verursachten Verletzung des modernen Gesellschaftsvertrags: «Inclusive patterns of growth will need to be supplemented by redistributive policies that can serve to directly address the intersecting dynamics of social exclusion (...) the allocation of budgets to different sectors and services and the distribution of social transfers and subsidies will have direct bearing on the financing of social services and social protection measures of greatest relevance to poor and excluded groups» (Kabeer 2010, 8). Der Care-Ansatz hilft, die Folgen solcher Defizite für die Entwicklung der Gesellschaft aufzudecken und Strategien zu entwickeln, wie die Frauen substantiell von unbezahlter Arbeit entlastet werden können.

Weitere Denkanstösse umfassen die Neulancierung der «Volkerversicherung» oder eines globalen Fonds für soziale Wohlfahrt, was insbesondere im Interesse der Frauen sein könnte, deren Zugang zu Basisgesundheitsleistungen tendenziell und im Verhältnis zu ihren Bedürfnissen weniger gesichert ist. Gute Wirkung erzeugen Initiativen, die Gemeinden dabei unterstützen, Budgetprozesse und Steuererhebungssysteme zu entwickeln, welche die strategischen Bedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungs-



gruppen aufnehmen. Denn die Auswirkungen finanz- und investitionspolitischer Entscheide manifestieren sich vorwiegend auf kommunaler Ebene; besonders aufschlussreiche Informationen liefern dazu Gender-Responsive-Budget-Analysen. Voraussetzung sind gut funktionierende zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Rechte der BürgerInnen kennen und diese auch einklagen können, wenn soziale Sicherheit, Menschenrechte oder arbeitsrechtliche Standards nicht gewährt sind. Unerlässlich sind Massnahmen, die Organisationen stärken, deren politische Einflussnahme ermöglichen, ihnen Instrumente der öffentlichen Klage in die Hand geben und sie in ihrer Rolle als Beobachterinnen der staatlichen Handlungen und zur Verteidigung der Menschenrechte unterstützen.

Nicht zuletzt braucht es Überlegungen zu alternativen Wirtschaftsformen, etwa gemeinschaftlichen Produktionsformen und kollektiv verwalteten Gütern. Diese könnten mittels Anreizsystemen auf- und ausgebaut werden, die sich von herkömmlichen Marktprinzipien lösen, indem sie Effektivität nicht ausschliesslich aus dem Verhältnis «zwischen Kosten und Ertrag für die Unternehmen/ProduzentInnen und einem optimalen Verhältnis zwischen Preis des Produktes und Nutzen für die KonsumentInnen» (Madörin 2010, 91) ableiten. Dazu gehören die erwähnten genossenschaftlichen Strukturen und Kooperationen, aber auch die Fair-Trade-Bewegung, die den Einbezug von ökologischen Kriterien in die Produktion weitgehend durchgesetzt hat, könnte ein Ansatzpunkt sein, obwohl es gemäss einschlägigen Erfahrungen schwieriger ist, soziale Faktoren verbindlich und glaubhaft einzufordern. Der politische Prozess rund um die Rio + 20-Initiativen bietet eine einmalige Chance, diese Fragen zu thematisieren. Eine wegweisende Richtung könnte etwa dahingehend laufen, dass die Zielsetzungen der Einkommensschaffung mit Ernährungssicherung verknüpft wird. Die Investition in neue Technologien und entsprechende Ausbildungen ist zentral, sie darf aber nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit oder der Berufsbildung in Gesundheit und Bildung gehen, wo Leistungsabbau und Entprofessionalisierung die Last der unbezahlten Care-Arbeit unmittelbar erhöht. Für diese kombinierte Strategie braucht es verbindliche politische Initiativen auf internationaler Ebene, die diesen Forderungen den nötigen Rückhalt verleihen.

3. Beobachten – Qualität sichern – Wirkung ausweisen

«Women and men may have very different priorities and possibilities. (...) First, it implies that data will have to be disaggregated to take account of intra-household differentials in «beings and doings». Second, it implies the need for indicators which recognize that women's lives are governed by different and often more complex social constraints, entitlements and responsibilities than those of men, and are led to a far greater extent outside the monetized domain» (Kabeer 2003, 142).

In EZA-Fachkreisen ist ein gewisses Unbehagen bezüglich des zunehmenden Drucks nach Wirkungsmessung von Entwicklungsmassnahmen verbreitet. Obwohl die Expertinnen und Experten die Forderung nach mehr Transparenz für berechtigt halten und in diesem Prozess auch Chancen erkennen, ihre eigene Arbeit kritisch zu evaluieren, sehen andere vor allem die einschränkenden Aspekte. Indem die Analyse von Veränderungen ausschliesslich zu einer Beweisführung anhand von reduzierten Wirkungsketten verkommt, gerät das Hauptziel der Wirkungsanalyse, nämlich das Anstossen von Lernprozessen, aus dem Blick. Die Möglichkeiten, Veränderungen auf einer breiteren Ebene wahrzunehmen, Zusammenhänge zu erkennen und ihren Ursachen auf den Grund zu gehen, nehmen ab. Auch wenn aus den Gesprächen mit Expertinnen und Experten hervorgeht, dass es durchaus InvestorInnen gibt, die neben den Gewinnzahlen auch Ergebnisse im Bezug auf die «soziale Rendite» erwarten, bestehen grosse Unsicherheiten, wie diese sinnvoll und «ohne grossen Zusatzaufwand» gemessen werden sollen.

Dass die Heranführung von armutsbetroffenen Gruppen an den Markt alleine nicht genügt, um Armut zu reduzieren, haben die bisherigen Ausführungen deutlich gemacht. Der Kurzschluss bleibt jedoch häufig unwidersprochen, weil man die gewünschten Veränderungen mit den gängigen Wirkungsmessungsinstrumenten leicht nachweisen kann: Wirtschaftliches Wachstum und Einkommenssteigerung sind überzeugende Outcomes und schmücken jede Bilanz. Dass womöglich für die Zielbevölkerung von der Einkommenssteigerung nicht viel übrig bleibt, wenn die Rahmenbedingungen ausgeblendet werden, wird in den Auswertungsdokumenten nicht formuliert. Damit laufen EZA-Programme Gefahr,

dass trotz bestechender Erfolgszahlen kein Mehrwert, sondern Prekarität (*vulnerability*) entsteht. Mit andern Worten, wenn frauenspezifische Produktionszweige in Value Chains eingebunden werden, aber gleichzeitig keine Instrumente zur Umverteilung der unbezahlten Arbeit vorgesehen sind, bringt man die beteiligten Frauen in unlösbare Zwangssituationen. Zudem ist es notwendig, dass ein entsprechendes Projekt die institutionellen Rahmenbedingungen und deren Steuerung über die Politik im Auge behält. Auch hier besteht die Gefahr, dass durch eine ungenügende oder nicht existente staatliche Dienstleistung die Belastung bei den weiblichen Familienmitgliedern unverhältnismässig zunimmt. Wenn immer mehr Frauen in den Einkommen generierenden Sektor gedrängt werden sind Stützungsmaßnahmen notwendig, die im Bereich personenbezogene Dienstleistungen und Care-Arbeit allgemein ansetzen. Die meisten Projektplanungen sind weit davon entfernt, solche Rahmenbedingungen mitzudenken. Gerade deshalb sind Projektkomponenten notwendig, die die Zielgruppen nicht nur als Unternehmerinnen und Unternehmer ansprechen, sondern auch als Rechtssubjekte, die ihren Anspruch gegenüber den zuständigen Instanzen geltend machen können. Dies ist umso wichtiger in Situationen wie in Tadschikistan oder in Georgien, wo dramatische politische, wirtschaftliche und soziale Umwälzungen kurzfristige Projektgewinne vollständig absorbieren.

Ein ganzheitliches Vorgehen ist aber nicht nur für die Planung, sondern auch für die Auswertung angezeigt. Ein umfassendes Monitoring, welches den Mehrwert der Projekte im Bezug auf die Verbesserung des Wohlergehens jenseits einer Einkommenssteigerung einbezieht, wäre wünschenswert. Im Fall von Georgien bräuchte es Anstrengungen, um den *ownership* der Produzentinnen am Mehrwert des VC-Programms reell zu steigern – etwa, indem alle Beteiligten über die Gewinninvestition mitdiskutieren und hierbei auch ein Stimmrecht haben. Massnahmen, um den Rückfluss zumindest von Teilen des Gewinns in die Gemeinden sicher zu stellen, sind notwendig und die Prozesse, die dadurch generiert werden, sollten ebenfalls ins Monitoring einbezogen werden.

Insgesamt zeigt sich, dass die Förderung von wirtschaftlichem Handeln in ganzheitlicheren Anlagen einen entsprechend flexibel gestalteten Projektrahmen erfordert. Neben der Abstimmung

von Massnahmen auf politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und dem Einbezug von EntscheidungsträgerInnen, ist auch, wie im Karité-Projekt demonstriert, die Mitarbeit der Ehemänner eine entscheidende Komponente. Um die in Gang gesetzten Veränderungen präziser beurteilen zu können, braucht es neue Methoden zur Messung von Wohlergehen und der Beurteilung des Einflusses der unbezahlten Arbeit. Eine Diskussion über Evaluationen, die auch Vergleichsfälle heranziehen sowie über die Möglichkeiten, auch längerfristige Veränderungsprozesse im Rahmen von Monitorings zu spiegeln, müsste dringend angestossen werden. Um künftige Programme in diesem Sinne auszugestalten, ist eine starke Verpflichtung von Seiten der führenden Entwicklungsagenturen angezeigt. Darin eingeschlossen ist eine deutliche Distanzierung von vereinfachenden Projektplanungen, deren voraussagbarer Erfolg auf reduktionistischen Aussagen beruht. Es braucht hier eine engagierte Debatte, die sich nicht darin erschöpft, dass ganzheitlichere Perspektiven zu komplex und zu wenig kontrollierbar seien. Vielmehr sollten sich die Fachleute herausgefordert fühlen, ausserhalb der konventionellen Denkschemata nach Lösungen zu suchen und geeignete Methoden zu entwickeln, um die komplexen Realitäten subsistenzorientierter Lebenssituationen unter dem Druck von gegenwärtigen Wandlungsprozessen sinnvoll zu integrieren.

Die Empfehlungen gehen dahin, dass linear verfasste Wirkungsketten durch das regelmässige Beobachten längerfristiger Veränderungen ergänzt werden sollen. Solche Beobachtungsfelder, die nach CEDAW⁹ konzipiert werden können, dienen dazu, nach den indirekten Auswirkungen von Interventionen zu fragen. Zum Beispiel den Folgen der Verschiebungen von Care-Leistungen vom bezahlten öffentlichen in den unbezahlten privaten Bereich auf die zeitliche Beanspruchung der Frauen, die Gesundheit der Kinder und das Wohlbefinden der betreuungsbedürftigen Kranken und Alten. Mikrosoziologische Analysen erhellen, neben statistischen und vergleichenden Untersuchungen, das Zusammenspiel der verschiedenen Rollen und wie dieses erschüttert wird, wenn Frauen eine Erwerbsarbeit aufnehmen (Berik et al. 2009, 23). Die Veränderungen müssen als längerfristige Prozesse erfasst werden. Dazu braucht es nach Geschlechtern differenzierte Haushaltsanalysen und Monitoringsysteme, welche auch

Faktoren wie *time use* oder die Intensität von Arbeitsprozessen erfassen und damit Aussagen über Belastung und Tendenzen zu *time poverty* ermöglichen (Grown, Floro und Elson 2010). Die klassische Unterscheidung in praktische versus strategische Bedürfnisse (Molyneux 1985; Moser 1989) lässt sich bei der Wirkungsanalyse als sinnvolles Werkzeug zur wirksamen Geschlechteranalyse einsetzen, insbesondere weil sich die strategischen Bedürfnisse oft erst über die Verknüpfung der verschiedenen Interessen, Rollen und Möglichkeiten aus dem strukturellen Kontext heraus aufschlüsseln lassen.

Die vorhergehenden Ausführungen haben gezeigt, dass die Frage nach der Wirkung von EZA für geschlechtergerechte Entwicklung auch eine Mess- und Methodenfrage ist. Es sind Alternativen zu eindimensionalen Wirkungsmessungen, die stärker neben quantitativen verstärkt auf qualitative Indikatoren setzen. Dazu gehören *livelihood*-Ansätze,¹⁰ *outcome mapping*, Aktionsforschung oder Analysen, die sich an der *most significant change-theory*¹¹ orientieren, mit welchen die Multidimensionalität von Entwicklung und die gesellschaftliche Bedeutung der Care-Arbeit – trotz Komplexität – systematisch erfasst werden können. Hier sind Entwicklungsexpertinnen und -experten gefordert, die entsprechenden Eingaben bei den Projektplanungen zu machen und im Rahmen der Budgetentscheide durchzusetzen.

Der Menschenrechtsansatz rückt die Frage nach den Machtverhältnissen in den Blick, aufgrund welcher die Mehrheit der Armen trotz Investitionen und Wachstum, trotz verbesserter Bildung, bezahlter Arbeit und Tätigkeiten als KleinstunternehmerInnen in Armut verharren.

Schlussbemerkungen

In den 1990er Jahren erzielte der *rights-based-approach* eine hohe Durchschlagskraft innerhalb des Entwicklungsdiskurses.¹² Der Ansatz identifiziert die Ursache von Armut unter anderem als ein Ergebnis von Rechtlosigkeit, Diskriminierung und Ungleichheit. Mit Bezug auf internationale Normen¹³ fordert diese Herangehensweise Regierungen auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Erfüllung der Menschenrechtsstandards zu garantieren, indem sie dafür sorgen, dass Ausschlussmechanismen abgebaut werden. Ein wichtiges Instrument im Rahmen von rechtsbasierten Entwicklungsansätzen ist die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen im Sinne einer Befähigung von Männern und Frauen, ihre Rechte einzufordern und damit strukturelle Armutsursachen zu beseitigen.

Die Analysen, die in der vorliegenden Publikation präsentiert wurden, lassen den Schluss zu, dass der rechtsbasierte Entwicklungsansatz im Rahmen der Entwicklungsmaßnahmen, die unter dem Konzept der Wirtschaftsförderung zusammengefasst sind, ins Hintertreffen gerät. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass eine Mehrzahl der unter dieser Zielsetzung versammelten Ansätze ihre Aktivitäten auf das ökonomische Potential der Individuen ausrichten und Machtverhältnisse ausklammern, die der ungleichen Verteilung des ökonomischen Potentials zugrunde liegen. Mit der Förderung und Ausbildung von Armutsbetroffenen zu Wirtschaftssubjekten wird der Fokus weg von den strukturellen Bedingungen von Armut hin zu der Befähigung der Individuen gerichtet, dem Markt zuzuwirtschaften, um dann als Konsumierende selbst profitieren zu können. Der Menschenrechtsansatz rückt die Frage der Diskriminierung ins Zentrum und die Machtverhältnisse in den Blick, aufgrund welcher die Mehrheit der Armen trotz Investitionen und Wachstum, trotz verbesserter Bildung, bezahlter Arbeit und Tätigkeiten als KleinstunternehmerInnen in Armut verharren und wie sich deren Armut in den Gewinnkurven der Unternehmen niederschlägt. Es lohnt sich, diese wichtige Errungenschaft internationaler Entwicklungspolitik, die Rechtsgleichheit über alles stellt, nicht aus der Hand zu geben.

⁹ Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women, URL: www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/ (letzter Zugriff: 24. Oktober 2010).

¹⁰ Vgl. Glossar.

¹¹ *Outcome mapping* ist ein vom Kanadischen Zentrum für Entwicklungsforschung ausgearbeitetes Monitoring und Evaluations-Instrument, welches akteurzentriert arbeitet. Statt auf Indikatoren wie Armutsziffern oder Politikrelevanz zu setzen, erfasst der Ansatz die Veränderungen, Verhaltensweisen und sozialen Beziehungen über ein dreistufiges Analyseverfahren. Vgl. Earl und Smutylo 2001.

Most-significant-change-theory ist ein rein qualitativer Ansatz, der in einer partizipativen Herangehensweise so genannte Zeugnisse der bedeutsamsten Veränderung aufzeichnet. Mehr Informationen auf www.kstoolkit.org/Most+Significant+Change (letzter Zugriff: 25. Oktober 2011).

¹² Dies war nicht zuletzt eine Folge des Einflusses von Amartya Sen und des *capability*-Ansatzes innerhalb von internationalen Institutionen. Der *capability*-Ansatz ist nicht nur kompatibel mit einem rechts-basierten Ansatz von Entwicklung, sondern kann als eine Art Spezifizierung dieses Ansatzes verstanden werden (Nussbaum, Martha. 2003. «Capabilities as fundamental entitlements: Sen and social justice.» In: Bina Agarwal et al.: «Amartya Sen's work and ideas.» London, S. 35-62).

¹³ Diesen internationalen Normen haben sich zahlreiche Staaten durch die Unterzeichnung internationaler Verträge – etwa der CEDAW – unterstellt.

Glossar

ABKÜRZUNGEN

DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
GAD	Gender and Development (Entwicklungsansatz)
GM	Gender Mainstreaming
GRB	Gender Responsive Budgeting
ILO	International Labour Organization
IZFG	Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern
FLO	Fairtrade Labelling Organisations International
MFI	Mikrofinanzinstitute
MFS	Mikrofinanzdienstleistungen
M4P	«Making Markets work for the Poor» (Märkte für die Armen nutzbar machen)
NGO	Non Governmental Organisation
PSD	Private Sector Development
SAI	Sustainable Agriculture Information Platform
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
VC	Value Chain: Wertschöpfungskette

BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN

CARE (engl.: *pflügen, sorgen für, betreuen*) Care-Arbeit meint sämtliche bezahlten und unbezahlten personenbezogenen Dienstleistungen, die direkt zur Produktion und zum Erhalt menschlichen Lebens beitragen und damit auch das Wirtschaftssystem als solches unterhalten. In englischen Texten werden diese Dienstleistungen als *social provisioning* bezeichnet. Unerlässlich für soziale und menschliche Entwicklung sind diese Aufgaben häufig ungleich zwischen den Geschlechtern, und immer mehr auch zwischen sozialen Schichten verteilt. Da diese Ungleichheit tief in die Sozialversicherungssysteme eingelassen ist, plädiert Shakra Razavi dafür, dem Recht auf Care – sowohl im Sinne von *care-giving* als auch von *care-receiving* – den Status eines Bürgerrechts zu verleihen (Razavi 2007).

In der Literatur werden die unter Care gefassten wirtschaftlichen Tätigkeiten auch als «die andere Ökonomie» bezeichnet (Donath 2000). «Anders» deshalb, weil Care-Leistungen häufig nicht marktförmig sind. Die Mehrzahl konventioneller ökonomischer Modelle externalisiert die Leistungen und die Kosten von Care, was dazu führt, dass ihre Annahmen hinsichtlich wirtschaftlicher Leistung auf einer Art natürlichen, unversiegbaren Quelle von Care-Arbeit basieren (Elson 2005). Zur Sichtbarmachung dieser Leistungen, um Geschlechter- oder andere Ungleichheiten zu verringern und eine zusätzliche Konzentration der Care-Last auf den Schultern der Frauen zu vermeiden, plädieren Ökonominen wie Mascha Madörin für einen Einbezug der Care-Leistungen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Madörin 2006).

CARE-ÖKONOMIE umfasst des Weiteren auch die Frage nach den institutionellen Bedingungen sowie den ethischen Werten, die notwendig sind, um die Sorge für Andere und ein nachhaltiges, auch umweltschonendes Wirtschaften überhaupt möglich machen (Madörin 2006). Ein herausragendes Merkmal der Care-Arbeit ist zudem, dass sie auf zwischenmenschlichen Beziehungen aufbaut, die häufig auch emotional aufgeladen sind (Lynch and Walsh 2009).

EMPOWERMENT Das Empowerment-Konzept wurde im Zusammenhang der internationalen Zusammenarbeit erstmals an der Abschlusskonferenz der UN-Frauendekade 1985 in Nairobi vom Südfrauenetzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) entwickelt. Es beschreibt eine politische Strategie, durch welche Frauen kollektiv von unten her Macht aufbauen sollten, um Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung aufzubrechen (Rodenberg und Wichterich 1999, 25). Frauen sollten Ressourcen kontrollieren können sowie Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Haushalt, in der Politik, der Wirtschaft und der

Kultur erhalten. Dabei wurden neben Geschlecht explizit auch andere Ungleichheiten wie Rasse und Klasse erwähnt und die Befreiung nicht nur von männlicher Vorherrschaft angestrebt, sondern auch von Kolonialismus, Neokolonialismus und globalisierten Wirtschaftsformen, die Frauen und andere Minderprivilegierte ausschliessen. Die Südfrauen leiteten damit einen Perspektivenwechsel ein, der einen feministischen Pluralismus forderte. Unterschiedliche Bedürfnisse und Sorgen von Frauen in verschiedenen Lebenskontexten sollten berücksichtigt und von den Frauen selbst definiert werden (Sen und Grown 1988). Damit wurden auch die Dualität von Macht versus Machtlosigkeit und das Stereotyp der weiblichen Unterordnung und Rechtlosigkeit aufgebrochen. An dessen Stelle traten differenzierte Betrachtungsweisen und die Meinung, dass auch Menschen mit scheinbar kleinem Machtanteil über ein Potential verfügen, um ihre Lebensbedingungen zu transformieren (Kabeer 1994 [2003], 224).

Genau dieses Potential wollen die Weltbank und weitere globale Entwicklungsinstanzen anzapfen. Der Siegeszug des Empowerment-Begriffs in diesen Institutionen erklärt sich durch die Loslösung von seiner kritischen feministischen Herkunft. Damit wird Idee des ökonomisch handelnden Individuums nicht nur in den Empowerment-Ansatz integrierbar, sondern geradezu «smart». Befreit man Armutsbetroffene aus ihren multiplen Abhängigkeiten, so verändert man ihre Ausgangslage und ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Markt, dem Staat und der Zivilgesellschaft. Das Ziel ist die Förderung von Individuen, die als Unternehmerinnen und Unternehmer selbstverantwortlich ihren Weg aus der Armut finden (World Bank 2002).

FAIR TRADE Ursprünglich eine Solidaritätsbewegung mit dem Ziel, alternative Handelsnetzwerke ausserhalb des globalisierten Marktes und dessen ökonomischen Prinzipien aufzubauen. Eine zweite Strömung richtete ihre Tätigkeit auf Zertifizierung aus, welche den Produzentinnen und Produzenten höhere Abnahmepreise beschert und durch unabhängige Prüfung der Vorgaben sowie Information an die Konsumentinnen und Konsumenten Kaufentscheide erleichtern soll (Das 2011). Laut kritischen Stimmen in der Literatur verursacht diese zweite Variante eine Verwässerung der eigentlichen Prinzipien von Fair Trade, welche sich auf zentrale Komponenten wie Kinder- und Umweltschutz beschränkt, und weiterreichende Vorgaben wie soziale Entwicklung oder faire Löhne nicht einbezieht (Fridell 2003).

GENDER / GENDER-ANSATZ Mit dem englischen Wort *gender* wird seit den 1980er Jahren das soziale Geschlecht von Individuen bezeichnet, im Unterschied zum biologischen Geschlecht, dem *sex*. Geschlecht im Sinne von Gender ist also kein biologisches Phänomen, sondern ein Produkt von sozialen

Interaktionen und symbolischen Ordnungen. Mit der begrifflichen Differenzierung zwischen den «natürlichen», biologischen Unterschieden und den sozial und kulturell konstruierten Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern ist ein analytisches Konzept geschaffen worden, das die Erforschung jener Prozesse erlaubt, welche die Individuen zu Männern und Frauen machen und welche gesellschaftliche, kulturelle, politische und ökonomische Ordnungen geschlechtsspezifisch strukturieren und Hierarchien zwischen den Geschlechtern produzieren. In der Geschlechterforschung ist Gender demnach eine Analysekategorie, die sowohl die Konstruktionsprozesse von Geschlecht als auch die Bedeutung von Geschlecht als soziale Strukturkategorie sichtbar macht (Bieri 2006, Elson 1995).

In der Entwicklungszusammenarbeit wird mit dem Gender-Ansatz der Anspruch erhoben, Gender als Querschnittsthema in alle Phasen und Prozesse der Planung einzubeziehen. Um der Bedeutung von Gender das adäquate Gewicht zu verleihen, sollen zudem gender-spezifische Programme und/oder Massnahmen zur Verankerung der Gender-Perspektive je nach Kontext (Bedürfnisse von Frauen und Männern, Kapazitäten und Prioritäten der Partner, lokale Dynamiken usw.) als komplementäre Strategien in den Organisationen verankert werden (Gender-Toolkit DEZA).

GENDER MAINSTREAMING Laut der ECOSOC-Definition von 1997 bezieht sich Gender Mainstreaming auf die Verpflichtung, jede geplante Aktion auf ihre Implikationen für Frauen und Männer zu überprüfen, einschliesslich Gesetzgebung, Policies und Programme, in sämtlichen Bereichen und auf allen Ebenen. Gender Mainstreaming wurde in den Resolutionen 52/100 und 50/203 der Generalversammlung für das gesamte System der UNO verbindlich erklärt (von Braunmühl 2001). GM ist also ein Mittel zum Zweck (de Waal 2006): Eine Strategie, die Bedürfnisse und Anliegen von Männern und Frauen als integralen Bestandteil von Design, Implementierung, Monitoring und Evaluation von Massnahmen und Programmen in allen politischen, ökonomischen und sozialen Bereichen zu berücksichtigen hat, mit dem Ziel, bestehende Ungleichheiten nicht zu perpetuieren. Die langfristige Aufgabe ist die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. In allen Aktionsfeldern sollte die Geschlechterdifferenz benannt und die Auswirkungen auf Männer und Frauen überprüft werden. Dies kann sowohl quantitativ als auch qualitativ passieren (de Waal 2006). Die Annahme, es gäbe «geschlechtsneutrale» Interventionen, ist gemäss der übereinstimmenden Haltung der Development Community überholt (ECOSOC 1997). Die von ECOSOC vertretene und verbreitete Definition unterschlägt eine Bedeutung des Konzepts, welche in früheren UNIFEM-Definitionen enthalten war (Anderson 1993, zit. in: von Braunmühl 2001). Dort wurde der Anspruch formu-

liert, mittels Mainstreaming nicht nur die Berücksichtigung von Frauen und weiblichen Lebenszusammenhängen zu erreichen, sondern die Entwicklungsagenda im Sinne dieser Anliegen mitzubestimmen. Dies impliziert, so die Definition, fundamentale Veränderungen von Entwicklungsparadigmata und institutionellen Strukturen in der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Bedeutung wurde deutlich abgeschwächt zu Gunsten der oben zitierten umfassenden Strategie des Einbezugs von Frauenanliegen. Die Verschiebung führte dazu, dass der Ansatz, entgegen der Hoffnung seiner frühen PromotorInnen, die Ziele und Absichten internationaler Entwicklungsagenturen keineswegs fundamental verschoben hat. In Programmen und Massnahmen sind jedoch einige Erfolge zu verzeichnen, die durchaus das Potential haben, positive Ergebnisse für Frauen und Männer *on the ground* zu erzielen (Hafner-Burton and Pollack 2002, 298).

KOMMODIFIZIERUNG Kommodifizierung bezeichnet die Verschiebung eines Produkts, welches vorwiegend der Selbstversorgung und dem Eigenkonsum dient, zu einem verkäuflichen Gut, welches auf dem Markt zu einem bestimmten Preis erworben werden kann. Dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen ergibt sich der Preis aus Angebot und Nachfrage, ohne dass darin notwendigerweise der Einsatz an Produktionsmitteln, Energie und insbesondere Arbeitsleistung gespiegelt ist. Einer der folgenreichsten Kommodifizierungsprozesse spielt sich im Bezug auf den Handel mit Land – *land grabbing* – ab. Der Kauf von riesigen Landreserven durch Private und Regierungen ist häufig mit einer Umstellung der Produktion von Grundnahrungsmitteln zu kommodifizierten Produkten wie Kautschuk, Kaffee oder Agrotreibstoffen verbunden.

LIVELIHOOD-ANSATZ Der *livelihood*-Ansatz entstand als Reaktion auf die Kritik an den dominierenden ökonomischen Messgrößen von Armut zu Beginn der 90er Jahre. Das Konzept beansprucht, im Unterschied zu konventionellen Herangehensweisen auch die Wahrnehmung der Armutsbetroffenen selbst zu reflektieren, welche, wie aus Studien hervorgeht, nicht nur eine einkommensabhängige Grösse ist, sondern Entbehrung und Unsicherheit, die durch spezifische soziale Beziehungen gestiftet werden, einschliesst. Vulnerabilität ist eine wichtige Referenz innerhalb des *livelihood*-Ansatzes: Sie bezieht sich auf Unsicherheit angesichts der Wahrnehmung von sich verändernden Umweltbedingungen ebenso wie auf die Fähigkeit von Haushalten, soziale und politische Veränderungen (ökonomisch, umweltbezogen, sozial oder politisch) abzufedern (*resilience*). Zu den Faktoren, aus denen sich die *livelihoods* zusammensetzen, den so genannten *assets*, gehören das natürliche, das produzierte, das humane, politische, soziale und das finanzielle Kapital. Es handelt sich also um eine ganzheitlichere Herange-

hensweise an das Phänomen von Armut, als eine rein Konsum- oder Einkommensorientierte Rechnung (vgl. Rakodi 1999). Obwohl aktuelle Vorgaben den Anspruch erheben, *multi-level*-Analysen zu erstellen, bleibt die wichtigste Bezugsgrösse des *livelihood*-Ansatzes die Mikroebene. Unter der Bezeichnung «Sustainable (rural) livelihoods framework», welche auf Robert Chambers verweist, hat die Britische Entwicklungsagentur zahlreiche Leitlinien herausgegeben, die das Konzept und seine Anwendung im Entwicklungskontext beschreiben (siehe www.livelihoods.org; letzter Zugriff: 25. Oktober 2011).

MARKETS FOR THE POOR (M4P) M4P ist ein Referenzrahmen mit ausgewählten Instrumenten zur nachhaltigen Umsetzung von Programmen im Bereich der Privatsektorentwicklung (PSD), zum Beispiel auch für Value Chain Development. Zentral ist die Annahme, dass Menschen, die in Armut leben, von Marktsystemen abhängen. Die Marktsysteme sollen also dahingehend verändert werden, dass das Wohlbefinden der Armen nachhaltig verbessert und Armut dadurch reduziert wird. M4P versteht Nachhaltigkeit als die Fähigkeit des funktionierenden Marktes, sicherzustellen, dass relevante ausgewählte Güter und Dienstleistungen den Armen auch auf lange Sicht in geeigneter Weise zugänglich sind, beziehungsweise von den Zielgruppen auch nach Abschluss einer Intervention konsumiert werden. Märkte, die zugänglicher und wettbewerbsfähiger sind, bieten mehr reelle Möglichkeiten auch für die Armen, eigene Wege aus der Armut zu finden. Gut funktionierende Märkte bringen zudem grössere wirtschaftliche Gewinne. Mehr Informationen über M4P: www.m4phub.org

NEOLIBERALISMUS Unter dem Stichwort «Neoliberalismus» verstehen wir ein auf den klassischen Liberalismus zurückführendes Staats- und Wirtschaftsverständnis. Dies äussert sich in wirtschaftspolitischen Massnahmen, die gemäss dem *laissez-faire*-Prinzip die Rolle des Staats beschneiden und die Regulierung des Privatsektors möglichst verhindern wollen. Der Markt ist gemäss diesem Verständnis die einzige regulative Instanz. Wie auch der Liberalismus versteht der Neoliberalismus das Individuum als ein unabhängiges, nach Marktprinzipien handelndes Subjekt. Historisch verweist der Begriff auf die in den 80er Jahren von der konservativen Regierung Grossbritanniens unter Margret Thatcher und während der Präsidentschaft Reagans in den USA angeführte Wirtschaftspolitik, welche durch die Arbeit des Ökonomen Milton Friedman beeinflusst waren. Als Beispiel, wie sehr die neoliberale Sicht auf die Weltwirtschaft dominierte, kann die Schuldenkrise zu Beginn der 80er Jahre heran gezogen werden. Der durch die Krise ausgelöste Staatsbankrott mehrerer Länder Lateinamerikas läutete zahlreiche Strukturpassungsprogramme, so genannte SAPs (Structu-

ral Adaptation Programmes) ein. Im Rahmen dieser Strategie verordneten der IWF und die Weltbank den Schuldner rigorose Bedingung für die Auszahlung neuer Kredite. Diese sind in fast allen afrikanischen Staaten konsequent umgesetzt worden, was zu einem massiven Abbau an öffentlichen Dienstleistungen und zur Privatisierung von zahlreichen Staatsunternehmen führte. Die Auswirkungen waren so verheerend, dass die UN Economic Commission for Africa, ECA, in der 2. Hälfte der 80er Jahre einen heftigen Streit mit der Weltbank darüber ausfocht. In anderer Form, nicht als Schuldenpolitik, sondern als Transformationsprogramme, kamen die SAPs auch in den Ländern der zerfallenden Sowjetunion zum Einsatz.

PRAKTISCHE UND STRATEGISCHE GENDER-BEDÜRFNISSE (PRACTICAL/STRATEGIC GENDER INTERESTS/NEEDS)

Praktische Gender-Bedürfnisse, oder wie ursprünglich bei Maxine Molyneux, Gender-Interessen sind die durch die geschlechterspezifische Arbeitsteilung anfallenden, unmittelbar mit weiblichen Zuständigkeiten assoziierten Bedürfnisse. Befragt nach ihren Anliegen formulieren Frauen diese Bedürfnisse häufig als erstes, weil sie existentiell sind. Zu den praktischen Gender-Interessen gehören etwa Sicherheit, Gesundheit, Nahrung und Einkommen. Strategische Gender-Interessen zielen dagegen auf hierarchische Strukturen und deren Veränderung. Die begriffliche Trennung hat analytischen Charakter. Mit andern Worten, die Verbesserung des *well-beings* durch die Sicherung der Grundbedürfnisse kann demnach ein erster Schritt zu einer Verbesserung der weiblichen Verhandlungsposition sein, von wo aus ihr Handeln auf die Transformation von ungleichen Strukturen und ihrer eigenen Unterordnung ausgerichtet werden kann (Molyneux 1985; Moser 1989).

VALUE CHAIN Value Chain Development ist ein zentrales Feld der Privatsektorentwicklung (PSD). Das Konzept versteht Produktionseinheiten und Unternehmen als Teile eines Systems unterschiedlicher, aber miteinander verknüpfter, Produktions- und Austauschaktivitäten. Die Analyse von VC untersucht Güter- und Dienstleistungsflüsse in beiden Richtungen der Wertschöpfungskette ebenso wie zwischen verschiedenen Ketten.

VERWIRKLICHUNGSSCHANCEN / CAPABILITIES Das von Amartya Sen eingeführte Konzept der *capabilities* ist eng mit der Verschiebung des Armutverständnisses von einer einkommens- und konsumbasierten Grösse zum Ansatz der menschlichen Entwicklung verbunden, welcher sich 1990 in der Einführung des Human Development Index (HDI) niederschlug. Dieser fragt, was eine Person ist und was sie unter gegebenen Umständen tun kann, um ihre Situation zu verändern. Im Zentrum steht demnach die Fähigkeit eines Individuums, in einem historisch und geographisch geformten Kontext von Anspruchsberechtigung und

Rechten zu bestehen. Sens Betonung der Lebensqualität impliziert, dass die Ursache von Armut nicht ausschliesslich in einem Einkommensdefizit, sondern auch mit der Verhinderung von Verwirklichungschancen innerhalb des gegebenen Kontexts erklärt wird. Zentrale Pfeiler des Ansatzes sind einerseits die *functionings*, andererseits die *capabilities*. *Functionings* bezeichnen grundlegende Dinge wie Ernährung, Obdach oder Alphabetisierung, der Begriff schliesst aber auch komplexere Funktionen wie die Möglichkeit, einen adäquaten Selbstwert entwickeln oder sich als bürgerliches Rechtssubjekt begreifen zu können, mit ein. *Capabilities* umfassen die Kombinationsmöglichkeiten von individuellen *functionings* zur Bewältigung einer Situation und wird auch mit *well-being freedom* umschrieben. Die Verwirklichungschancen bezeichnen demnach die Fähigkeit einer Person, die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen in effektive Funktionen zu überführen (Iversen 2003). Diese Fähigkeit impliziert auch ein Moment der Wahlfreiheit, die wiederum stark durch die soziale Position – namentlich Geschlecht – determiniert ist. So legen Sens eigene Forschungen nahe, dass Frauen ihre persönlichen Interessen eng mit denjenigen des Haushalts verbinden und dadurch manchmal Entscheidungen treffen, die ihren eigenen Nachteil verstärken (Sen 1990). Mit seinen Beiträgen öffnete Sen den Armutsdiskurs für eine Perspektive der Gerechtigkeit, wobei auch Begriffe wie Autonomie und Empowerment in den Blick gerückt werden.

Angaben zu den Autorinnen und der Fotografin

SABIN BIERI ist Geographin und leitet den Bereich Geschlecht und nachhaltige Entwicklung am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern. Sie arbeitet sowohl in der Forschung als auch in der Lehre und übernimmt Beratungsaufträge von privaten und öffentlichen PartnerInnen. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen die Themen Globalisierung, Armut und Ungleichheit, ländliche Entwicklung, soziale Bewegungen, Geschlecht und Umwelt.

LILIAN FANKHAUSER arbeitet am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern. Als Projektleiterin im Bereich Geschlecht und Entwicklung koordiniert sie die Groupe de Réflexion, ein Gefäss für den Austausch zwischen Universitätsangehörigen und Berufsleuten aus der Verwaltung und aus NGOs. Sie ist Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Geschlechterforschung SGGF und Geschäftsführerin der Plattform WIDE Switzerland (Women in Development Europe). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Gender and Development, Care-Ökonomie und feministische Ökonomie, Nahrungsmittelproduktion und Geschlecht, Gleichstellung und Familienpolitik in der Schweiz.

ANNEMARIE SANCAR ist promovierte Sozialanthropologin und Gender-Beauftragte bei der DEZA. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Gender Mainstreaming in Bereichen der Einkommensförderung und ländlichen Entwicklung sowie die Auseinandersetzung mit der Frage von Geschlechtergerechtigkeit als immanentes Ziel von Armutsbekämpfung im Kontext von Arbeit, Einkommen und Lebensstandard. Sie leitet das Gender-Netz www.sdc-gender-development.net, eine Plattform für Gender Equality und Entwicklungszusammenarbeit, auf der sich ExperInnen aus NGOs, staatlicher EZA und der Wissenschaft austauschen.

NICOLE STOLZ ist Geographin und Projektverantwortliche für Tadschikistan bei der Caritas Schweiz. Sie hält die Fachstelle Gender and Disaster Risk Reduction inne und berät Caritas intern sowie die Partnerorganisationen der Caritas weltweit. Methodische Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen in der Unterstützung beim Mainstreaming, in der Regionalentwicklung, partizipativer Planung und der Moderation von Politikdialogen von lokaler bis nationaler Ebene.

VERÓNICA DE LA TORRE SOSA 1987, La Habana, Cuba, fotografierte im Auftrag diverser kubanischer KünstlerInnen und MusikerInnen und gestaltete mehrere CD- und DVD-Covers. Ihre Fotos wurden mehrmals ausgestellt, unter anderem gemeinsam mit Denise Guerra, Alejandro González und Michel Pou in der Fotoausstellung «10 × 4» anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Schweizerischen Internationalen Zusammenarbeit in Kuba. Sie arbeitet auch als Bühnenbildnerin für das Theater Bellas Artes in La Habana und als Szenografin für Film. Zudem wirkt sie als Filmproduzentin und arbeitet beim renommierten Festival «Cine Pobre» in der Stadt Gibara im Osten der Insel.

DANK Ohne die Mitarbeit vieler wäre diese Publikation nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich in alphabetischer Reihenfolge:

Asylkul Ajimuratova	Celestine Krösschell
Marc Arpagaus	Nguyen Lam Giang
Christine Blau	Kristina Lanz
Khaleda Bulbuli	Andréane Leclercq
Elisabeth Bürgi Bonanomi	Siroco Messerli
Kpagnéro Dafia	Franziska Müller
Verónica de la Torre	Gana Maya Nepali
Hans Peter Egler	Yvette Onibon
Miriam Ganzfried	Daniel Ott Fröhlicher
Migdalia García	Martin Rohner
Anna Ginchermann	Alexandra Sagarra
Eglantina Gjermani	Brigitte Schnegg
Ulrike Gminder	Anandi Sharan
Albana Hasani	Maya Tissafi
Monika Hofmann	Peter Tschumi
Muhammad Ibrahim	Rosario Varela
Simon Junker	Claudia von Braunmühl
Heidi Keita-Gautschi	
Petra Kohler	
Andrea Kolb	

- Amin, Samir. 2006. *Monthly Review* 57/10.
URL: <http://monthlyreview.org/2006/03/01/the-millennium-development-goals-a-critique-from-the-south> (letzter Zugriff: 13.7.2011).
- Allo, Fatma. 2011. «Does investing in women really make good business?» URL: www.sidint.net/does-investing-in-women-really-make-good-business (letzter Zugriff: 13.7.2011).
- Bain, Carmen. 2010. «Structuring the flexibilised and feminised labor market: Global GAP standards for agricultural labor in Chile.» In: *Signs* 35(2), S. 343 – 370.
- Bateman, Milford. 2010. «Why doesn't microfinance work? The destructive rise of neoliberalism.» London/New York.
- Bauhardt, Christine und Gülay Çağlar (Hrsg.) 2010. «Gender and economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie.» Wiesbaden.
- Bee, Beth. 2011. «Gender, solidarity and the paradox of microfinance: reflections from Bolivia.» In: *Gender, Place and Culture*, Nr. 18, S. 23 – 43.
- Berik, Günseli et al. 2009. «Feminist economics of inequality, development and growth.» In: *Feminist Economics*, Nr. 15(3), S. 1 – 33.
- Bieri, Sabin. 2006. «Developing gender, transforming development: Epistemological shifts in debates on gender and development.» In: Christine Müller und Smita Premchander (eds.): «Gender and sustainable development.» National Center of Competence and Research North-South, Berne, S. 57 – 85.
- Boserup, Ester. 1990. «Woman's role in economic development.» London.
- Busse, Matthias und Peter Nunnenkamp. 2011. «Gender disparities in education and the international competition for foreign direct investment.» In: Günseli Berik et al. (eds.): «Inequality, development and growth.» London, S. 61 – 90.
- Chant, Sylvia. 2007a. «The 'feminisation of poverty' in the Global South: assertions, agendas and evidence.» In: Sylvia Chant: «Gender, generation and poverty exploring the 'feminisation of poverty' in Africa, Asia and Latin America.» Cheltenham, S. 78 – 124.
- Charlesworth, Hilary. 2005. «Not waving but frowning: Gender mainstreaming and human rights in the United Nations.» In: *Harvard Human Rights Journal*, Nr. 18, S. 1 – 18. URL: www.law.harvard.edu/students/orgs/hrj/iss18/charlesworth.pdf (letzter Zugriff: 21.10.2011).
- Das, Ranjana. 2011. «Gender in practices of fair trade and decent work. Production chain analysis in a fair-trade organization in India.» In: *SAGE Publications*, Nr. 15(1), S. 101 – 125.
- DCD-DAC. 2010. «Investing in women and girls: the breakthrough strategy for achieving the MDGs.» OECD.
URL: www.oecd.org/document/23/0,3746,en_2649_34541_46041815_1_1_1_1,00.html (letzter Zugriff: 5.7.2011).
- de Schutter, Olivier. 2009. «Promotion and Protection of all Human Rights, Civil, Political, Economic, Social and Cultural Rights, including the Right to Development.» UN-Report, Genf 2009.
- de Waal, Maretha. 2006. «Evaluating gender mainstreaming in development projects.» In: *Development in Practice*, Nr. 16(2), S. 209 – 214.
- Donath, Susan. 2000. «The other economy: A suggestion for a distinctively feminist economics.» In: *Feminist Economics*, Nr. 6, S. 115 – 123.
- Earl, Sarah, Fred Carden and Terry Smutylo. 2001. «Outcome Mapping; Building Learning and Reflection into Development Programs.» International Development Research Centre (IDRC). URL: www.idrc.ca/en/ev-9330-201-1-DO_TOPIC.html (letzter Zugriff: 25.10.2011).
- Economist. 2006. «The importance of sex. Forget China, India and the internet: economic growth is driven by women.» In: *The Economist*, April 12. URL: www.economist.com/node/6800723 (letzter Zugriff: 23.8.2011).
- ECOSOC. 1997. «Definition of gender mainstreaming in the U.N. System.» URL: www.un.org/womenwatch/osagi/pdf/ECOSOCAC1997.2.PDF (letzter Zugriff: 20.10.2011).
- Elson, Diane. 2011. «Gender, equality and economic growth in the World Bank. World development report 2006.» In: Günseli Berik et al. (eds.): «Inequality, development, and growth.» London, S. 35 – 60.
- Elson, Diane. 2005. «Unpaid work, the Millennium Development Goals, and capital accumulation.» Notes for a presentation. Conference on unpaid work and the economy: Gender, poverty, and the Millennium Development Goals. Levy Economics Institute, New York.
- Elson, Diane. 1995. «Male bias in the development process.» Manchester (New York).
- Fraser, Nancy. 2005. «Reframing justice in a globalizing world.» In: *New Left Review*, 36, S. 69 – 88.
- Fairtrade Labelling Organizations International (FLO). 2007. «The benefits of fairtrade. A monitoring and evaluation report of fairtrade certified producer organisations for 2007.» New York, S. 20.
- Frey, Regina und Gabriele Zdunnek. 2001. «Gender Mainstreaming in der Entwicklungspolitik: Ansätze, Instrumente und Erfahrungen.» In: Barbara Nohr und Silke Veth: «Gender Mainstreaming. Kritische Reflexion einer neuen Strategie.» Berlin, S. 71 – 79.
- Frey, Regina. 2000. «Begriffs-Konstruktionen. Zum theoretischen Subtext des entwicklungspolitischen Gender-Diskurses.» In: *Malestreaming Gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik*. Informationszentrum 3. Welt, S. 6 – 9.
- Fridell, Gaving. 2003. «The fair trade network in historical perspective.» In: *Canadian Journal of Development Studies*, Nr. 25, S. 411 – 428.
- Folbre, Nancy and Julie Nelson. 2000. «For love or money – or both?» In: *Journal of Economic Perspectives*, Nr. 14(4), S. 123 – 140.
- Gammage, Sarah. 2010. «Time Pressed and Time Poor: Unpaid Household Work in Guatemala.» In: *Feminist Economics*, 16(3), S. 79 – 112.
- Graefe, Olivier. 2007. «Water, gender and domestic space: Changing waterscapes in Morocco.» Paper presentation at Pennsylvania State University, 11.4.2007.
- Grown, Caren, Maria S. Floro und Diane Elson. 2010. «Unpaid work, time use, poverty and public policy.» In: *Feminist Economics* 16(3), S. 1 – 3.
- Güneş, Özge Burce. 2009. «Gender equality at the heart of decent work.» ILO, Gender Mainstreaming and Women's Economic Rights, Genf (nicht publiziert).
- Hafner-Burton, Emilie and Mark A. Pollack. 2002. «Gender mainstreaming and global governance.» In: *Feminist Legal Studies*, Nr. 10, S. 285 – 298.

- Harcourt, Wendy. 2011. «Gender matters!» In: SID Forum Pre-congress highlights. URL: www.sidint.net/does-investing-in-women-really-make-good-business/ (letzter Zugriff: 8.7.2011).
- Hasan, Amer. 2010. «Time allocation in rural households. The indirect effects of conditional cash transfer programs.» Policy Research Working Paper 5256, World Bank.
- Hien, Pham Thu and Helvetas Vietnam. 2010. «Gender assessment for the program for the development of organic and fair trade cacao in Vietnam (eco-cacao).» (unpublished).
- Iversen, Vegard. 2003. «Intra-household inequality: A challenge for the capability approach?» In: *Feminist Economics* 9(2-3), S. 93 – 115.
- Kabeer, Naila. 2010. «Can the MDGs provide a pathway to social justice? The challenge of intersecting inequalities.» MDG Achievement Fund, Institute of Development Studies IDS. URL: www.ids.ac.uk/go/idspublication/can-the-mdgs-provide-a-pathway-to-social-justice-the-challenges-of-intersecting-inequalities (letzter Zugriff: 21.9.2011).
- Kabeer, Naila. 2003. «Beyond the poverty line. Measuring poverty and impoverishing measures.» In: Naila Kabeer: «Reversed realities: Gender hierarchies in development thought.» London, S. 136 – 162.
- Kabeer, Naila. 1994 (2003). «Reversed Realities. Gender hierarchies in development thought.» London/New York.
- Knobloch, Ulrike. 2008. «Ansatzpunkte einer Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie: Genderbewusste Wirtschaftsethik – Lebensweltökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften.» In: Judith Dellheim und Günther Krause (Hrsg.): «Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation.» Berlin, S. 162 – 176.
- Lynch, Kathleen and Judy Walsh. 2009. «Love, care and solidarity: What is and is not commodifiable.» In: Kathleen Lynch et al. (eds.): «Affective equality: love, care and injustice.» Basingstoke, S. 35 – 53.
- Madörin, Mascha. 2010a. «Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz.» In: *Widerspruch*, Nr. 58, S. 97 – 108.
- Madörin, Mascha. 2010b. «Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften.» In: Gülay Çağlar (Hrsg.): «Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie.» Wiesbaden, S. 81 – 104.
- Madörin, Mascha et al. 2010c. «Social and Political Economy of Care in Switzerland.» In: Shihra Razavi and Silke Staab (eds.). 2010: «The Political and Social Economy of Care.» United Nations Research Institute for Social Development UNRISD, New York.
- Madörin, Mascha. 2006. «Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie.» In: Torsten Niechoj and Marco Tullney (Hrsg.): «Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie.» Marburg, S. 277 – 297.
- McIlwaine, Cathy and Kavita Datta. 2003. «From feminising to engendering development.» In: *Gender, Place and Culture*, Nr. 10, S. 369 – 382.
- Mehra, Rekha and Mary Hill Rojas. 2011. «Women, food security and agriculture in a global market place.» URL: www.icrw.org/publications/women-food-security-and-agriculture-global-marketplace (letzter Zugriff: 18.9.2011).
- Molyneux, Maxine. 1985. «Mobilisation without emancipation: women's interests and revolution in Nicaragua.» In: *Feminist Studies*, Nr. 11(2), S. 227 – 254.
- Moser, Carolin. 1989. «Gender planning in the Third World. Meeting practical and strategic gender needs.» In: *World Development*, Nr. 17(11), S. 1799 – 1825.
- Mukhopadhyay, Maitrayee. 2009. «Mainstreaming gender or «streaming» gender away. Feminists marooned in the development business.» In: *IDS Bulletin*, 34(4), 2.2009. URL: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1759-5436.2004.tb00161.x/abstract?globalMessage=0> (letzter Zugriff: 21.10.2011).
- Murray, Colin. 2001. «Livelihoods research: Some conceptual and methodological issues.» In: *Chronic Poverty Research Centre Working Paper*, No. 5, September 2001. URL: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1754541 (letzter Zugriff: 25.10.2011).
- Nussbaum, Martha. 2003. «Capabilities as fundamental entitlements: Sen and social justice.» In: Bina Agarwal et al.: «Amartya Sen's work and ideas.» London, S. 35 – 62.
- Potts, Janson et al. 2010. «The state of sustainability initiatives review 2010: Sustainability and transparency.» In: *International institute for sustainable development (IISD)*, London/New York.
- Rakodi, Carole. 1999. «A capital assets framework for analysing household livelihood strategies: implications for policy.» In: *Development Policy Review* 17, S. 315 – 342.
- Raworth, Kate. 2004. «Trading away our rights: Women working in global supply chains.» *Oxfam Campaign Report*, Oxford.
- Razavi, Shihra. 2010. «Why care matters for social development.» UNRISD Research and Policy Brief 9.
- Razavi, Shihra and Carol Miller. 1995. «From WID to GAD: Conceptual shifts in the women and development discourse.» *UNRISD and UNDP*, Geneva/New York.
- Riisgaard, Lone et al. 2010. «Gender and value chain development.» *Evaluation Study Danisch Institute for International Studies DIIS*, Kopenhagen.
- Rodenberg, Brite und Christa Wichterich. 1999. «Macht gewinnen.» Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll Stiftung im Ausland, Berlin.
- Sancar, Annemarie. 2011. «Wer flickt das Geschirr, das Gender Mainstreaming zerschlagen hat? – Ein Plädoyer für eine Repolitisierung von Gender Equality in der EZA.» In: Carolin Schurr und Jeannine Wintzer (Hrsg.), «Geschlecht und Raum feministisch denken.» Bern, S. 135 – 147.
- Sancar, Annemarie. 2009. «Wirtschaftliches Empowerment für Frauen: Wege aus der Armut.» In: *Jahrbuch Denknetz*, Nr. 8, S. 118 – 126.
- Sen, Amartya. 1990. «Gender and cooperative conflicts.» In: Tinker, Irene (Hrsg.). «Persistent inequalities. Women and world development.» New York.
- Sen, Gita and Caren Grown. 1988. «Development, crisis and alternative visions. Third World women's perspectives.» London.
- Sieber, Anja (Hrsg.). 2004. «Eine transversale Studie zu Empowerment. cfd-Empowermentprojekte in Palästina, Israel, Bosnien-Herzegowina, Kosovo/a, Marokko und der Schweiz.» *cfd-Arbeitspapier*, Bern. URL: www.cfd-ch.org/pdf/publikationen/Empowermentstudie_D.pdf (letzter Zugriff: 25.10.2011).
- Sultana, Farhana. 2009. «Fluid lives: Subjectivities, gender and water in rural Bangladesh.» In: *Gender, Place & Culture*, Nr. 16, S. 427 – 444.

- Tallontire, Anne and Catherine Dolan et al. 2005. «Reaching the marginalised? Gender value chains and ethical trade in african horticulture.» In: *Development in Practice*, 15(3–4), S. 559–571.
- UNICEF. 2007. «Gender equality – the big picture.» URL: www.unicef.org/gender/index_bigpicture.html (letzter Zugriff: 25.10.2011).
- UNO. 1997. «Resolution 52/100 on the 4th World Conference on Women.» URL: www.un.org/depts/dhl/resguide/r52.htm (letzter Zugriff: 20.10.2011).
- Van der Moortele, Milo. 2010. «Vietnam's progress on economic growth and poverty reduction: Impressive improvements case study.» *Development Progress Stories*, ODI. London.
- van Leeuwen, Irma. 2005. «Gender and microinsurance.» *Working Papers*, Nr. 418, Institute of Social Studies, The Hague.
- von Braunmühl, Claudia. 2001. «Gender Mainstreaming Worldwide – Rekonstruktion einer Reise um die Welt.» In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2001(2), S. 183–201.
- WEF, World Economic Forum Geneva. 2010. «The global gender gap report.» URL: www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2010.pdf (letzter Zugriff: 5.8.2011).
- Wichterich, Christa. 2007. «Kleine Kredite, großer Mythos.» *taz*, 10. Juli 2007. URL: www.taz.de/!1698 (letzter Zugriff 12.9.2011).
- Wilkinson-Weber, Clare. 2004. «Women, work and the imagination of craft in South Asia.» In: *Contemporary South Asia*, Nr. 13, S. 287–306.
- Williams, Mariama. 2004. «Statement to roundtable on mainstreaming gender perspectives into all policies and programs in the UN System.» UN Roundtable on Mainstreaming Gender. United Nations, New York. URL: http://web.igtn.org/home/index.php?searchword=williams&ordering=&searchphrase=all&option=com_search (letzter Zugriff: 25. Oktober 2011)
- World Bank. 2009. «The little data book on gender 09.» Washington DC.
- World Bank. 2006. «Vietnam gender assessment.» Washington DC.
- World Bank. 2002. «Empowerment and poverty reduction. A source book.» (draft). *Poverty Reduction and Economic Management (PREM)*. URL: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTPOVERTY/EXTEMPOWERMENT/0,,contentMDK:20260036~menuPK:543261~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:486411,00.html> (letzter Zugriff: 25.10.2011)
- World Bank. 2001. «Gender and growth: Africa's missed potential.» In: *Findings, Human Development Macroeconomics*, Nr. 197, December 2001. URL: <http://siteresources.worldbank.org/EXTAFRREGTOPGENDER/Resources/genderFindings197.pdf> (letzter Zugriff: 8.7.2011).
- Young, Kate. 2002. «WID, GAD and WAD.» In: Vandana Desai and Robert B. Potter (eds.): «The companion to development studies.» London, S. 321–325.
- WEITERFÜHRENDE LITERATUR (NICHT ZITIERT)**
- Barrientos, Stephanie et al. 2003. «A gendered value chain approach to codes of conduct in african horticulture.» In: *World Development*, Nr. 31, S. 1511–1526.
- Barrientos, Stephanie. 2001. «Gender, flexibility and global value chains.» In: *IDS Bulletin*, 32, Nr. 3, S. 83–93.
- Barrientos, Stephanie. 2000. «Globalization and ethical trade: Assessing the implications for development.» In: *Journal of International Development*, Nr. 12, S. 559–570.
- Barrientos, Stephanie et al. 2000. «Ethical trade and South African deciduous fruit exports – addressing gender sensitivity.» In: *The European Journal of Development Research*, Nr. 12, S. 140–158.
- Biesecker, Adelheid et al. 2009. «Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise.» *Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung FES*, Bonn.
- Budlender, Debbie. 2008. «The statistical evidence on care and non-care work across six countries.» *United Nations Research Institute for Social Development, UNRISD*, Geneva.
- Chant, Sylvia. 2007b. «Dangerous equations? How female-headed households became the poorest of the poor: causes, consequences and cautions.» In: Andrea Cornwall et al.: «Feminisms in development. Contradictions, contestations and challenges.» London, S. 35–47.
- DAC Network on Gender Equality (Gendernet). 2011. «Women's economic empowerment.» *Issues paper. OECD*, April 2011. URL: www.oecd.org/dataoecd/50/60/47561694.pdf (letzter Zugriff: 5.7.2011).
- Espey, Jessica et al. 2010. «Crisis, care and childhood: the impact of economic crisis on care work in poor households in the developing world.» In: *Gender & Development*, Nr. 18(2), S. 291–307.
- Guérin, Isabelle et al. 2011. «Femmes, économie et développement. De la résistance à la justice sociale.» Toulouse.
- Hochschild, Arlie et al. 2003. «Global woman – nannies, maids, and sex workers in the new economy.» London.
- Jochimsen, Maren A. und Ulrike Knobloch. 2006. «Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung.» *Reihe Lebensweltökonomie Bd.2*, Bielefeld.
- Lynch, Kathleen et al. (Hrsg.). 2009. «Affective equality. Love, care and injustice.» Hampshire.
- McCall, Leslie. 2005. «The complexity of intersectionality.» In: *Signs*, Nr. 30, S. 1771–1800.
- McDowell, Linda. 2009. «Working Bodies. Interactive service employment and workplace identities.» Oxford.
- Moghadam, Valentine M. 1997. «The feminization of poverty: notes on a concept and trend.» In: *Women's Studies Occasional Paper 2*, Illinois.
- Olympe. 2009. «Feministische Arbeitshefte zur Politik: Care-Ökonomie. Neue Landschaften von feministischen Analysen und Debatten.» Nr. 30.
- Razavi, Shahara. 2007. «The political and social economy of care in a development context. Conceptual issues, research questions and policy options.» *United Nations Research Institute for Social Development UNRISD*, Geneva.
- Razavi, Shahara (Hrsg.). 2003. «Agrarian change, gender and land rights.» Oxford.
- Sancar, Annemarie. 2010. «Gender responsive development cooperation.» In: *Widerspruch*, Nr. 58, S. 111–122.
- Saussey, Magalie. 2011. «Initiatives féminines et économie sociale et solidariré dans la production du beurre de karate au Burkina Faso.» In: Isabelle Guérin et al.: «Femmes, économie et développement.» Toulouse, S. 107–128.

u^b

UNIVERSITÄT
BERN

**Interdisziplinäres Zentrum
für Geschlechterforschung**

Hallerstrasse 12
CH-3012 Bern
T 0041 31 631 52 68
www.izfg.unibe.ch

CARITAS Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Löwenstrasse 3
CH-6002 Luzern
T 0041 41 419 22 22
www.caritas.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung und
Zusammenarbeit DEZA**

Freiburgstrasse 130
CH-3003 Bern
T 0041 31 322 34 75
www.deza.admin.ch